

Genialer Unfug: Wolfram Knorr über «Spongebob Schwammkopf»

Nummer 26 – 25. Juni 2009 – 77. Jahrgang
Fr. 5.90 (inkl. MwSt.) – Euro 3.90

DIE WELTWOCH



Krieg gegen das Auto

Neue Abgaben und Schikanen: Der grosse Beutezug des Bundes.

Von Philipp Gut

Achmadinedschad ist die bessere Wahl

Der windige iranische Reformier Moussavi wird überschätzt. *Von Urs Gehrig*

«Ritalin ist ein Verbrechen»

Warum die Beruhigungsdroge den Kindern schadet.

Von Daniela Niederberger





IHR ZENTRUM FÜR PLASTISCHE CHIRURGIE

FÜR SCHÖNHEIT UND GESUNDHEIT



NASENKORREKTUREN

GESICHTS-LIFTING

AUGENLIDKORREKTUREN



FETTABSaugEN



BRUSTCHIRURGIE

BAUCHSTRAFFUNG



Dass wahre Schönheit von innen kommt, soll nicht daran hindern, äusserlich nachzuhelfen, trägt die Zufriedenheit mit dem eigenen Aussehen doch zum Wohlbefinden bei. Wir können Schönheit nicht kreieren, aber wir können dazu verhelfen, individuelle Schönheit zu entdecken und zu betonen. Heute ist es möglich, mit verantwortungsbewussten und schonenden Techniken nicht nur Krankheits- und Unfallfolgen zu behandeln, sondern auch angeborene Schönheitsfehler und störende, altersbedingte Veränderungen im Gesicht und am ganzen Körper aufzuhalten und abzuschwächen. Wir beraten Sie gerne in der Klinik Pyramide in Zürich, in unserem Zentrum in Chur oder in der Klinik Gut in St. Moritz.



KLINIK PYRAMIDE Δ SPITZE AM SEE

BELLERIVESTRASSE 34, CH-8034 ZÜRICH, TEL. +41 (0)44 388 14 14, FAX +41 (0)44 388 14 15, WWW.CENTERPLAST.CH, CENTERPLAST@PYRAMIDE.CH

Intern: Justiz vs. Weltwoche

Die beiden *Weltwoche*-Journalisten Daniel Ammann und Philipp Gut sind vom Statthalteramt Zürich rechtskräftig verurteilt worden. Gemäss Artikel 293 des Strafgesetzbuches wird ihnen vorgeworfen, «amtlich geheime Ver-



Amtsgeheimnis: Autoren Ammann (o.), Gut.

handlungen» veröffentlicht zu haben. Es handelt sich um landesweit bekannte Enthüllungen: Daniel Ammann brachte durch minuziöse, jahrelange Recherchen die skandalösen Praktiken ans Licht, die zur fragwürdigen Verhaftung des Zürcher Bankiers Oskar Holenweger führten. Vor allem aber konnte Ammann im Herbst 2007 durch die Publikation von Geheimakten darlegen, dass die von der parlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz (CVP) gegen den damaligen Justizminister Christoph Blocher (SVP) lancierten Komplottvorwürfe Hirngespinnste waren. Ammann zerzauste die von zahlreichen Medien nachgebetete Verschwörungstheorie gegen Blocher, indem er geheim gehaltene Unterlagen publik machte, auf die sich Nationalrätin Meier-Schatz bei ihren falschen Anschuldigungen berief. Dank Ammanns Aufdeckungen fiel die Komplott-These in sich zusammen.

Im gleichen Fall recherchierte damals auch Philipp Gut. Ihm gelang es, die vertraulichen GPK-Protokolle zum Fall Holenweger/Blocher im Blatt zu dokumentieren. Es waren hochbrisante und hochrelevante Unterlagen. Erst durch diese Enthüllungen kam heraus, wie sehr sich die GPK und Meier-Schatz von der Bundesanwaltschaft hatten instrumentalisieren lassen, um den Justizminister mit halt-

losen Vorwürfen aus dem Amt zu drängen. Die Feindschaft zwischen Bundesanwaltschaft und Blocher rührte daher, dass der Justizminister Missstände innerhalb der Ermittlungsbehörde zu beheben angefangen hatte. Ohne falsches Selbstlob kann heute festgehalten werden: Ohne die Arbeit der beiden *Weltwoche*-Journalisten Ammann und Gut sowie von *Weltwoche*-Bundeshaus-Chef Urs Paul Engeler wäre kaum bekanntgeworden, mit welcher skandalösen Methoden und Intrigen innerhalb der Bundesanwaltschaft gearbeitet wurde. Der Fall hielt damals während Wochen die politische Schweiz in Atem.

Nun sind also Gut und Ammann für ihre Enthüllungen verurteilt und gebüsst worden. Die Richter haben korrekt gearbeitet, das Problem ist der fragliche Artikel 293 StGB, auf den sie sich beriefen. Der Paragraph ist eine obrigkeitstaatliche Regelung, er schützt die Kabinettspolitik und die Behörden vor wirksamer Kontrolle. Das Gesetz verhindert, dass die Öffentlichkeit von relevanten Vorgängen erfährt. Schliesslich sorgt der Paragraph dafür, dass in der Regel nicht die Urheber der Indiskretion (Beamte, Politiker), sondern die Überbringer der Nachrichten (Medien) bestraft werden. Ironischerweise wissen alle Journalisten, dass sie bei der Verrichtung ihrer Arbeit gegen Artikel 293 verstossen. Sie recherchieren dennoch, weil sie den absurden Paragraphen verletzen müssen, wenn sie unabhängig und ernsthaft berichten wollen. Artikel 293 StGB entfaltet keinerlei abschreckende Wirkung und könnte daher ersatzlos gestrichen werden. Wie bizarr sich die Rechtsgrundlage gestaltet, belegt auch die Urteilsbegründung des Zürcher Statthalteramts. Da die GPK, heisst es, gesetzlich verpflichtet gewesen sei, die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren, sei der «Kerngehalt der Meinungsäusserungs- und Informationsfreiheit» gewahrt gewesen. Was für ein Unsinn: Erst die *Weltwoche*-Recherchen haben die Machenschaften aufgedeckt, welche die GPK von sich aus nicht publik machen wollte.

Wir haben uns entschieden, die Busse sowie die fast so hohen Schreib- und Beamtengebühren zu bezahlen. Dadurch behalten wir die Freiheit, weiterhin über den Fall in all seinen Verästelungen zu berichten. Bei einem laufenden Gerichtsverfahren wäre dies nicht mehr möglich gewesen. Die Verurteilung und die Busse haben darüber hinaus sogar eine für die Leser vorteilhafte Wirkung: Rechtskräftig verurteilt werden nur Journalisten, die eindeutige und echte Amtsgeheimnisse veröffentlichten. Mit andern Worten: Der Zürcher Urteilsspruch beglaubigt offiziell, dass die *Weltwoche*-Enthüllungen vom Herbst 2007 vollständig der Wahrheit entsprechen und stimmen. Wären die Umstände nicht so absurd, man müsste sich für dieses amtliche Echtheitszertifikat bedanken.

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 203.– (inkl. MwSt.)

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Markus Somm

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Daniel Ammann, Alex Baur, Hanspeter Born, Urs Paul Engeler, Urs Gehrig, Philipp Gut (*Leitung Kultur*), Carmen Gasser, Pierre Heumann (*Naher Osten*), Andreas Kunz, Peter Keller, René Lüchinger (*Leitung Wirtschaft*), Daniele Muscionico, Kai Michel (*Wissenschaft*), Daniela Niederberger, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Eugen Sorg, Mark van Huisseling, Lukas Voellmy (*Volontär*), Bettina Weber (*Leitung Gesellschaft*)

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Max Frenkel, Ludwig Hasler, Jörg Hess, Peter Holenstein, Wolfram Knorr, Albert Kuhn, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, André Müller, Franziska K. Müller, Ulf Poschardt, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Oliver Schmuki (*Leserbriefe*), Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Bildredaktion: Catharina Hanreich (*Leitung*), Christophe Bosset, Nadine Hofer (*Assistentin*)

Layout: Catharina Clajus (*Leitung*), Peter Aschmann, Rolf Mundwiler

Infografik: Helmut Germer

Korrektur: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Gilbert Grap, Beat Kuttinig

Internet: Andreas Thut (*Leitung*)

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

Verlagsleitung: Maike Juchler

Marketing: Sandra Millius (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Christine Lesnik (*Leitung*), Angela Prisciantelli

Anzeigeninnendienst: Anina Gross, Laura Bazzigher,

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Publicitas web2com AG

Tarife und Buchungen unter: Tel. 044 250 31 91

E-Mail: salesservices.web2com@publicitas.com

Druck: Basler Zeitung, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Geniessen Sie Hodlers «Der Holzfäller», ohne an Ihre nachhaltigen Anlagen denken zu müssen.



ZKB Private Banking bedeutet ganzheitliche Betreuung mit höchstem Engagement. Die Performance Ihres Vermögens ist das Ziel jeder Aktivität Ihres persönlichen Private Bankers. So ist Ihr Vertrauen am richtigen Platz. Willkommen an der Bahnhofstrasse 9 in Zürich und an ausgewählten Standorten im Wirtschaftsraum Zürich, Telefon +41 (0)44 292 24 00.

Anpassung

Begeht die Schweiz Selbstmord aus Angst vor dem Sterben? Jüngstes Beispiel: Doppelbesteuerungsabkommen.

Von Roger Köppel

Wer verteidigt eigentlich noch die Schweiz? Wer stellt sich vor unsere Rechtsordnung? Letzte Woche wurde bekannt, dass der Bund ein neues Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA unterzeichnete. Der Inhalt bleibt vorderhand geheim. Die Verhandlungen dauerten knapp zwei Wochen. Das deutet darauf hin, dass die Amerikaner alle Forderungen widerstandslos durchbrachten. Das Schweizer Bankkundengeheimnis, wie es bisher bestand, wird für US-Kunden ausgehebelt. Das Finanzministerium bestätigte, der Fall UBS sei kein Verhandlungsthema gewesen. Fazit: Die Schweiz gibt nach ohne Gegenleistung. Totale Anpassung statt Widerstand.

Letzten Freitag fand die Generalversammlung der Schweizer Privatbankiers statt. Der Verband will am bisherigen Bankkundengeheimnis nicht mehr festhalten. Ausserdem zeigte man sich empfänglich für Vorstösse, die ausländische Guthaben in der Schweiz höher besteuern möchten. Der Geist der Kapitulation durchwehte die Voten der Verbandsführung. Nicht nur wollen die Schweizer Privatbanken beim Kundenschutz zurückkriechen. Sie sind auch bereit, höhere Abgaben auf ausländischen Sparkonten in Kauf zu nehmen. Totale Anpassung statt Widerstand. Fairerweise bleibt anzumerken, dass es nicht die Aufgabe der Unternehmen und Banken ist, sich für die Souveränität der Schweiz und ihrer Rechtsordnung einzusetzen. Opportunismus kann eine sinnvolle unternehmerische Tugend sein. Handkehrum: Bankiers entscheiden so wenig über das Bankkundengeheimnis, wie Ärzte über das Arztgeheimnis zu befinden haben. Wie das Arztgeheimnis die Patienten, so schützt das Bankkundengeheimnis die Kunden. Nicht die Banken.

Der Bankkundenschutz ist Teil unserer Rechtsordnung. Ebenso ist es Teil unserer Rechtsordnung, dass Steuerhinterziehung nicht strafrechtlich verfolgt wird, im Unterschied zu Steuerbetrug. Aus Gründen, die uns nicht zu interessieren brauchen, möchte uns das Ausland zwingen, die schweizerische Steuergesetzgebung und das Bankkundengeheimnis bestimmten politischen Bedürfnissen anzupassen. Man droht und wettet, man stellt Sanktionen in Aussicht und wedelt mit schwarzen Listen. Das reicht, um die eidgenössische



Die Schweizer müssen sich selber helfen.

Politik- und Wirtschaftselite in heilloser Panik zu versetzen. Die Elite lenkt ein und kapituliert, weil sie die Konsequenzen fürchtet. Anpassung statt Widerstand. Die Schweiz begeht Selbstmord aus Angst vor dem Sterben.

Die Defätisten wenden ein: Das schweizerische Bankkundengeheimnis sei ein alter Zopf, es werde nicht mehr verstanden, eine Schlaumeierei aus vergangenen Zeiten, die sich niemandem vermitteln lasse. Die Schweizer Banken müssten neue Wege und Mittel finden, sich in Szene zu setzen, man solle die Spitzfindigkeiten unserer Steuergesetzgebung endlich beseitigen, um das zornige Ausland wieder versöhnlich zu stimmen. So reden heute die Banken, die früher das Gegenteil behaupteten. So reden aber auch die Politiker, die den Druck nicht mehr aushalten.

Das Argument zielt daneben. Erstens: Die Souveränität der Schweizer Rechtsordnung ist keine Manipulationsmasse für Unternehmensführer und Politiker. Sie kann nicht am Volk vorbei aufgeweicht und in ihr Gegenteil verkehrt werden. Zweitens: Die Politik der vorausseilenden Kapitulation ist schlechte Politik. Sie bringt keine Resultate. Scheibchenweise gibt die Schweiz Standortvorteile preis. Was bekommt sie dafür? Nichts. Indem die Politik dauernd über die Unausweichlichkeit des Auslandsdrucks jammert oder die Verwerflichkeit auswärtiger Minister beklagt (Steinbrück), lenkt sie von der Tatsache der eigenen Unfähigkeit in den Verhandlungen ab, die man aus unterschiedlichen Motiven lieber gar

nicht führen möchte. Die einen haben Angst, den andern ist es recht, wenn die Schweiz immer anschlussfähiger und anschlussfertiger wird für Organisationen wie die Europäische Union.

Es heisst, die Schweiz müsse sich anpassen. Es gebe aus wohlervogenem Eigeninteresse keine Alternative. Wer sagt das? Die Kapitulationsformel ist zum Leitmotiv unserer Krisendiplomatie geworden. Stellen wir die Gegenfrage: Was würde denn passieren, wenn sich die Schweiz den Forderungen des Auslands für einmal widersetze? Was wäre die Folge, wenn die Schweiz für einmal auf dem Rechtsstandpunkt beharrte und ihre souveräne Ordnung gegen die Begehrlichkeiten der andern verteidigte? Die Schweiz ist eine der bedeutendsten Export- und Importnationen. Wer der Schweiz wirtschaftlich schadet, schadet sich selbst. Wird die Gegenseite ihre Drohungen wahr machen? Werden Schweizer Arbeitnehmer künftig aus der EU ausgewiesen? Schliesst man die europäischen und amerikanischen Universitäten für Schweizer Studenten? Werden in Deutschland Schweizer Produkte boykottiert («Kauft nicht bei Schweizern»)? Drohen unserem Export tödliche Zölle? Man kann die Schreckensszenarien beliebig aneinanderreihen, eine Gewissheit bleibt. Selbst wenn es zum Äussersten käme: Unter grösstem Druck, am Rande des Zusammenbruchs, könnte die Schweiz ja immer noch nachgeben. Anpassung bleibt eine Variante bis zuletzt. Wer allerdings ohne Schmerztoleranz und Widerstand in einen Konflikt steigt, wird nichts herausholen.

Eigentlich ist es einfach. Die Schweiz kann einfach nein sagen. Sie muss nicht über Anpassung reden, sondern über Möglichkeiten des Widerstands. Den internationalen Organisationen ist nicht zu trauen. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der OECD. Ungeachtet dessen entschied die OECD gegen die Schweiz, ohne die Schweiz statutengemäss zur entsprechenden Sitzung einzuladen. Wenn die Rechtsbrüche allzu offensichtlich werden, werden einfach neue Gremien erfunden. Die G-20, ein Gebilde ohne Rechtsgrundlage, ist das jüngste Instrument der Grossmächte, um ihrer Interessenpolitik den Anschein der Legalität zu vermitteln. Die von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder lancierte Idee, die Schweiz müsse aufgrund der jüngsten Erfahrungen neu über einen EU-Beitritt nachdenken, wirft die Frage auf, wie weltfremd staatlich besoldete Parlamentarier eigentlich sein dürfen.

Wenn es eine Erkenntnis aus den letzten Monaten gibt, dann ist es die: Die schweizerische Rechtsordnung, der institutionelle Sonderfall, bleibt das verlässlichste Instrument unserer Interessenwahrung. Wie so oft in der Geschichte müssen sich die Schweizer selber helfen.



Poster-Girl: Miss California Prejean. Seite 36



Genial: «Spongebob Schwammkopf». Seite 47



Urtyp: Präsident Achmadinedschad. Seite 16



Vorteil Kantönligeist: Landsgemeinde. Seite 42

Aktuell

5 Editorial

9 Kommentar Schöpferische Zerstörung

10 Immer zu Ihren Diensten

Die Schweiz gibt nach, wo immer sie kann. Das Bankgeheimnis ist so nicht zu retten. Gleichzeitig rüsten die Finanzminister der USA und Deutschlands weiter auf

11 Personenkontrolle Schmid, Merz, Leuenberger, Gabriel

12 Politik Der positive Rassismus der Schweiz

14 Schweiz Betroffenheit für Afrika

16 Achmadinedschad ist die bessere Wahl

In der ganzen Welt bedauern viele die Niederlage des iranischen Oppositionsführers Moussavi. Ein Irrtum

18 Sport Orientierungslauf und Auerhuhn

19 Energie Teuer und ineffizient

20 Wirtschaft Neuer Kompass für die Welt

22 Mörgeli Brandstifter und Feuerwehr

22 Bodenmann Jamais rien compris

23 Medien Hurra, Kindergeburtstag!

23 Wortkontrolle Aktenzeichen «Romand»

24 Leserbrief

Hintergrund

26 Krieg gegen das Auto

Neue Abgaben und Schikanen: der grosse Beutezug des Bundes

29 Zürich Eine Stadt riegelt sich ab

32 Terroristenparadies Schweiz

Während die EU den Kampf gegen Terrorismus verschärft, schützt die Schweizer Asyljustiz gesuchte Politgangster

34 «Die Schweiz ist nach links gerückt»

Der Ökonom Hans-Werner Sinn fürchtet, dass auf die Finanzkrise eine Krise der Staaten folgt

36 Sieg über Satan

Die Miss California muss ihre Krone abgeben, nachdem sie sich gegen die Schwulenehe ausgesprochen hat

38 Mit Beethoven gedüngte Melonen

In der Rezession überleben nur die Tüchtigen und Erfindungsreichen: Erfolgsmodelle aus aller Welt

41 Bessere Antworten

Nachruf auf den grossen Soziologen Ralf Dahrendorf

42 Lob der Ketzer

Der Mainstream vermittelt Gemeinschaft, aber keine Ideen

44 «Anständig, ehrenvoll»

Zürichs älteste Familie, die von Meiss, existiert seit 800 Jahren

47 Unfug der Weichteil-Kreaturen

«Spongebob» ist die beliebteste Trickfilmserie der Welt



«Es kommt uns offenbar nicht darauf an, ob ein paar Kinder hopsgehen»: Pädagoge Feuser. Seite 48

Interview

48 «Ritalin ist ein Verbrechen»

Für den Sonderpädagogik-Professor Georg Feuser gehört das Beruhigungsmittel Ritalin verboten: Lebhaftige Kinder passten sich ihrer hektischen Umgebung an. Oft fehle es ihnen bloss an Zuwendung

Stil & Kultur

54 Nabel des Widerspruchs Fotograf Juergen Teller

54 Namen Von V. V. Brown bis Frisco-Rakete

55 MvH Mein Eichhörnchen

56 Im Gespräch Hair-Stylisten Marlies Möller

57 Luxus Glamour für den Schatten

58 Auto Koenigsegg CCR

59 Zu Tisch Im Restaurant «Bäregasse» in Zürich

59 Wein St-Saphorin Les Blassinges

60 Bestseller

60 Gott wohnt am Fjord

Der Norweger Jon Fosse ist der erfolgreichste Dramatiker Europas.
Ein Besuch im Norden

62 Jazz Bill Evans

62 Film «Revanche»

63 Klassik Opernstadt Verona

64 Doppelpass Jasskönig: Folge 31 des Fortsetzungsromans

66 Hochzeit Alexandra Huber und Angel Gonzales

Autoren in dieser Ausgabe

Allan Guggenbühl



Der Psychologe ist Leiter der Abteilung für Gruppenpsychotherapie für Kinder und Jugendliche an der kantonalen Erziehungsberatung

der Stadt Bern und des Instituts für Konfliktmanagement und Mythodrama in Bern und Zürich/Stockholm. Er ist Autor verschiedener Bücher.

Horst-Michael Prasser



Der Ingenieur für Kernenergie studierte u. a. am renommierten Moskauer Energetischen Institut. Seit 2006 lehrt er als Professor an

der ETH Zürich und forscht am Paul-Scherrer-Institut über Reaktorsicherheit. Er begründet, warum vermeintlich «grüne» Energie die Umwelt belastet.

www.weltwoche.ch

Reiseblog: *Bonum Iter*

Bonum Iter, zu Deutsch «Gute Reise», ist ein Blog-Experiment von Manfred Messmer (Autor von *Arlesheim Reloaded*) und der *Weltwoche*. Es geht um eine nicht ganz alltäglichen Reise, von der noch nicht genau feststeht, wohin sie führen wird. Klar ist die Dauer: vier Wochen, sowie das Transportmittel: Bahn, 1. Klasse.
www.weltwoche.ch/bonumiter

Weltwoche zum Hören

Professionelle Sprecher lesen ausgewählte Artikel. Diese Woche:
– «Unfug der Weichteil-Kreaturen»: Wolfram Knorr über «Spongebob»
– «Empörend anmutig»: Ulf Poschardt über den Peugeot 308 Coupé Cabrio
– «Wie eine Rolex»: Andreas Kunz über Roger Federer
– «Formel der Schönheit»: René Lüchinger über L'Oréal
www.weltwoche.ch/audio

Platin-Club

Spezialangebot: Spezialpreise für das Festival da Jazz St. Moritz (inkl. Hotelübernachtung)
Spezialangebot: 15% Rabatt auf ausgewählten Konzerten der Moonlight Classics in Zofingen
Mehr auf www.weltwoche.ch/platinclub




Testen Sie Jaguar vom 12. Juni bis 6. Juli.

EFFIZIENZ WAR NOCH NIE SO LUXURIÖS.

Erleben Sie jetzt die Diesel-Königsklasse bei einem JAGUAR-Partner in Ihrer Nähe und erhalten Sie ein Angebot, das Sie ebenso überzeugen wird wie die Probefahrt selbst. www.jaguar.ch

Er ist der antrittsschnellste Diesel seiner Klasse: Ausgestattet mit dem neuen 3.0-Liter-V6-Hightech-Dieselmotor (erfüllt bereits Norm Euro 5) erreicht er satte 275 PS und ein bahnbrechendes Drehmoment von 600 Nm. Der Jaguar XF Diesel S – ein Meister der Effizienz ohne Abstriche bei Komfort und Luxus.



<p>6.8 L / 100 KM</p>  <p>(Durchschnittsnormverbrauch)</p>	<p>ENERGIEEFFIZIENZ DES FAHRZEUGS</p> <p>Treibstoffverbrauch verglichen mit allen angebotenen Fahrzeugmodellen gleichen Gewichts</p>		<p>179 GRAMM/KM</p>  <p>204 g CO₂ entspricht dem Durchschnitt aller Neuwagen-Modelle in der Schweiz</p>	<p>JAGUAR XF JETZT TESTEN – TOP-ANGEBOT ERHALTEN.</p>
--	---	--	--	--

ZUKUNFTSWEISEND **JAGUAR**

Schöpferische Zerstörung

Von René Lüchinger — Wachstumsbegrenzung für Grossbanken: Selbst Währungshüter Philipp Hildebrand propagiert sie. Eine erstaunliche Wendung, die den Finanzplatz schwächen könnte.



Keine Tabus: Philipp Hildebrand, designer Nationalbank-Präsident.

Unter Druck geschehen oft erstaunliche Dinge. Seit sich die UBS im Würgegriff der US-Steuerbehörden befindet und Staatskapital in Anspruch genommen hat, haben sich berufene und weniger berufene Geister in Stellung gebracht. Alle erteilen sie der bedrängten Grossbank Ratschläge. Vergangene Woche tat dies auch Philipp Hildebrand, designer Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Als oberster Hüter der Systemstabilität ist er zweifellos berufen, in dieser Angelegenheit Stimme und Warnfinger zu heben.

Nach seiner Analyse ist die UBS «too big to fail», damit systemrelevant und ein Klumpenrisiko für die Schweiz. Deshalb muss erstens die Eigenmittelquote der Bank auf mindestens fünf Prozent angehoben werden – als Polster selbst für gute Zeiten. Deshalb muss zweitens die Bank in die Lage versetzt werden, im Krisenfall eine Teilliquidation bewältigen zu können – wenn beispielsweise als Ultima Ratio das amerikanische Geschäft ohne Schaden für die Restbank dichtgemacht werden müsste. Deshalb zieht Hildebrand drittens sogar vom Regulator verordnete Grössenbeschränkungen im Betracht – indem beispielsweise eine absolute Obergrenze für das Verhältnis zwischen Bilanzsumme und Bruttoinlandsprodukt (BIP) definiert wird. Letzteres könnte nicht nur für die staatlich unter-

stützte UBS, sondern auch für die zweite Grossbank, Credit Suisse, in Betracht kommen. Seit Wochen diskutieren Politiker, Professoren, Journalisten und Leserbriefschreiber die Causa UBS. Die Zahl der Bankexperten schnell rasant in die Höhe. Nicht immer hielt ihre Kompetenz Schritt mit der Schärfe der Argumente. Seit Philipp Hildebrand die Devise «Keine Tabus mehr» ausgerufen hat, dürfte der öffentliche Druck, die grösste Schweizer Bank kleinzureden und kleinzuschreiben, nochmals zugenommen haben.

Hier ist höchste Wachsamkeit angebracht, denn diese Debatte vereinigt nebst vernünftigen und sinnvollen Elementen auch ein gerüttelt Mass Scheinheiligkeit. Niemand hat sich vor dieser Krise über die Grösse unserer Grossbanken aufgeregt, niemand hat die Stimme erhoben, als der Schweizerische Bankverein (SBV) 1983 erstmals die Marke von 100 Milliarden Franken Bilanzsumme überschritten hat, als die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) 1997 die 500 Milliarden knackte, als die UBS 1998, im Jahr eins nach der Fusion, gegen tausend Milliarden ging und zehn Jahre später bei zweitausend Milliarden angelangt war. Dies war keine Quelle der Angst vor dem Super-GAU, sondern des Stolzes über die Tüchtigkeit des Swiss Banking. Kein Regulator, kein Professor, kein Journalist, auch die *Weltwoche* nicht,

haben in jener Zeit vor Systemrisiken gewarnt. Dasselbe gilt für die Auslandexpansion der Grossbanken. Übrigens eine junge Entwicklung auch dies: Der Bankverein hat als erste Schweizer Bank eine internationale Werbekampagne lanciert – Anfang der siebziger Jahre. Nach London (1898) und New York (1939) drang das Geldhaus erst in den sechziger Jahren nach Lateinamerika oder Fernost vor.

Erfolgreiche Industrien wollen wachsen

Was bedeutet dieser kleine historische Exkurs für die aktuelle Debatte über die Grössenverhältnisse und Risiken von Grossbanken? Zunächst einmal, dass eine erfolgreiche Industrie Wachstum sucht, und dies im Fall der kleinen Schweiz logischerweise vorab im Ausland. Was wäre unser Land ohne eine Nestlé, ABB oder Roche, welche mit viel Erfolg ausländische Märkte bearbeiten?

Gerät ein Unternehmen in die Krise wie die UBS, verändert sich einiges – aber nicht jedes Gesetz der Unternehmensführung ist automatisch ausser Kraft gesetzt. Ein Unternehmen im Überlebenskampf muss Schulden abbauen und die Eigenkapitaldecke stärken. Es muss ungesunde und anhaltend unprofitable Geschäftsbereiche schliessen oder abstossen. Und es muss dafür sorgen, dass kranke Teile nicht das Überleben der gesunden Bereiche verunmöglichen. Niemand, der klar denken kann, könnte dem widersprechen. Aber braucht es dazu eine behördlich verordnete Wachstumsbegrenzung? Skepsis ist angebracht. Industrien, Unternehmen allemal, sind sich wandelnde und verändernde Organismen. Der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter nennt dies in seinem Standardwerk «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie» das Gesetz der «schöpferischen Zerstörung», nach der sich Strukturen und Produktionsfaktoren immer wieder neu ordnen. Das gilt in Phasen des Aufbaus, also in Zeiten des Wachstums, wie auch beim Rückbau von unternehmerischen Aktivitäten.

Selbst das Argument, das für eine Wachstumsbegrenzung sprechen könnte, sticht nur bedingt – jenes der Staatsbeteiligung an der UBS. Dies sollte nach menschlichem Ermessen ein vorübergehender Zustand sein. Soll die Entfaltung der Grossbank gebremst werden, weil sie für die Schweizer Volkswirtschaft ein Klumpenrisiko darstellt? Das unternehmerische Interesse verbietet es, Hildebrand hat sich für die Staatsräson entschieden. Im Grunde ist alles zu unterlassen, was die Bank in ihrer Entwicklung, die irgendwann in eine Gesundung übergehen muss, negativ belasten könnte.

Noch heikler ist es, Fantasien der Begrenzung auf privatwirtschaftliche Banken wie die Credit Suisse zu übertragen. Diese Krise ist auch ein Krieg der Finanzplätze. Und es wird eine Zeit nach der Krise geben. ○

Stets zu Diensten

Von Markus Somm — Nach wie vor gibt die Schweiz nach, wo immer sie kann. Das Bankgeheimnis ist so nicht zu retten. Gleichzeitig rüsten die Finanzminister der USA und Deutschlands weiter auf. Alle Mittel scheinen erlaubt.



«Grosses Kompliment»: Bundesrat Merz, Amtskollege Steinbrück in Berlin.

Der Räuber brach ins Haus ein, drohte, die Katze zu erschiessen, und nachdem der Besitzer vor lauter Angst all sein Bargeld ausgehändigt hatte, sagte der Einbrecher gönnerhaft: «Grosses Kompliment!» Darauf blickte der Beraubte ehrfürchtig zum grossen Dieb hinauf, lächelte und streckte die Hand zum Gruss aus. – An diese Fabel erinnerte der Auftritt des schweizerischen Bundespräsidenten Hans-Rudolf Merz (FDP) in Berlin. Breit und zufrieden lachte der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), der der Schweiz in den vergangenen Monaten wahlweise mit der Peitsche, der Kavallerie oder einer schwarzen Liste gedroht hatte, während Merz an seiner Seite schrumpfte und wie ein Kammerdiener seinem Gutsherrn für die Lohnerhöhung von einer halben Mark dankte.

«Grosses Kompliment» an die Schweiz, Luxemburg und Österreich, liess der Deutsche den benachbarten Völkern ausrichten. Dass sie

auf Druck der Grossmächte ihr eigenes Bankgeheimnis massakriert hatten. Für das neue Doppelbesteuerungsabkommen habe er in Steinbrück «einen neuen Freund» gefunden, sagte Merz.

Es sind diese Bilder und solche Worte, die einem Angst machen, wenn man an die zahlreichen schwierigen internationalen Verhandlungen denkt, die der Schweiz in Sachen Steuerregime bevorstehen. Merz, der bereits dem iranischen Präsidenten Achmadinedschad das Gefühl gegeben hatte, er gehöre zu den engsten Freunden unseres Landes, dürfte auch in Berlin nicht den Eindruck hinterlassen haben, dass die Schweiz sich wehrt. Seit Monaten wirkt der Appenzeller wie ein Mann, der eine Konzession schneller einräumt, als sie gefordert wurde. Er kapituliert, und er lächelt. Im Interesse des Landes wäre dringend nötig, dass er künftig darauf verzichtet, sich mit Staatsmännern fotografieren zu lassen.

Ohne Frage hat der Druck auf die Schweiz stark zugenommen. Selbst der Privatbankier Konrad Hummler, der bisher zu den wortgewaltigsten Verteidigern des Bankgeheimnisses gehört hatte, hat den Rückzug angetreten. «Die Geschäftsmodelle, welche mit Hilfe des Bankgeheimnisses vor einer Besteuerung schützen», sagte er an einer Versammlung der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers in St. Gallen, «müssen vorab im Umgang mit besagten OECD-Staaten überdacht werden.» Stattdessen möchte er mit Ländern wie den USA eine Quellensteuer aushandeln.

Schlaf der Gerechten

Reiche Ausländer, die zum Beispiel ein Konto in der Schweiz unterhalten, könnten ihr Vermögen nach wie vor verheimlichen, ohne aber Steuern zu hinterziehen. Denn die Quellensteuer entspricht mehr oder weniger der schweizerischen Verrechnungssteuer. «An der

Quelle» würden allfällige Kapitalerträge des Ausländers besteuert, die auf seinem Schweizer Konto liegen – zu einem Satz von 20 oder 30 Prozent – und die Bank überweise diesen Abzug an den Fiskus; ohne den Namen ihres Kunden preiszugeben. Wie bei der schweizerischen Verrechnungssteuer könnte der Kunde dieses Geld zurückverlangen, wenn er bereit ist, sich seinen Steuerbehörden zu offenbaren. Wenn nicht, erhält der Staat den Abzug.

Hummlers Idee ist ein Vorschlag, den die Schweiz gerade Amerika schon lange hätte unterbreiten können – wäre der Bundesrat nicht dem Schlaf des Gerechten verfallen. Vielleicht hätte damit frühzeitig das Bankgeheimnis gerettet werden können. Zugegebenermassen vielleicht: Amerika dürfte sehr schwer davon zu überzeugen sein, darauf einzugehen. Immerhin hätte die Schweiz aber das mächtige Land in die moralische Defensive gezwungen. Tatsächlich sind die USA in Fragen der internationalen Besteuerung scheinheilige Prediger.

Die Vereinigten Staaten kennen die Quellensteuer für ihre zahllosen ausländischen Kunden nämlich nicht – und das mit gutem Grund. Vor Jahren machte die Administration Clinton den Versuch, eine solche einzuführen. Nachfolger Bush übernahm den Plan – und gab ihn sogleich wieder auf, nachdem ihm 46 Kongressabgeordnete beider Parteien einen eindringlichen Brief geschrieben hatten: «Hunderte von Milliarden Dollar an ausländischem Kapital werden die USA verlassen», sagten sie voraus. Das Gesetzesvorhaben wurde umgehend kassiert. Ohne das Schwarzgeld der reichen Kundschaft aus Südamerika und Asien, die auf Konten in Miami, New York, Chicago oder San Francisco ihr Geld vor dem eigenen Fiskus schützt, würde Amerika längst in grossen Schwierigkeiten stecken. Das Geschäftsmodell, das die Amerikaner den Schweizern nun untersagen möchten, erfreut sich in Amerika anhaltender Beliebtheit.

Wahrscheinlich ist es nun zu spät. Eben hat das Finanzdepartement mit der US-Regierung ein neues Doppelbesteuerungsabkommen verhandelt, wo die Schweiz die alte Differenzierung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, wenn es um die Amtshilfe geht, vermutlich zur Disposition gestellt hat.

In diesem Zusammenhang ist eine weitere Heuchelei nachzutragen. Wie oft wurde die Schweiz kritisiert, weil sie einen Unterschied macht zwischen dem Steuerbetrug, den ein Strafrichter mit Gefängnis ahnden kann, und der Steuerhinterziehung, welche die Steuerbehörden mit Bussen verfolgen. Es wurde der Eindruck erweckt, die Schweizer seien ausgekochte Schlaumeier. Tatsache ist: Viele andere Länder kennen die genau gleiche Unterscheidung, unter anderem Frankreich, Spanien, Italien und: die USA.

Leider sind das Debatten von gestern. Besteht das Bankgeheimnis noch? Tapfer wird betont,

es habe die gefährliche Operation überlebt. Vielleicht trifft das zu, wahrscheinlich nicht: Was sie offiziell beteuern, drehen die gleichen Gesprächspartner inoffiziell ins Gegenteil. Wie dem auch sei: Im Umgang mit gewissen Staaten kommt es ohnehin bald nicht mehr darauf an. Denn die Finanzminister der grossen, geldhungrigen Staaten haben sich längst das Römische Reich zum Vorbild genommen. War es einst eine Auszeichnung, römischer Bürger zu sein, wurde dies im Imperium zum Fluch. Der römische Bürger war stets steuerpflichtig, wo immer er sich auch aufhielt. Das Gleiche vollziehen nun die USA und Deutschland.

Steuergesetze der Weimarer Republik

Mit dem Stop Tax Haven Abuse Act soll die Steuerhinterziehung bekämpft werden. Womöglich wird er noch dieses Jahr vom Kongress verabschiedet. Was die Steuerbehörden seit längerem nach und nach realisieren, wird weiter verschärft. Muss der amerikanische Staatsbürger schon heute überall Steuern an sein Heimatland zahlen, wo immer er lebt, soll er künftig auch jede Transaktion seiner Steuerbehörde erklären, die er mit einer ausländischen Person oder Institution abwickelt, die sich in einem sogenannten *tax haven* (Steuer-oase) befindet. Wer sich seiner Steuerpflicht entziehen will, indem er ins Ausland zieht und den amerikanischen Pass aufgibt, wird noch einmal besteuert.

Auf ähnliche Gedanken könnte Deutschland kommen, so dass schon heute deutsche Kunden schweizerischer Banken sich überlegen, wie sie ihre Staatsbürgerschaft möglichst rasch loswerden. «Präventiv», erzählt mir ein Banker. In Beratung, aber noch nicht beschlossen ist in Berlin ein neues «Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz». Unter anderem soll die Steuerbehörde die Bürger zu einer eidesstattlichen Erklärung zwingen dürfen: Sie müssen schwören, alles richtig und vollständig angegeben zu haben. Deutscher Bürgerstaat im Jahre 2009.

1931, zu Zeiten der demokratischen Weimarer Republik, beschloss der Reichstag die Reichsfluchtsteuer: «Eine Reihe von wohlhabenden Deutschen», hiess es in der amtlichen Verlautbarung zur Notverordnung, «hat im Jahr 1931 die deutsche Heimat verlassen, um sich im benachbarten Ausland anzusiedeln. Meist war für diesen Entschluss die hohe steuerliche Belastung in Deutschland massgebend. Es ist beobachtet worden, dass diese Personen nach ihrer Wohnsitzverlegung keineswegs die Beziehung zu Deutschland aufgegeben haben oder aufgeben wollen; sie halten sich auch nach Aufgabe ihres Wohnsitzes vielfach im Inland auf. Ein derartiges Verhalten bedeutet Verrat an der deutschen Volksgemeinschaft.» Nach der Machtergreifung Hitlers diente das Gesetz den Nazis zur Ausplünderung der jüdischen Auswanderer. Es wurde 1953 aufgehoben. ○

Personenkontrolle

Schmid, Hochreutener, Merz, Leuenberger, Gabriel

Allmählich wird das Sumpfgebiet VBS, wie der Berner BDP-Bundesrat **Samuel Schmid** es hinterlassen hat, trockengelegt. Das Eidgenössische Untersuchungsrichteramt hat am 15. Juni eine Voruntersuchung gegen einen Beamten der Armasuisse, zuständig für Rüstungsgeschäfte, eröffnet. Der Mann gibt zu, in den Jahren 2003 bis 2007 beim Verkauf von Flugzeugteilen insgesamt rund zwei Millionen Franken auf sein eigenes Konto abgezweigt zu haben. (*upe*)

Offenbar innerlich noch immer aufgewühlt, verarbeitet der Berner CVP-Nationalrat **Norbert Hochreutener** die dramatischen letzten Bundesratswahlen literarisch. In seinem Krimi (Arbeitstitel «Tod im Bellevue») gewinnt der Sprengkandidat (Hansjörg Walter) mit einer Stimme Vorsprung auf den offiziellen SVP-Vertreter (Ueli Maurer) – und wird drei Tage später tot in seinem Zimmer der Berner Luxusherberge «Bellevue» aufgefunden. Wer den Neo-Bundesrat ins Jenseits befördert hat, verrät Hochreutener noch nicht. Eine mögliche Lösung des fiktiven Falls tönt er an, wenn er meint, der reale Walter wäre bei einer wilden Wahl im Amt «zerbrochen». (*upe*)

Tage nach der illegalen Aktion des Parlaments, den gültigen Bundesbeschluss zur Zusatzfinanzierung der IV umzustossen und die Steuererhöhung auf Anfang 2011 zu verschieben, liess Finanzminister **Hans-Rudolf Merz** (FDP) seine Fiskalbeamten einen völlig anders lautenden Rundbrief verschicken. Mitte letzte Woche beschied Gabriel Rumo, Chef der Hauptabteilung Mehrwertsteuer, seinen Kunden nämlich «zielgerichtet», wie er schreibt, die Mehrwertsteuer werde bei einem Ja von Volk und Ständen bereits «per 1. Januar 2010 ... erhöht». Um das politisch-fiskalische Chaos perfekt zu machen, geben Merz' Leute in ihrer «Vorinformation» auch konkrete Tipps, wie die mehrsteuerpflichtigen Unternehmen ab nächstem Jahr die Preise für Waren und Dienstleistungen anheben sollen. (*upe*)

Als Energieminister **Moritz Leuenberger** (SP) kürzlich seinen Amtskollegen **Sigmar Gabriel** (SPD) in Berlin besuchte, versprach er den Süddeutschen bezüglich eines möglichen nuklearen Endlagers in Grenznähe «die gleichen Mitwirkungsrechte» wie den Schweizern. Leuenberger betonte, das «Mitspracherecht» werde freiwillig gewährt – und die Endlagerfrage «keinesfalls» mit Themen wie «etwa dem Anflug nach Zürich über Süddeutschland» verknüpft. Die Deutschen waren begeistert über das grosszügige Geschenk. (*axb*)

Der positive Rassismus der Schweiz

Von Max Frenkel — Muss Couchepins Nachfolger aus der lateinischen Schweiz kommen? Oder warum die Integration sprachlicher Minderheiten in der Regierung dem Land zum Vorteil gereicht.



Vernunft-Schweizer: Waadtländer am Lac Léman.

Ich setze den Fall, nicht Couchepin, sondern Bundesrat Leuenberger wäre zurückgetreten und die Deutschschweizer hätten gesagt, er müsse durch einen Deutsch- und ja nicht etwa durch einen Welschschweizer ersetzt werden. Sicher hätte da irgendjemand von der Antirassismuskommission des Bundes vor dem unterschwelligem Rassismus in solchen Worten gewarnt. Aber da die Forderung von einer ethnischen Minderheit käme, hätte die Kommission alle drei Augen (auch ihr ohnehin immer geschlossenes der Weisheit) zugetan.

Alemannische Stämme

Sind denn die Welschen eine Ethnie? Wenn man davon ausgeht, dass der Begriff auf eine Gemeinschaft von Kultur, Sprache, Geschichte und Territorium abzielt, kann man ihn hier durchaus verwenden. Eigentlich pflegt man auch eine gewisse Solidarität mit einzuschliessen. Aber da erinnere ich mich an eine Pressekonferenz der Separatisten von Genève libre in den achtziger Jahren, die darauf aufmerksam gemacht wurden, dass die Waadtländer sich in der Schweiz recht wohl fühlten.

«Aber mein Herr», war die Antwort, «die Waadtländer sind keine Romands, sondern ein alemannischer Stamm, der französisch spricht.» Selbst wenn es dafür historische Anknüpfungspunkte gäbe, dürfte das auch in der Welschschweiz eine minoritäre Ansicht sein.

Spass beiseite: Es ist die Besonderheit der Schweiz, auf die man zu Recht stolz ist, dass drei Ethnien, eine deutsche, eine französische und eine italienische, hinter den Kantonen die konstitutiven Elemente des Staates sind und friedlich zusammenleben. Das geschieht nicht so sehr aus Liebe zueinander, sondern weil eine jede von ihnen diese Allianz einer Einverleibung ins eigene sprachliche Hinterland vorzieht. Es ist eine Zweckehe. Und in dieser kommt es auch immer wieder zu Reibereien. Eine solche erleben wir gerade wieder beim Thema der Couchepin-Nachfolge.

Elemente der Schweiz

«Muss es denn wirklich wieder ein Romand oder ein Italienischschweizer (auch in Graubünden und nicht nur im Tessin gibt es solche) sein?», kann man fragen hören. Ja, wird die Antwort lauten. Man weiss, dass es sich hier um mehr als eine gerade gültige politische Korrektheit handelt und dass es auch nicht möglich wäre, sehr bald, bei der nächsten Vakanz, einen Bruch des Prinzips zu korrigieren. Die Tatsache, dass man in den obersten Gremien der Eidgenossenschaft die sprachlichen Minderheiten gleichberechtigt integriert hat, gehört zu den identitätsstiftenden Elementen der Schweiz. Denn sie sorgt auch dafür, dass die doch deutlich unterschiedlichen Vorstellungen der Landesteile (man kann das jeden

Tag in den drei Medienkulturen bestätigt finden) nicht ständig und destabilisierend aufeinanderprallen, sondern immer wieder ausgeglichen werden können. Ein grundsätzliches Abweichen vom herkömmlichen Ritual würde die Kohäsion des Landes allzu stark belasten.

Wenn die sprachliche Zusammensetzung des Bundesrats dennoch thematisiert wird, hat das verschiedene Ursachen. Man stellt die Frage, entweder weil durch diese Spielregel eine Persönlichkeit von der Wahl ferngehalten wird, die sich sonst eigentlich aufdrängen würde. Das ist diesmal wirklich nicht der Fall. Oder, und das ist heute und normalerweise so, weil sich niemand, eben auch niemand mit dem «richtigen» Zungenschlag, aufdrängt.

Dazu kommt dann noch, dass man in der für die Medien (und die Leser) grausam langen Zeit bis zur Wahl ständig für Betriebsamkeit sorgen muss. Denn die Medien sind schon lange nicht mehr die Hüter und Garanten der Demokratie, als welche sie sich so gerne sehen, sondern, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Teil der einheimischen Unterhaltungsindustrie.

Was sagen uns Meinungsumfragen?

Zu dieser gehören auch die Meinungsumfragen. Sie sind in aller Regel trivial und zum raschen Vergessen bestimmt. Wir werden allerdings bis im Herbst davon noch einige zu erdulden haben. Zu unserem Thema hat eben eine davon entdeckt, dass die Deutschschweizer «nur noch» zu 32 Prozent der Ansicht sind, der Couchepin-Nachfolger müsse notwendigerweise aus der französischen oder italienischen Schweiz stammen. Na und? Er wird ja nicht vom Volk beziehungsweise von einer angeblich repräsentativen Auswahl von mehrheitlich an Wahlen gar nicht interessierten Schweizern gewählt, sondern von 246 einigermassen repräsentativ gewählten Vertretern dieses Volkes.

Und vor allem steht die Sprachenfrage auch gar nicht im Vordergrund. Sie ist Anhang zu einer Diskussion über personelle Präferenzen. Ich möchte wetten, dass eine Verfassungsvorlage, die den ungeschriebenen Sprachenproporz abschaffen wollte – was formal nicht einfach wäre –, klar scheitern müsste. Dann würden nämlich die Vor- und die Nachteile des heutigen Systems breit und eingehend diskutiert. Die Bundesversammlung und die Parteien würden die Beibehaltung des Status quo empfehlen, und die Stimmbürger würden dem und der eigenen Vorsicht beim Herumbasteln an der Staatsstruktur folgen.

Sollte die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus dann dennoch für die Abschaffung plädieren, würden die Bürger nur umso überzeugter diesen helvetischen Rassismus verteidigen.

Weil es ihn hier braucht.

○

PLUSMODO

DESIGN JORGE PENSI



Designpreis
der BRD
Nominierung
2007



product design
award 2006
china
award 2006



reddot design
award 2006



SCHÖNER
WOHNEN
NEUE
KLASSIKER
Neue Klassiker
award 2005



good design
award 2005



Wissen, was zählt.

poggen[®]
pohl 

Betroffenheit für Afrika

Von Carmen Gasser — Der Bundesrat torpedierte kürzlich den Ausbau der Entwicklungshilfe. Zu Recht. Aber aus den falschen Gründen. Eine Grundsatzdebatte ist überfällig.



«Das eigene Image aufpolieren»: Bundesrätinnen Calmy-Rey und Leuthard.

Geht es um das Thema Entwicklungshilfe, richtet sich das Augenmerk stets auf die Zahlen. Auf den viertel, halben oder ganzen Prozentpunkt, um den Budgets aufgestockt werden sollen, um schlussendlich in drei- bis vierstellige Millionenbeträge zu münden. Es ist die Zahl 0,5, für die sich unsere Parlamentarier entschieden haben. 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens, so beschloss man letzten Dezember, sollen künftig in die Entwicklungshilfe fliessen und bis 2015 umgesetzt werden. Im Gegensatz zu den 0,4 Prozent (rund 2 Milliarden Franken) bislang.

Doris Leuthard: mehr Entwicklungshilfe

Doch schon bald tauchte ein Problem auf: die Finanzierung. Wie häufig in derartigen Fällen, klopfte der Nationalrat beim Bundesrat an und forderte diesen auf, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie die Aufstockung finanziert werden solle und in was überhaupt der Bund diese zusätzlichen Millionen – man spricht von 300 – investieren wolle.

Der Bundesrat tat, wie verlangt, dachte nach und lehnte Ende Mai die Erhöhung ab. Mit 4 zu 3 Stimmen. Die Befürworter: Doris Leuthard und Micheline Calmy-Rey, in deren Ministerien die Dossiers Entwicklungshilfe gebündelt sind. Einer der heftigsten Gegner: Finanzminister Hans-Rudolf Merz. Für eine

Erhöhung sei derzeit kein Geld da, argumentierte der Kassenwart. Immerhin befinde sich die Schweiz seit geraumer Zeit in einer Wirtschaftskrise. Dass es irgendwann zu einer Erhöhung der Entwicklungshilfe kommen werde, schliesst Roland Meier, Pressesprecher beim EFD, zwar nicht aus. «Wir wissen allerdings nicht wann, da das wirtschaftliche Umfeld keine Prognose zulässt.» Zudem entscheide letztendlich das Parlament darüber, wie viel Geld in die Entwicklungshilfe fliessen. Eine Ohrfeige für die über siebzig Hilfswerke und Organisationen, welche im Vorfeld die Latte bei 0,7 Prozent angesetzt hatten. Ein unhaltbarer Zustand auch für ein paar Dutzend Abgeordnete, die als Parlamentariergruppe «Suisse – Solidarité internationale» diesen Donnerstag eine Medienkonferenz abhielten und den verbindlichen Ausbau der Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent forderten.

Trotz Milliardenspritzen immer ärmer

«Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer sind enorm», sagt Kathrin Amacker (CVP). Man könne zwar über den Zeitpunkt der Erhöhung diskutieren, nicht aber über die Höhe. Sie ist mit dieser Forderung nicht allein. Seit 2000 bereits plädiert die Uno für eine Erhöhung der internationalen Entwicklungshilfegelder auf 0,7 Prozent.

Kaum ein Land setzte diese Forderung bislang um. Wie eine Studie der OECD zeigt, liegt die Schweiz im Ländervergleich mit ihren bislang 0,4 Prozent im vorderen Mittelfeld, noch vor Frankreich mit 0,39 und Deutschland mit 0,38 Prozent. Die Wirtschaftsmächte Japan und USA belegen ex aequo mit 0,18 Prozent den letzten Rang, der Durchschnitt liegt bei 0,3 Prozent.

Die Forderungen zielen in die falsche Richtung. Bis heute galt: Die Reichen müssen den Armen helfen. Mit Geld. Betroffenheitskult ist zum moralischen Vademecum geworden. Ergebnisse der Entwicklungshilfe zu hinterfragen, gilt als asozial. Doch immer mehr führende Ökonomen und Wissenschaftler plädieren für ein radikales Umdenken. Die Zahlen sprechen für sich: Heute ist die wirtschaftliche Situation in Afrika nach fünfzig Jahren Entwicklungshilfe schlechter als 1960. Zwischen 1970 und 1998 erhöhte sich der Anteil der Armen von 11 auf 66 Prozent. Und dies, obwohl seit 1960 die Summe von sechs Marshallplänen nach Afrika gepumpt wurde, wie der in Washington lehrende ghanaische Wirtschaftswissenschaftler George Ayittey ausgerechnet hat. Sein Fazit: «Afrika wird immer ärmer, trotz oder vielleicht sogar wegen der rund 40 000 Organisationen, die derzeit für die Entwicklungshilfe dort tätig sind.»

Balsam fürs soziale Gewissen

William Easterly, lange Jahre der führende Weltbank-Ökonom und Wirtschaftsprofessor der New York University, wird sogar noch deutlicher. Er nennt die Uno-Forderungen von 0,7 Prozent politisches Theater, einen Geniestreich, der geholfen hat, das Budget und den Einfluss der Uno zu erhöhen. So wie diese seien die rund 40 000 Organisationen in Afrika vor Ort zumeist damit beschäftigt, ihre eigene Daseinsberechtigung zu manifestieren. «Gute Taten sind nicht nur Balsam fürs soziale Gewissen, sondern auch Mittel, um das eigene Image aufzupolieren», so Easterly.

Diverse afrikanische Ökonomen und Journalisten gehen sogar noch weiter. Sie plädieren dafür, die Entwicklungshilfe komplett abzuschaffen. Darunter der kenianische Ökonom James Shikwati und seine sambische Kollegin Dambisa Moyo. Letztere erklärte kürzlich im Interview mit der *Weltwoche* (Nr. 24/2009), dass Afrika gerade wegen der Entwicklungshilfe noch immer so arm sei. «Sie macht faul, unterstützt korrupte Diktaturen und nimmt jeglichen Anreiz, wirtschaftliche Strukturen aufzubauen.» Das Geld fliessen ja ohnehin.

Schlussfolgerung: Es gilt auch in der Schweiz eine Diskussion zu lancieren über Sinn und Unsinn der Entwicklungshilfe. Insofern war die Absage des Bundesrats zu einer Erhöhung der Entwicklungshilfe folgerichtig. Nur eben aus ökonomischen und damit aus den falschen Gründen. ○



Occasionen finden Sie ganz leicht in der Autobörse auf local.ch. Übrigens auch Firmen- und Privatadressen, Gebrauchtes und Veranstaltungen aus Ihrer Region.
www.local.ch – Die regionale Suchmaschine

local.ch 

Jetzt mit



autobörse

Mit dem Rüpel lässt's sich besser sprechen

Von Urs Gehriger — In der ganzen Welt bedauern viele die Niederlage des iranischen Oppositionsführers Moussavi bei den Präsidentschaftswahlen. Aber ihr Wunschdenken verführt sie zu einem Irrtum. Die Hassfigur Achmadinedschad ist für den dialoghungrigen Westen die richtige Wahl.



Urtypus des islamischen Revolutionärs: Präsident Mahmud Achmadinedschad.

Seit der iranischen Präsidentschaftswahl zeichnen Medien und westliche Politiker das Bild einer tyrannischen Führung, die ein ganzes Volk betrogen hat. Nun mag das Wahlergebnis in seiner Deutlichkeit niemals der Realität entsprechen. Dennoch macht der Westen einen Fehler, wenn er Achmadinedschad und dessen Spiritus Rector, Religionsführer Chamenei, als Könige ohne Kleider darstellt.

Wer vor den Wahlen ausgiebig das Land bereist hat, kommt zum Schluss, dass die Sympathien für Präsident Achmadinedschad trotz Wirtschaftsmisere und hoher Arbeitslosigkeit bemerkenswert hoch sind. Seine Basis umfasst weite Teile der Landbevölkerung, der unteren Arbeiterschicht sowie der Sicherheitsdienste.

Nach verbreiteter Meinung hat er ihre Loyalität mit grosszügigen Spenden und Naturalien – zum Beispiel durch Verteilen von Kartoffeln – gekauft. Die Pfründen-Politik spielt für den Support eine wichtige, jedoch nicht entscheidende Rolle. Die Popularität des hemdsärmeligen Präsidenten reicht tief in die Volkseele. Für die einfachen Leute, die weder Satellitenfernsehen empfangen noch einen hohen Bildungsstand haben, ist Achmadinedschad «einer von ihnen».

Achmadinedschad kennt das Milieu. Er ist darin gross geworden, als Sohn eines Schmied-

des in Garmsar, einem Bauernnest am Rande der Wüste, hundert Kilometer südöstlich von Teheran. In beispielloser Weise versteht er es, die Mentalität des «kleinen Mannes» zu verkörpern und zu instrumentalisieren. Wenn man ihm zuhört, wie er auf seinen zahlreichen Reisen durchs Land zu den Menschen spricht, vergisst man leicht, dass er an der Technischen Universität studiert und doziert hat.

Obwohl ihn die Intelligenzija in der Stadt als Bauerntölpel verspottet, waren für Achmadinedschad seine Wurzeln in der Provinz nie

Sein Rückhalt im Volk verhindert, dass der Protest auf das gesamte Land überspringt.

ein Handicap, sondern das Fundament seiner ambitionierten Karriere. Bis er Präsident wurde, fuhr er in einem klapprigen Peugeot 504 zur Arbeit. Und heute nehme er seinen Lunch in einer Papiertüte ins Präsidentenbüro, wird im Volk berichtet. Das macht Eindruck.

Gleichzeitig verkörpert er immer noch den Urtypus des islamischen Revolutionärs. Während viele seiner Kampfgenossen von 1979 den Marsch durch die Institutionen angetreten und sich mit persönlichen Geschäften auf Kos-

ten des Staats bereichert haben, huldigt Achmadinedschad unbeirrt den alten Idealen: Gottesfurcht, Bescheidenheit und Nationalstolz. Er will die Korruption ausrotten und das Land im Geist der Revolutionsväter neu erwecken.

Die bis ins Despektierliche ausufernde Härte im Umgang mit der westlichen Staatenwelt kommt bei einem soliden Segment des Volkes gut an. Hier hegt man ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Ausland. «Niemand in der Welt hat uns geholfen», erzählt eine Bauersfrau und meint dabei den Krieg gegen den Irak (1980–1988), die traumatische Initiationsphase der Islamischen Republik Iran. Die Generation des Präsidenten habe das Land gerettet, sagt sie, deshalb stehe ihm auch das moralische Recht zu, das Land zu führen. So lautet die Meinung vieler.

Eine Annäherung an den Westen hat für sie keine Priorität. Man hat gelernt, dass man letztlich immer auf sich allein gestellt ist. So sehen die meisten Iraner im Atomprogramm weit mehr als ein friedliches Projekt zur Energieproduktion. Es ist ein Zeichen der nationalen Souveränität und Stärke. Je dringlicher das Ausland auf einen Stopp der Urananreicherung drängt, umso entschlossener steht das Volk hinter Achmadinedschad.

Die Illusion des Westens

Der offensichtliche Wahlbetrug und die darauf folgende Protestbewegung haben den Gottesstaat bis in die Grundfesten erschüttert. Zwar waren Wahlen im Iran noch nie im westlichen Sinne demokratisch, da über die Auswahl der Kandidaten sowie über die wichtigsten Geschäfte des Landes letztlich die religiöse Elite bestimmt. Doch diesmal hat das Regime den Bogen überspannt. Die Islamische Republik hat sich, für alle Welt sichtbar, als islamische Diktatur entlarvt, mit inneren Verwerfungen, die bis in das religiöse Machtzentrum reichen. Immer mehr Geistliche haben sich in den letzten Tagen vom Revolutionsführer distanziert. Möglicherweise kommt es zu einer tektonischen Plattenverschiebung mit unabsehbaren Folgen.

Auf absehbare Zeit jedoch sitzt Achmadinedschad fest im Sattel. Sein Rückhalt im Volk und im Sicherheitsapparat, der in blindem Gehorsam auf die Opposition eindrischt, verhindert, dass der Protest auf das gesamte Land überspringt – sehr zum Ärger zahlreicher Regierungen im Westen. Gerne hätte man dem

Diplomatie

Wichtiger denn je

Die Schweiz hält sich gegenüber dem Iran auffällig zurück. Zu Recht.

Mit wachsender Empörung verurteilen die USA, die EU und die Uno die Gewalt des iranischen Regimes gegen Demonstranten. In der Schweiz: Funkstille. Am Dienstag bekundete Aussenministerin Calmy-Rey erstmals offiziell, was vorher bloss auf Anfrage zu erfahren war: Die Schweiz sei «besorgt» über die Lage. Sie appelliere an die «Zurückhaltung im Umgang mit friedlichen Demonstranten». Diese Botschaft habe man über die gewohnten Kanäle den Iranern übermittelt. Diskret und leise, via Botschafterin in Teheran.

Erfreut über die Zurückhaltung zeigt sich Irans Botschafter in Bern. Die Schweiz beweise, «dass sie die Lage im Iran und die Situation der Mehrheit im Land versteht», sagte Keyvan Imani der *Weltwoche*.

Die ruhigen Töne erstaunen, bedenkt man das engagierte Protestverhalten der Aussenministerin, wo immer Menschen- und Völkerrechte tangiert werden. So zum Beispiel im Fall Israels (Libanon, Gaza) oder der USA (Irakkrieg, Abu Ghraib).

Laut Calmy-Rey hält sich die Schweiz zu den Ereignissen im Iran absichtlich zurück. Das Regime lege Kritik so aus, dass man im Westen den Umsturz unterstütze. Es gehe darum, die Opposition nicht zu schwächen. Das kann man auch anders sehen. Entschlossene Kritik an der teils perfiden Gewalt (Todeschüsse, neuartiges Tränengas, Verschleppung von Verletzten aus Spitälern) könnte die Demonstranten in ihrem völkerrechtlich legitimen Protest bestärken.

Als weiteren Grund für das Leisetreten nannte Calmy-Rey die spezielle Rolle der Schweiz im Iran, wo das Land die Interessen der USA vertritt. In der Tat ist Diskretion in der Krise – es handelt sich um die heftigsten innenpolitischen Unruhen seit der Revolution 1979 – von Bedeutung. Während andere Botschafter riskieren, ausgewiesen zu werden, ist der neutrale schweizerische Posten wichtiger denn je.

Auch mit Blick auf allfällige Verhandlungen zwischen den Erzrivalen Iran und USA, als deren Faszilitator sich Bern wiederholt eingebracht hat, muss alles unternommen werden, dass der Schweizer Kanal offen bleibt. Es wäre von Vorteil, wenn ähnliche Zurückhaltung auch in anderen Konflikten praktiziert würde. *Urs Gehriger*

sich als besonnener Reformler gerierenden Mir-Hossein Moussavi den roten Teppich ausgerollt. Von ihm erhoffte man eine Öffnung des Systems. Nicht bloss im Innern, sondern vor allem gegenüber dem Ausland. Und einen sachlicheren Umgangston beim wichtigsten Thema: dem umstrittenen Atomdossier.

Hier jedoch erliegen die Europäer übersteigertem Wunschdenken. In Wirklichkeit ist Moussavi ein Luftballon, aufgeblasen von der urbanen Mittelschicht, die verzweifelt nach einer Gelegenheit sucht, ihrem Hass auf Achmadinedschad und dem Frust über das rigide Chomeini-Regime Luft zu verschaffen. Auch wenn sich Moussavi nun an der Rolle des Oppositionsführers festklammert, sich sogar bereit erklärt, «als Märtyrer» zu sterben, ist es ein Irrtum, in ihm einen Modernisten und veritablen Reformpolitiker zu sehen.

In seiner Amtszeit als Premierminister (1981–1989) machte sich Moussavi einen Namen als Hardliner, nicht viel anders als Achmadinedschad heute. Er ist durch und durch ein Mann des Regimes und wurde auch deshalb überhaupt zu den Wahlen zugelassen. Faktisch gibt es kaum ein Indiz, dass er in der Aussenpolitik einen neuen Kurs eingeschlagen hätte. Hätte er auch nicht können, denn die wichtigen Dossiers Aussenbeziehungen und Atomprogramm sind Sache des Oberchefs, des geistigen Führers Chamenei, der wie ein göttlicher Vormund die irdischen Geschicke lenkt, als wäre er direkt vom Himmel auf die Erde verpflanzt worden.

Der Mossad bevorzugt Achmadinedschad

So erklärten Konservative in den USA denn auch bereits vor den Wahlen ihren Lieblingsfeind Achmadinedschad zu ihrem Favoriten. Da er genau die Linie des Regimes vertritt, kein Jota vom eingeschlagenen Kurs abweicht und den von der Uno verlangten Stopp der Urananreicherung niemals akzeptieren wird, sehen sie in ihm das wahre Gesicht des Regimes. Unter einem Präsidenten Moussavi dagegen hätte man womöglich lange Monate laiviert, ohne greifbares Resultat, derweil hinter den Kulissen das Atomprogramm unvermindert fortgesetzt worden wäre.

In diesem Sinne äusserte sich auch Meir Dagan, Israels Mossad-Chef. «Wenn Moussavi Präsident geworden wäre, hätte Israel grosse Probleme gehabt, die Welt von der grossen Gefahr des Irans zu überzeugen.» Denn obwohl Moussavi in der internationalen Arena als moderates Element betrachtet werde, dürfe man nicht vergessen, dass 1987 unter seiner Ägide das geheime Atomprogramm lanciert worden sei. Das Nukleardossier ist einer der roten Fäden, die sich, egal, wer gerade Präsident ist, durch die jüngere Geschichte des Irans ziehen. Auch unter dem im Westen wohlgelittenen Dialog-Ajatollah Chatami wurde es unvermindert fortgesetzt. Auch viele «Tauben» akzep-

tieren Achmadinedschad als das kleinere Übel, obschon aus anderen Gründen.

Wer einer diplomatischen Annäherung das Wort redet, sieht in Moussavi einen unsicheren Kanton. Im Zentrum der Macht, insbesondere beim religiösen Führer Chamenei, hat er wenig Rückhalt. Niemals, so schätzen Realpolitiker, hätte er die Konzessionen machen können, welche US-Präsident Obama, die Europäer und einige arabische Staaten auf dem Weg des Dialogs anstreben. Als schwacher Präsident hätte er sich im internen Zwist aufgegeben.

Wenn auf dem noch reichlich diffusen Pfad des Dialogs ein Erfolg überhaupt möglich sein soll, dann am ehesten mit Achmadinedschad. Das klingt paradox. Muss es aber nicht sein. Ob für eine Öffnung gegenüber dem Westen oder beim Atomdossier: Mit Präsident Achmadinedschad als rüpelhaftem «Knecht von Chameneis Gnaden» kann sich das Regime eine weichere Position leisten. Es könnte einen milden Kompromiss sanktionieren und dem nach Aussöhnung dürstenden Westen teuer verkaufen.

Im Internet

Trotz Zensur erhält die *Weltwoche* täglich eine Fülle von E-Mails aus dem ganzen Iran. Wir veröffentlichen laufend ausgewählte Zuschriften auf www.weltwoche.ch/iran

Gelbe Seiten | Freizeit | Fundgrueb | Autobörse

Gewerbe leicht finden. Auf www.local.ch, Ihrer regionalen Suchmaschine.



local.ch

Heiliges Auerhuhn

Von Alex Reichmuth — Die Schweizer Orientierungsläufer sind erstmals bereit, für den Zutritt zu Waldgebieten zu bezahlen. Dafür verzichten Naturschützer auf Einsprachen gegen OL-Wettkämpfe.



Sensible Tiere: vom Aussterben bedrohtes Auerhuhn.

Es war ein Befreiungsschlag nach endlosen Verhandlungen mit den Naturschützern: Um in vier Juragebieten Wettkämpfe durchführen zu können, bezahlt der Neuenburger OL-Verband Geld für Naturschutzmassnahmen des Kantons. Zum ersten Mal in der Schweiz werden Orientierungsläufer auf diese Art zur Kasse gebeten.

Für die Sportler sind die vier Gebiete im Neuenburger Jura von besonderem Wert: Die Karstlandschaft mit den vielen Dolinen eignet sich hervorragend für den Sport mit Karte und Kompass. Noch in den achtziger Jahren fanden hier regelmässig OL-Wettkämpfe statt. Doch dann war bald Schluss – zu gross war die Gegenwehr der Naturschützer. Sie erachteten Orientierungsläufe, bei denen die Wettkämpfer die Wege verlassen, in den vier Gebieten als unakzeptable Belastung für die Natur.

Freizeitaktivitäten bedrohen die Vögel

Grund dafür ist vor allem das vom Aussterben bedrohte Auerhuhn. In der Schweiz gibt es insgesamt schätzungsweise noch 500 Exemplare dieser Vogelart, ein Teil der Tiere lebt im Neuenburger Jura. Bei ihrem Kampf gegen die Orientierungsläufe stützen sich die Naturschutzorganisationen Pro Natura, Schweizer Vogelschutz und WWF etwa auf den «Aktionsplan Auerhuhn» des Bundes, der Störungen

durch Freizeitaktivitäten als Problem für die bedrohten Vögel bezeichnet. Problematisch seien vor allem Störungen im Winter und während der Fortpflanzungszeit, also im Frühling, heisst es im Aktionsplan.

Allerdings: Die Orientierungsläufer wollen aus Rücksicht auf die Natur gar keine Wettkämpfe im Winter und Frühling durchführen. Es geht um einzelne Anlässe in den Monaten August bis November, im Abstand von mehreren Jahren. An OL-Wettkämpfen ist es ausserdem üblich, besonders sensible Gebiete zu sperren. Allgemein sind die Schweizer Orientierungsläufer für ihre Kompromissbereitschaft bekannt. Sie gelten weitherum als Vorbilder, was ihre Rücksichtnahme auf Tiere und Pflanzen angeht.

Wirkungsvolle Beschwerde

Doch den Naturschützern genügten die von den OL-Läufern angebotenen Kompromisse nicht. Sie drohten mit Beschwerden gegen die Bewilligung von Wettkämpfen durch den Kanton Neuenburg. Beschwerden sind ein wirkungsvolles Instrument: Selbst wenn diese am Ende abgewiesen werden, können sie Orientierungsläufe verhindern. Denn bis zum Entscheid der Behörden ist es meist zu spät, die Organisation eines Wettkampfes noch rechtzeitig in Angriff zu nehmen.

Unter diesem Druck waren die OL-Läufer bereit zu bezahlen – zumal die Naturschützer in Aussicht stellten, im Gegenzug auf die Beschwerden zu verzichten. An der OL-Seniorenweltmeisterschaft im nächsten Jahr, die eine Woche dauert und teilweise durch die Neuenburger Waldgebiete führt, ziehen die Organisatoren nun zehn Franken pro Teilnehmer ein. Bei weiteren eintägigen Veranstaltungen in den nächsten zehn Jahren sind es zwei Franken. Das Geld, schätzungsweise bis zu 50 000 Franken, fliesst in einen kantonalen Fonds. Mit diesem werden Massnahmen der Waldbewirtschaftung finanziert, die dem Überleben bedrohter Vogelarten helfen.

Der OL-Dachverband Swiss Orienteering steht den Zahlungen zugegebenermassen «skeptisch» gegenüber. Trotzdem verteidigt er die Einigung: Es handle sich um eine «spezielle Lösung für diese spezielle Situation». Um sogleich nachzuschieben, dass man die Zahlungen weder als Erkaufen von Betretungsrechten noch als Schweigegeld und schon gar nicht als Ablasszahlung verstanden haben will.

Eintrittsbillet für den Wald

Doch genau diese Begriffe sind zutreffend: Erachtet man Orientierungsläufe in den vier Gebieten als Gefährdung der bedrohten Vögel, sind die Zahlungen eine Wiedergutmachung für begangene Sünden – also Ablasszahlungen. Bestreitet man hingegen die Gefährdung, müsste man konsequenterweise die Zahlungen ablehnen. Die Neuenburger OL-Läufer akzeptieren sie aber, weil sie – zermürbt von jahrelangen Verhandlungen – sich so das Stillhalten der Naturschutzorganisationen erkaufen. Also eine Zutrittsgebühr zum Wald.

Das Einlenken der OL-Läufer ist nachvollziehbar: Die in Neuenburg getroffene Einigung bringt ihnen vorläufig eine erhebliche Erleichterung. In den nächsten zehn Jahren können sie – unter strengen Auflagen allerdings – ihren Sport in den vier Neuenburger Waldgebieten einigermaßen ungestört ausüben. Ansonsten hätten aufreibende Auseinandersetzungen mit Naturschützern und ein endloser bürokratischer Kampf um Bewilligungen gedroht.

Trotzdem sind die Zahlungen ein gefährlicher Präzedenzfall: Finanzielle Abgeltungen könnten im OL-Sport bald zur Regel werden. Auch in anderen Waldgebieten der Schweiz lassen sich bedrohte Pflanzen und gefährdete Tierarten finden, für deren Förderung zusätzliche Mittel wünschbar sind. Da jede sportliche Betätigung in der Natur diese ein Stück weit belastet, ist es einfach, diesen Sport als Bedrohung von Tieren und Pflanzen hinzustellen. Neben den Orientierungsläufern könnten so bald auch Kletterer, Mountainbiker, Läufer und Wanderer zur Kasse gebeten werden. ○

Teuer und ineffizient

Von Horst-Michael Prasser — Wind und Sonne sind keine Alternative zur Kernenergie. Die erneuerbaren Quellen belasten die Umwelt stärker. Dennoch wäre es grundfalsch, auf sie zu verzichten.



Stark verminderte Leistung: Sonnen- und Windenergie.

Die klare, wenn auch versteckte Botschaft von Rudolf Rechsteiners Replik («Rückständige Schweiz», *Weltwoche* Nr. 23/09) auf den Artikel von Alex Baur über die Grenzen «alternativer» Energieträger lautet: Elektrizität wird (viel) teurer, wenn man sich künftig allein auf erneuerbare Quellen abstützen würde. Rechsteiner zitiert die hohen Investitionen in solche Anlagen, um die Dynamik in diesem Bereich zu illustrieren. Damit ist aber noch nichts über die Wirtschaftlichkeit von Sonne und Wind gesagt.

Den 150 Milliarden Franken, die 2008 weltweit in erneuerbare Energieträger investiert wurden, stehen etwa 50 Milliarden Kilowattstunden gegenüber, die damit pro Jahr zusätzlich produziert werden können. So viel produzieren allein die Schweizer KKW in weniger als zwei Jahren. Mit derselben Investition in Kernenergie würde man einen Produktionszuwachs von mindestens 250 Milliarden Kilowattstunden jährlich erzielen – also das Fünffache.

Kernkraftwerke produzieren das ganze Jahr über praktisch durchgehend Strom, während Solarzellen und Windkraftanlagen den grössten Teil der Zeit nicht liefern oder nur mit stark verminderter Leistung laufen. Dies ist der Grund, warum Windkraft und Solaranlagen nur rentabel betrieben werden können, wenn es eine gesetzliche Einspeisevergütung gibt, die den Strom verteuert. Rechsteiner betont

zwar, es würden keine Steuermittel zur Förderung der Erneuerbaren eingesetzt. Doch dem Stromkunden, allen voran dem industriellen Verbraucher, ist es einerlei, auf welchem Weg er den Mehrpreis zahlt.

Es gibt zwei Gründe, weshalb Energie aus erneuerbaren Quellen teurer ist als Kernenergie. Erstens sind es die viel höheren Investitionskosten, die aus der kleinen Energiedichte resultieren. Man braucht eben sehr viele Anlagen, was einen höheren Rohstoffbedarf bedeutet. Die Fotovoltaik benötigt zirka 50-mal mehr Kupfer, 100- bis 200-mal mehr Aluminium als die Kernenergie und das Fünffache an Eisen, um die gleiche Menge an Energie zu erzeugen (unter Berücksichtigung der Lebenserwartung der Anlagen). Windgeneratoren brauchen im Schnitt 8-mal mehr Stahl als Kernkraftwerke.

Der Herstellungsprozess dieser Rohstoffe ist mit Emissionen verbunden (auch wenn diese meistens nicht dort anfallen, wo die Anlagen später stehen). So ist Solarstrom, gemessen an der Kernenergie, unter dem Strich mit viermal höheren Gesundheitsauswirkungen verbunden. Für die Windenergie kommt immer noch ein Faktor zwei heraus.

Die hohen Beschäftigungszahlen im Bereich der erneuerbaren Energien sind der zweite Faktor, der zum hohen Energiepreis führt. Energie steht als notwendiges Verbrauchsgut

ganz vorn in der industriellen Verarbeitungskette, und ihr Preis schlägt deshalb auf die gesamte Wirtschaft durch. Hohe Strompreise gefährden insgesamt den Beschäftigungsgrad mehr, als dass sie zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beitragen. Hier ist dem Artikel von Alex Baur nichts mehr hinzuzufügen.

Es wäre trotzdem grundfalsch, auf die erneuerbaren Energiequellen zu verzichten. Im Gegenteil, denn sie verursachen eine viel geringere Umweltbelastung als fossile Energieträger, und dies nicht nur wegen der geringen CO₂-Emissionen. Wir brauchen die «alternativen» Energiequellen dringend, um Kohle, Öl und Gas zurückzudrängen. Kein Zweifel, dass dies die Kernenergie nicht allein kann.

Ein Fehler ist es jedoch, mit den Erneuerbaren die Kernkraft ersetzen zu wollen. Denn dann nehmen Rohstoffverbrauch und Umweltbelastungen stärker zu als erforderlich. Man würde mit Mehraufwand schon Erreichtes beim Umweltschutz wieder aufgeben, wenn man aus der Kernenergie ausstiege. Ausserdem liefert die Kernenergie kostengünstigen Strom für die Grundlast und hilft, den Strompreisanstieg zu dämpfen, wenn zunehmend mehr Geld für die erneuerbaren Energieträger ausgegeben werden muss.

Kein wichtiger Kostenfaktor ist hingegen der Energierohstoff – bei der Windkraft und der Solarenergie sowieso nicht, aber auch nicht bei der Kernenergie. Uran, Gas und Kohle in einen Topf zu werfen, wie es Rechsteiner tut, ist nicht zulässig. Denn der Anteil von Natururan am Kilowattstundenpreis beträgt nur Bruchteile eines Rappens. Ganz anders ist dies bei den fossilen Brennstoffen, die entscheidend sind für den Preis, den der Konsument für die Energie bezahlen muss. Preisschwankungen beim Uran dagegen haben so gut wie keinen Einfluss auf den Strompreis. Einem langfristig vielleicht langsamen Anstieg des Uranpreises wirkt der Fortschritt bei der Effizienzsteigerung der Kernkraftwerke entgegen.

Richtig ist, dass die Schweiz über aussergewöhnlich gute Speichermöglichkeiten für Elektrizität verfügt. Das Netz hierzulande könnte möglicherweise mehr unregelmässig anfallende Windenergie verkraften, vorausgesetzt, man akzeptiert die Landschaftsbeeinflussung. Allerdings darf man nicht, wie Rechsteiner, die europaweit installierten Leistungen in Gigawatt mit dem Speichervermögen der Pumpspeicherkraftwerke in Gigawattstunden verwechseln.

Die Speicherkapazität würde vielerorts nicht einmal einen windschwachen Tag überbrücken können. Grosse Pumpspeicherkraftwerke wie Markersbach oder Goldisthal in Deutschland mit je etwa einem Gigawatt installierter Leistung laufen nur vier beziehungsweise acht Stunden mit einer Füllung.

Horst-Michael Prasser, 54, ist seit 2006 Professor für Kernnergiesysteme an der ETH Zürich. Er hat in Moskau studiert und ist Experte für Reaktorsicherheit.

Neuer Kompass für die Welt

Von *Reto Ringger* — Ein Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung des Planeten basiert, ist auf Dauer nicht überlebensfähig. Der Wertewandel muss noch in unserer Generation stattfinden.



Eisenhower-Prinzip: US-Präsident Barack Obama.

Über hundert Jahre ist es her, seit der gleichnamige US-Präsident das sogenannte Eisenhower-Prinzip entwickelt hat, eine Formel für erfolgreiches Zeitmanagement, nach der immer zuerst das Wichtige zu tun ist. Klingt banal und ist so schwierig umzusetzen. Denn es gilt zunächst, Wesentliches von Unwesentlichem zu scheiden, um dann nach dem Motto vorzugehen: «Nicht die Dinge richtig machen, sondern die richtigen Dinge machen.»

Angesichts exponentiell zunehmender ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Herausforderungen wäre das Eisenhower-Prinzip heute keine schlechte Richtschnur für unser Tun. In der Klimafrage, beim Schutz natürlicher Ressourcen wie Energie, Wasser oder Nahrungsmittel ist rasches und vor allem richtiges Handeln dringender denn je, und dies wird für die nachwachsenden Generationen zur existenziellen Aufgabe. Die ungebremste Übernutzung von natürlichen Ressourcen und die Gleichgültigkeit, mit der wir längst erkannten Problemen begegnen, lässt Effekte wie auch die Dringlichkeit von Gegenmassnahmen kumulieren.

Gleichzeitig verschärfen sich verschiedene Megatrends, was ebenfalls krisenverschärfend wirkt. So hat, erstens, das globale Finanzsystem mit schwerwiegenden strukturellen Problemen zu kämpfen und wird noch lange mit Kri-

senbewältigung beschäftigt sein. Wir stehen, zweitens, am Anfang vom Ende des Öl-Zeitalters. Die globale Ölproduktion stagniert seit Jahren, und die grossen Ölgesellschaften erklären, dass sich die Fördermenge nicht mehr steigern lässt. Das Angebot wird demzufolge substantiell schrumpfen, während die Nachfrage weiter zunimmt. Unser täglicher Konsum von Mobilität, Nahrungsmitteln, von chemischen und elektronischen Produkten hängt derart stark vom Öl ab, dass Alternativen zum schwarzen Gold zur Überlebensfrage werden. Drittens waren die Kosten für Nahrungsmittel noch nie so hoch wie heute. Schrumpfende Produktionsflächen, Bodenerosion, Wassermangel und steigende Energiepreise werden die Kosten von Nahrungsmitteln weiter nach oben treiben.

Chance für die Schweiz

Diese Gleichzeitigkeit der Ereignisse überfordert die nationalen Regierungen. Wirkungsvolle Gegenmassnahmen müssen global abgestimmt und durchgesetzt sein. Keine einfache Aufgabe, wie das aktuelle Spektakel unkoordinierten Verhaltens der Politiker während der Finanzkrise nahelegt. Kurzfristige Interessen stehen langfristig stabilen Lösungen buchstäblich im Wege.

Die meisten Probleme sind hausgemacht, selbstverschuldet und struktureller Natur. Die

Systeme, die wir aufgebaut haben, die auf hohem Hebel («Leverage») und grenzenlosem Wachstum basieren, müssen revidiert werden. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen Lösungen auf der Basis nachhaltiger und langfristig überlebensfähiger Grundlagen entwickelt werden.

Exponenten in Wirtschaft und Politik glauben immer noch, dass unser defektes System mit einem «Reboot» neu gestartet werden kann. Ohne neuentwickelte Software wird uns das System aber immer wieder abstürzen. Viele heute sichtbare Fehlentwicklungen sind aufgrund unserer Wertvorstellungen entstanden, und es fragt sich, ob die Programmierer der Vergangenheit auch die neue Software entwickeln sollten. Ohne einen Wertewandel in unserer Generation werden die Nachgeborenen eine schwierige Zukunft haben. Um aus der Krise herauszukommen, braucht es neue Werte und Produkte, die auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit basieren. Neben neuen Technologien und effizienteren Prozessen brauchen wir in der Wirtschaft auch neue Rahmenbedingungen. Kostenwahrheit im Verbrauch von überlebenswichtigen Ressourcen wie saubere Luft, Biodiversität oder Wasser ist dabei zentral.

Dafür benötigen wir jedoch einen neuen Kompass. Als John Maynard Keynes 1939 das Bruttosozialprodukt (BSP) «erfand» und als Einheit zur Messung des wirtschaftlichen Outputs vorschlug, dachte er wohl nicht, dass sich die Menschheit einst zur Messung ihres Wohlstands an dieser materiellen Grösse orientieren würde. Genauso wenig, wie ein Unternehmen den Erfolg am Umsatzwachstum misst, sollten wir als Gesellschaft unseren Fortschritt am Wachstum einer quantitativen Grösse wie des Bruttosozialprodukts messen.

Immerhin: Der amerikanische Präsident Barack Obama funktioniert nach dem Eisenhower-Prinzip. In den ersten drei Monaten seiner Amtszeit hat er das weltweit grösste Investitionsprogramm für saubere Energien lanciert. Er zwingt durch die Einführung von strengen Umweltstandards die amerikanische Automobilindustrie zu Innovation und neuen Technologien.

Gerade die Schweiz hätte aufgrund ihrer politischen Stabilität, ihres hohen Bildungsstandes mit Institutionen wie der ETH oder der EPFL und ihres immer noch bedeutenden Finanzmarktes eine ausgezeichnete Ausgangslage, diese Chance zu packen und weltweit einen führenden Cluster an Nachhaltigkeit aufzubauen. Mit einer zukunftsfähigen Vision können wir die Basis für eine weltweit einmalige wirtschaftliche und wissenschaftliche Nachhaltigkeits-Plattform legen.

Reto Ringger ist Gründer der SAM, Sustainable Asset Management, eines weltweit führenden Anbieters für Sustainability-Investments. Zusammen mit dem führenden amerikanischen Index-Provider Dow Jones lancierte er den Dow Jones Sustainability Index.

VOR IHNEN STEHT DIE ZUKUNFT.

DER NEUE LEXUS RX 450h VOLLHYBRID.

Diese beeindruckenden Werte garantiert Ihnen schon heute und nicht erst in ferner Zukunft exklusiv der neue Lexus RX 450h:

6,3 l Verbrauch auf 100 km*

A Energieeffizienz-Kategorie

0 Emission im Stop-Go-Verkehr

299 PS (220 kW) Leistung

148 g/km CO₂*



**LEXUS
HYBRID
DRIVE**

DER EINZIGE SEINER KLASSE MIT ECHTER HYBRIDTECHNOLOGIE. TESTEN SIE JETZT DAS ORIGINAL VON LEXUS.

Mit seiner zukunftsweisenden Vollhybridtechnologie setzt der neue RX 450h den Massstab. Er verfügt über Lexus Hybrid Drive, die bahnbrechende Technologie für mehr Leistung und weniger Verbrauch, und ist damit klarer Leader in seinem Segment. Unübertroffen ist auch seine komplette Serienausstattung: Rückfahrkamera, Lederausstattung und ein Premium-Soundsystem mit 9 Lautsprechern und 6-fach-CD-Wechsler sind beispielsweise inklusive. Optional kann der neue RX 450h etwa mit einem Head-up-Display und wegweisendem Pre-Crash-Sicherheitssystem zusätzlich veredelt werden. Testen Sie die weltweit einzige Premium-Gelände-Limousine mit Vollhybridantrieb (ab Fr. 85 600.-)** jetzt bei Ihrem Lexus Partner. Mehr Infos und Probefahrtanmeldung unter www.lexus.ch

VOLLGARANTIE UND
GRATISSERVICE WÄHREND
100 000 KM
INNERHALB VON 3 JAHREN.

 **LEXUS**

* Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 80/1268/EWG gesamt 6,3 l/100 km. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeugmodelle: 204 g/km.

** Unverbindlicher Nettopreis.

Hurra, Kindergeburtstag!

Von Kurt W. Zimmermann — Schokoladeessen mit Messer und Gabel.
Wir reden von der Bundesratswahl.

Natürlich ist es völlig egal, ob ein Freisinniger oder ein Christdemokrat Nachfolger von Pascal Couchepin wird. Natürlich ist so oder so die IV nicht saniert. Natürlich steigen so oder so die Krankenkassenprämien weiter.

Noch mehr als völlig egal ist natürlich, welcher Freisinnige oder welcher Christdemokrat Nachfolger von Pascal Couchepin wird. Ist es Pierre Maudet oder eher Ignazio Cassis? Oder vielleicht Christian Lüscher, Jean-René Fournier, Didier Burkhalter, Pascal Broulis, Isabelle Chassot, Dick Marty, Luigi Pedrazzini, Laura Sadis, François Longchamp, Fulvio Pelli, Martine Brunschwig Graf, Christophe Darbellay, Mark Müller, Hugues Hiltz, Jacques Bourgeois, Urs Schwaller, Jean-René Germanier oder Charles Favre?

Von allen haben wir gelesen, dass sie veritable Chancen auf das Amt hätten. Unser Problem ist nur, dass wir 95 Prozent von ihnen gar nicht kennen – und das auch nicht ändern wollen.

Bundesratswahlen sind für unsere Journalisten wie Schokoladeessen am Kindergeburtstag. Die Schokolade wird eingepackt in Zeitungspapier. Dann darf jeder würfeln und sich mit Messer und Gabel über die Süsseigkeit hermachen. Dann würfelt der Nächste, und der darf auch.

Wir lesen darum täglich, warum die Chancen von Broulis und Cassis eher im Steigen sind, während es für Sadis und Germanier etwas weniger gut aussieht. Wollen wir das wirklich wissen? Die rhetorische Frage ist in der Literatur dadurch definiert, dass der Fragende auf seine Frage keine Antwort erwartet.

Es ist also aufzuklären, woher diese Leidenschaft für Bundesratswahlen kommt. Es ist ganz einfach. Bundesratswahlen sind die beste Gelegenheit für Journalisten, sich ohne Arbeit unsterblich zu machen.

Und so geht's

Da ruft zum Beispiel ein Journalist von der *Sonntagszeitung* den FDP-Präsidenten Fulvio Pelli an. Pelli sagt, einer der Kandidaten sei irgendwie kein richtiger Welscher. Am nächsten Tag überschlagen sich alle Zeitungen, Radio- und Fernseh-Stationen und zitieren die Gewaltsaussage, einer sei irgendwie kein Richtiger.

Dann ruft ein Journalist von der *Aargauer Zeitung* den SVP-Präsidenten Toni Brunner an. Brunner sagt, seine SVP müsse noch überlegen, ob sie einen FDP-Kandidaten unterstütze. Am nächsten Tag überschlagen sich alle Zeitungen, Radio- und TV-Stationen und zi-



Medial-politischer Komplex: Couchepin.

tieren die Gewaltsaussage, die SVP müsse noch überlegen.

Dann ruft ein Journalist von der *NZZ* den BDP-Präsidenten Hans Grunder an. Grunder sagt, seine Partei könne sich womöglich einen CVPLer in der Regierung vorstellen. Am nächsten Tag überschlagen sich alle Zeitungen, Radio- und Fernseh-Stationen und zitieren die Gewaltsaussage, die BDP könne sich womöglich etwas vorstellen.

Bundesratswahlen sind für Journalisten die beste Gelegenheit, sich ohne Arbeit unsterblich zu machen. Es genügt ein Telefon an einen Politiker.

Doch das Ganze ist natürlich nur für Parlamentarier und Bundeshausjournalisten bitterernst. Das sind 500 Leute. Für Aussenstehende wie Leser und Zuschauer ist es höchst vergnüglich. Nie sonst ist der medial-politische Komplex derart selbstreferenziell, zu Deutsch: beiszen sich 500 Hunde so schön in den Schwanz.

Dennoch müssen wir warnen. Die Umtriebigkeit garantiert keine Erkenntnis. Bei der letzten Bundesratswahl hatte nicht ein einziger Journalist Eveline Widmer-Schlumpf auf der Agenda.

Darum aufgepasst, Maudet, Cassis, Lüscher, Fournier, Burkhalter, Broulis, Chassot, Marty, Pedrazzini, Sadis, Longchamp, Pelli, Brunschwig, Darbellay, Müller, Hiltz, Bourgeois, Schwaller, Germanier und Favre. Ihr könnt euch noch nicht sicher fühlen.

Aktenzeichen «Romand»

Von Peter Keller

Es gibt Bezeichnungen, die völlig klar sind und mit aller Selbstverständlichkeit gebraucht werden, bis man sich gezwungen sieht, genauer zu überlegen, wofür die Bezeichnung eigentlich steht. Oder haben Sie bis zum 12. Juni 2009 je darüber nachgedacht, wie sich ein «Romand» definiert? Und wichtiger noch: Wer sich zu unserer französischsprachigen Minderheit zählen darf und wer nicht?

Nach dem Rücktritt von Pascal Couchepin an besagtem 12. Juni sitzt mit der Genferin Calmy-Rey nur noch eine nicht deutschsprachige Vertreterin im Bundesrat. Unser Konkordanzverständnis sieht allerdings vor, dass mindestens zwei Mitglieder der Landesregierung aus den lateinischen Sprachgebieten stammen sollten.

Dass die CVP eine sehr elastische Vorstellung von Konkordanz pflegt, ist bekannt. Spätestens seit sie mit der Linken die Abwahl von Christoph Blocher, immerhin Repräsentant der mit Abstand grössten Bundesratspartei, inszeniert hat. Nun haben die Christdemokraten umgehend ihren Anspruch auf den freigewordenen FDP-Sitz angemeldet. Ihr Kronkandidat: der Freiburger Ständerat und Fraktionschef Urs Schwaller.

Nach diesem Affront kommentierte Pascal Couchepin Schwallers Ambitionen mit einem lapidaren Satz: Er ist kein Romand. Oder um sich in den historischen Anleihen des Wallisers zu bewegen: «Wer Romand ist, bestimme ich.» Der öffentlich zum Deutschschweizer degradierte Schwaller reagierte düpiert. Gegenüber der «Tagesschau» rechnete er vor, der Kanton Freiburg bestehe zu 75 Prozent aus Romands. Bis zum Beweis des Gegenteils gehöre Freiburg also weiterhin zur Romandie – und er, Schwaller, sei demnach ein Vertreter der Romandie. *Quod erat demonstrandum.*

Was eine Logik wert ist, zeigt sich immer dann, wenn man sie konsequent weiterdenkt. Nach Schwaller bestimmt der Rechenschieber die kulturelle Zugehörigkeit. Ein Ansatz mit garantierten Nebenwirkungen: So verschwänden beispielsweise die Rätoromanen vom Radar. Sie stellen nicht einmal in Graubünden eine Mehrheit. Umgekehrt könnten sich die Westschweizer über einen prominenten «Neo-Romand» freuen. Da auch im Wallis viel mehr Menschen Französisch parlieren, würde Pirmin Zurbriggen rückwirkend zum zwangsromanisierten Schwaller des Skirennsports.

Im Internet

www.weltwoche.ch/wortkontrolle

«In der Medizin wird der Schritt von der Schuld- zur Fehlerkultur viel zu spät, aber allmählich vollzogen.» Daniel Beutler-Hohenberger



Wirkt dem Heilungsprozess entgegen: vergessene OP-Schere auf Röntgenbild.

Je höher das Niveau, desto selbstgefälliger
Nr. 25 – «Ein Skandal, den niemand wahrnimmt»; Matthias Meili über Behandlungsfehler und Patientensicherheit

In der Fliegerei ist das CIRS-Meldesystem Routine und trägt wesentlich zu einem international hohen Sicherheitsniveau bei. In der Medizin wird der Schritt von der Schuld- zur Fehlerkultur viel zu spät, aber allmählich vollzogen. Unberührt bleibt die Politik, wo weiter angeklagt und bezichtigt wird – je höher das Niveau, desto selbstgefälliger und undurchsichtiger. *Daniel Beutler-Hohenberger, Generalsekretär Arbeitsgemeinschaft evangelischer Ärztinnen und Ärzte der Schweiz, Mühlethurnen*

Nach Ansicht von Matthias Meili und Tanja Manser machen die wirklichen Akteure im Gesundheitswesen in der Schweiz – das Pflegepersonal und die Ärzte – vieles falsch. Meili und Manser sprechen von vermeidbaren Todesfällen in Krankenhäusern und bemühen für ihre Argumente auch Zahlen: 1200 sollen es sein. Tanja Manser ist Psychologin, und Matthias Meili ist Biochemiker in Journalistenfunktion. Beiden sind Papier und Computer näher als das Messer und die Nadel der Pflegenden und der Ärzte. Auf Powerpoint-Präsentationen lässt sich gut über Qualität elaborieren, und mit dem Ruf nach einem Ranking von Spitälern wird man wohl bald zum Volkstribun. Aber seien wir ehrlich, Meili und Manser

sollten besser Medizin studieren und uns dann in Chefarztfunktion vorleben, wie man die Sterberate in Krankenhäusern auf null reduziert. Ansonsten erinnern mich die beiden lediglich an Fernsehzuschauer, die im Sofa die grossen Tore schießen, in der Realität aber auf dem Fussballfeld wirkungslos bleiben. Meilis und Mansers einziger realer Beitrag zum Gesundheitswesen ist, bis jetzt, die Verunsicherung ihrer Leserschaft. Und wir wissen doch aus der Psychoimmunologie, dass dies dem Heilungsprozess entgegenwirkt.

Hanspeter Esriel Killer, Suhr

Irreal Madrid

Nr. 25 – «Der weisse Scheich»; Peter Hartmann über den Präsidenten von Real Madrid

Die unglaublichen Beträge, welche Real Madrid nun wieder für gewisse Fussballspieler bietet, müssten endlich dazu führen, den Verein respektive seinen Namen auf Irreal Madrid zu ändern. Was gewisse Sportler und vor allem Fussballspieler verdienen, läuft angesichts der Diskussion um Managergehälter ebenfalls unter Abzockerei. Während die Manager durch die Wirtschaftskrise aber immer mehr in die Kritik geraten, jubeln wir den Sportlern weiterhin Wochenende für Wochenende zu. Eine Ablösesumme von 140 Millionen Franken für einen einzigen Spieler ist fernab jeglicher Realität. Bei den zig Millionen Schulden, unter welchen Real Madrid schon jetzt ächzt, bleibt

die Frage, wie diese Summen überhaupt bezahlt werden können. Kommt hinzu, dass auch der beste Fussballer der Welt niemals 140 Millionen Franken wert ist. Doch solange die Fussballfans auf der ganzen Welt diesen Irrsinn unterstützen, indem sie Wochenende für Wochenende ihre letzten Ersparnisse opfern, um die überbezahlten Stars zu sehen, wird sich nichts ändern. Wenigstens – und dies ist die einzige Genugtuung – lässt sich der sportliche Erfolg nicht erkaufen. Dies beweist Real Madrid Jahr für Jahr sehr eindrücklich. Gute Einzelspieler sind noch kein funktionierendes Team. Über Niederlagen solch zusammengekaufter Mannschaften freue ich mich jeweils königlich, doch leider sind dies nur Tropfen auf den heissen Stein. *Pascal Merz, Sursee*

Vom Bund subventionierte Journalisten

Nr. 25 – «Leiser Ruf nach dem Staat»; Kurt W. Zimmermann in seiner Kolumne «Medien»

Die Forderung der Medienunternehmen nach Bundeshilfe ist masslos übertrieben und kann besser, günstiger und vor allem demokratischer umgesetzt werden: Alle Bundes- und Kantonalparteien stellen eigene, vom Bund subventionierte Journalisten und Pressesprecher an; die von allen Schweizer Parteien auf allen Parteistufen herausgegebenen Pressemitteilungen und Artikel werden ungekürzt, unverfälscht und ohne zynische Zwischenbemerkungen von jeder öffentlichen Zeitung wiedergegeben; die von den Zeitungen zur Verfügung gestellte Pflicht-Publikationsfläche richtet sich nach der Wählerstärke gemäss Bundesparlamentswahlen. Meine Forderungen würden die von den Verlagshäusern praktizierte und einseitig parteigefärbte Monopolpropaganda reduzieren. *Kurt Siegrist, Tamins*

EU-Beitritts-Frage geklärt

Nr. 25 – «Die Wolke der sieben»; Peter Bodenmann über die Rettung des Finanzsystems

5,5 Prozent Arbeitslose erwartet man 2010, die Ventilklausel wurde abgeschmettert, und die Probleme bei der AHV/IV, ALV und Sozialhilfe sind kaum im Griff. Die Lage in der Schweiz ist prekär. Doch die einzige Sorge, die momentan in den Köpfen vieler Politiker herumflattert, ist, herauszufinden, ob Urs Schwaller nun ein Romand ist oder eben doch ein Deutschschweizer. Wenn wir uns in der kleinen Schweiz über solch kleine Details uneinig sind, dürfte die Frage bezüglich EU-Beitritt damit geklärt sein. *Frédéric-Marc Fluehmann, Dübendorf*

Staatsgeschenk an die UBS

Nr. 25 – «Staat und UBS»; Roger Köppel über die Bundesbeteiligung an der Grossbank

Es nervt, wenn uns nebst dem staatlichen Fernsehen nun auch die *Weltwoche* weisma-

chen will, dass die Rettungsaktion der UBS ein gutes Geschäft für den Staat und somit für den Steuerzahler gewesen sei. Die Nationalbank hat der UBS Ramschpapiere im Wert von 68 Milliarden Franken abgenommen, und dies offenbar zu einem Preis, den die UBS auf dem freien Markt nie und nimmer hätte lösen können. Wenn man von einem um 10 bis 25 Prozent überzahlten Preis ausgeht, ist dem Steuerzahler allein mit dieser Transaktion ein Schaden von 6 bis 20 Milliarden entstanden. Auch zieht das Argument nicht, der Staat werde mit diesen Ramschpapieren vielleicht einmal einen Gewinn machen. Tatsache ist, dass der Staat die 68 Milliarden durch eine Investition zu Marktpreisen bedeutend besser hätte anlegen können. Im Vergleich zu diesem Geschenk von 6 bis 20 Milliarden an die UBS ist der Zins von 780 Millionen auf der Wandelanleihe von 6 Milliarden völlig unbedeutend.

Bernhard Piller, Männedorf

Wege zu modernen Behindertenkonzepten

Nr. 25 – «Flugjahre für Bundesräte»/«Das virtuelle Milliardenpiel»; Markus Somme und Urs Paul Engeler über Bundespolitik und IV-Schulden

Die Invalidenversicherung befindet sich mit einem Schuldenloch von 14 Milliarden Franken und einem jährlichen Defizit von annähernd 1,5 Milliarden in einer schwierigen Situation – und mit ihr jene Behinderten und Erwerbsunfähigen, die auf die Leistungen dieses Sozialwerkes angewiesen sind. Das zuständige Bundesamt für Sozialversicherungen ist (nun endlich!) darum bemüht, die IV gemäss Zweckartikel zu einer Eingliederungsversicherung umzubauen. Doch schon hagelt es Kritik: Eine Wiedereingliederung aus der Rente sei nicht möglich, der *Tages-Anzeiger* wiederholt die Mär einer angeblichen Diskriminierung von geistig und psychisch Behinderten. Nehmen wir zur Kenntnis, dass der rasante Anstieg der IV-Renten innert der ersten sechs Jahre des neuen Jahrtausends von 200 000 auf 300 000 nicht primär auf Erwerbsunfähigkeit (und schon gar nicht auf volle Invalidität), sondern auf den angespannten Arbeitsmarkt zurückzuführen ist und die IV damals von allen Seiten als Auffangbecken bei Langzeitarbeitslosigkeit verwendet wurde. Fangen wir bei uns selber an;

geben wir Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit oder fehlendem Diplom eine Chance, indem z. B. Behindertenorganisationen aufhören, neunzig Prozent der Jobs mit Nichtbehinderten zu besetzen. Der für Menschen mit erheblichen Behinderungen aller Art enorm wichtige Meilenstein, mit dem Assistenzbeitrag ein Leben in der eigenen Wohnung und die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt mit persönlicher Assistenz zu erleichtern, weist den richtigen Weg. Moderne kantonale Behindertenkon-

für ein schwieriger Name!» Dementsprechend sind Pestalozzi und Bortoluzzi (beide viersilbig!) nicht grundsätzlich einfachere Namen als Hojaji (dreisilbig) oder Kadirganallatharan (siebensilbig), wie Sie schreiben, sondern einfach weniger fremd. Die Schweizer Mehrheitsgesellschaft hat einfach mit Pestalozzis und Bortoluzzis leben gelernt. So wie die Kinder eines befreundeten Paares, die in einem Quartier mit über siebzig Prozent Migranten leben, sich an die Namen ihrer tamilischen Mitschüler gewöhnt haben – und mit ihnen vertraut geworden sind. *Rohit Jain, Zürich*



«Und ich dachte, ich werde einfach Wirtschaftsprüfer.»

Heinz Leibundgut, dipl. Wirtschaftsprüfer,
Managing Director, Head Internal Audit
Credit Suisse Group, Zürich

Heinz Leibundgut geb. 1952 | seit 1981 glücklich verheiratet mit Claudia | drei Kinder | lic. oec. HSG und dipl. Wirtschaftsprüfer | 32 Jahre bei der Credit Suisse | 12 Jahre Interne Revision | 15 Jahre in leitender Funktion im Private Banking der CS und in der GL der NAB | seit 2003 Managing Director und Leiter der Internen Revision der CS Group | Er liebt die Natur, Bewegung, Sport und hat ein geübtes Auge für Pilze |

Wirtschaftsprüfung: Wo Karrieren geboren werden. www.treuhand-kammer.ch

zepte werden vielleicht eines Tages folgen. *Katharina Kanka, Präsidentin Fachstelle für Assistenz (Fassis), Plaffeien*

Nicht einfacher, sondern weniger fremd

Nr. 22 – «Schweizer Namen für Schweizer»; Alex Baur über die Helvetisierung von Namen

Mein Name ist Rohit Jain. Zwei Silben, ein Doppelvokal. Also kaum kompliziert. Trotzdem kriege ich jedes zweite Mal, wenn ich mich in der Schweiz vorstelle, zu hören: «Was

Weltwoche allgemein

Ich schätze die Berichterstattung der *Weltwoche* und damit die Anstrengungen von Roger Köppel sehr. Denn die Tatsache, dass die *Weltwoche* Themen oft aus einer anderen Perspektive betrachtet, ist für mich eine gute und willkommene Möglichkeit, einen anderen Blickwinkel einzunehmen. Die interessanten Berichterstattungen, die Kolumnen von Christoph Mörgeli und Mark van Huisseiling sind – und werden es auch weiterhin sein – ein erfrischender und mit viel Wortwitz gewürzter Wind im hiesigen Blätterwald.

Claudio Prader, per E-Mail

Treffend hat Roger Köppel in einem Vortrag in Flaach letzten Sonntag die Schweiz mit David verglichen, der gemäss Bibel den Riesen Goliath besiegte. Goliath kam mit schwerer Rüstung, der Jüngling David, seine unkonventionellen Möglichkeiten ausnützend, mit einer Steinschleuder, mit welcher er den Riesen verletzte. David war aber nicht nur clever und mutig, sondern auch gottesfürchtig, sagte er doch zum Riesen: «Du kommst zu mir mit Schwert, Spiess und Schild; ich

aber komme im Namen des Herrn Zebaoth, des Gottes des Heeres Israels, das du gehöhnt hast» (1. Samuel 17, 45). Setzen wir Schweizer weiterhin – wie die alten Eidgenossen – auch auf die Hilfe unseres Gottes, den wir in der Bundesverfassung anrufen? Weil dieses Bekenntnis im Westen oft fehlt, sind die Muslime umso mehr der Überzeugung, dass sie dem dekadenten, ungläubigen Westen ihren Gott Allah bringen müssen. Manche führende Muslime haben sich schon in diesem Sinne geäussert. *Emil Rahm, Hallau*

Schikanen, Tricks, Beutezüge

Trotz Wirtschaftskrise soll der Privatverkehr mit weiteren Milliardenabgaben belastet werden. Die jüngste grüne Offensive von Umweltminister Moritz Leuenberger offenbart die ganze Absurdität der Schweizer Verkehrspolitik. Man will den Bürger auf die Schiene prügeln. *Von Philipp Gut*



Leidensdruck: Lastwagen mit der Bahn unterwegs auf der Gotthard-Route.

Es ist eine Protestbewegung, wie sie die Schweizerische Eidgenossenschaft noch nicht erlebt hat. Bei der Oberzolldirektion der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) gehen pro Arbeitstag gegen 150 Einsprachen ein. Monatlich sind es 3000 bis 3500. Die Gesamtzahl der deponierten Widerstandsschreiben beziffert die Behörde mittlerweile auf 70 000. «Das ist einmalig in der Geschichte der Bundesverwaltung», sagt Hans-Peter Wirth, Sektionschef in der zuständigen Abteilung.

Absender der Einsprachen sind Lastwagenunternehmer und Fuhrhalter, in ihrer grossen Mehrheit kleine und mittelständische Betriebe. Sie wehren sich gegen die Anfang letzten Jahres in Kraft gesetzte Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Es ist bereits die zweite Erhöhung seit 2005. Schon im Vorfeld der jüngsten Anhebung reichten die Betroffenen beim Bundesrat

eine Petition mit 150 000 Unterschriften ein. Ohne Erfolg.

111,5 Millionen zu viel kassiert

Nun geht der Schweizerische Nutzfahrzeugverband Astag den juristischen Weg. Beim Bundesverwaltungsgericht sind Beschwerden gegen die Oberzolldirektion hängig. Die Astag vertritt die Ansicht, die jüngste Erhöhung sei «illegal». Dabei beruft sie sich auf die Verfassung. In Art. 85 («Schwerverkehrsabgabe») heisst es: «Der Bund kann auf dem Schwerverkehr eine leistungs- und verbrauchsabhängige Abgabe erheben, soweit der Schwerverkehr Kosten verursacht, die nicht durch andere Leistungen oder Abgaben gedeckt sind.»

Mit andern Worten: Falls der Schwerverkehr die durch ihn verursachten Kosten zu hundert Prozent deckt, darf die LSVA nicht weiter heraufgeschraubt werden. Diese Obergrenze

ist gemäss einem Gutachten der Prog Trans AG Basel mittlerweile überschritten worden. Die Spezialisten für Studien im Bereich Transport und Verkehr haben die neusten verfügbaren Zahlen des Bundes – sie stammen aus dem Jahr 2003 (!) – mit denselben Methoden aktualisiert, wie sie die Behörden anwenden.

Das Ergebnis: Im Jahr 2008 erreichten die Lastwagen einen Fremdkostendeckungsgrad von 105 Prozent, für das laufende Jahr beträgt die Prognose gar 108,2 Prozent. Der Bund hätte demnach die Camionneure im vergangenen Jahr widerrechtlich um 111,5 Millionen Franken erleichtert. 2009 könnten es sogar über 183 Millionen Franken werden.

Die Zahlen haben Gewicht, weil Prog Trans kaum im Ruf steht, parteiische Gutachten abzuliefern. Das Büro arbeitet sowohl für die Eidgenossenschaft wie für die deutsche Bundesregierung. Im Fall von Deutschland hielt es

fest, die externen Kosten des Schwerverkehrs seien noch nicht vollumfänglich gedeckt. Anders als in der Schweiz.

Buhmänner der Landstrasse

Der Widerstand der Spediteure mag den Leidensdruck eines Gewerbes offenbaren. Doch das Beispiel zeigt mehr: Es illustriert Stimmungslagen und Zustände in der Schweizer Verkehrspolitik. Die privaten Teilnehmer, Auto- und Lastwagenfahrer, werden als Buhmänner behandelt, während der öffentliche Verkehr in einer Weise verklärt und gefördert wird, die einer nüchternen Beurteilung nicht standhält. Die freie Mobilität wird durch staatliche Interventionen eingeschränkt, das effiziente Spiel der Marktkräfte verzerrt. Automobilisten und Camionneure sind Opfer eines bürokratischen Raubzugs, dessen Intensität sich in den kommenden Jahren verstärken dürfte. Denn es laufen verschiedene Bestrebungen, die Ungleichbehandlung des öffentlichen und des privaten Verkehrs noch weiter zuungunsten des Letzteren zu verschieben.

Von den vielbeschworenen Grundsätzen der «Kostenwahrheit» und des «Verursacherprinzips» kann keine Rede sein. Bereits heute wird der öffentliche Verkehr mit Milliardenbeträgen aus der Tasche derjenigen quersubventioniert, die ihr Recht auf freie Wahl des Verkehrsmittels wahrnehmen und die Strasse benützen. Die Finanzierungsflüsse sind derart verworren, dass selbst Fachleute nur schwer durchblicken. Klar aber ist die Einseitigkeit der Belastungen: Jährlich werden gegen 2 Milliarden Franken von Erträgen aus Strassenabgaben in den öffentlichen Verkehr gepumpt. Hinzu kommen weitere 2,3 Milliarden an Steuern und Abgaben, die in die allgemeine Bundeskasse oder an die Kantone fließen, insgesamt über 5 Milliarden Franken. Vom Geld, das Autofahrern und Fuhrhaltern abgeknöpft wird, stehen nur gut 40 Prozent für Strassenzwecke zur Verfügung. Der Privatverkehr ist Nettozahler einer grossangelegten planwirtschaftlichen Umverteilung.

Die Tatsachen verschleiern und den Vergleich zwischen Strasse und Schiene zugunsten der Bahn verschönernd, erscheinen in der «Transportkostenrechnung» des Bundes die Zuschüsse und Abgeltungen der öffentlichen Hand als «Erträge». Der Kostendeckungsgrad der Schiene bewegt sich durch diesen Trick in ähnlicher Höhe wie derjenige der Strasse. In Wahrheit liegt er wesentlich tiefer. Der öffentliche Verkehr vermag seine Kosten nur etwa zur Hälfte aus eigenen Mitteln zu decken.

Obwohl die Fakten auf dem Tisch liegen, geht die systematische Benachteiligung des privaten Sektors weiter – Umweltlobby und Behörden arbeiten sich gegenseitig in die Hände.

Zu den jüngsten Coups gehört die Initiative «Für den öffentlichen Verkehr», die der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) «zusammen mit 25 Allianzpartnern» lanciert hat, darunter die



Eingriff: Verkehrsminister Leuenberger.



Umlagerung: VCS-Zentralpräsidentin Teuscher.



«Wahnsinn»: Transportunternehmer Setz.

SP, die Grünen, die Grünliberalen, die Christlichsozialen, die Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV), der WWF, der Verein Alpen-Initiative und der eher skurrile Club der autofreien Schweiz (CAS). Die Initianten verlangen eine «Neuverteilung der Mineralölsteuer-Einnahmen». Bei Annahme der Initiative würden «jährlich 800 Millionen Franken «umgelagert», mit denen die dringenden Projekte der nächsten 20 bis 25 Jahre finanziert werden können», schreibt der VCS. (Auf der Homepage der Grünen finden sich ganze Abschnitte mit identischem Wortlaut. VCS-Zentralpräsidentin Franziska Teuscher ist Vizepräsidentin der Partei.)

Die Konsumenten hätten in diesem Szenario bis zu 20 Milliarden Steuerfranken in den öffentlichen Verkehr zu transferieren. Betroffen wären vor allem die Verbraucher von Benzin und Diesel. Schon heute besteuert sie der Staat mit 74,46 beziehungsweise 75,87 Rappen pro Liter, etwa der Hälfte des Preises an den Zapfsäulen. Obwohl bereits ein Viertel der Strassenabgaben (Mineralölsteuer, Mineralölsteuerzuschlag, Autobahnvignette) für den kombinierten Verkehr und Schieneninfrastrukturen in den Agglomerationen abgezweigt wird, beklagen der VCS und seine grünen Partner die «einseitige Zweckbindung» für den Strassenbau. In vorsätzlicher Verletzung des Verursacherprinzips, wonach diejenigen für die Kosten eines Verkehrsmittels aufkommen, die es benützen, verspricht der VCS, den 20-Milliarden-Bahnausbau «ohne höhere Billettpreise» zu finanzieren. Die Kosten gingen zu Lasten der Autofahrer. Das ist so, wie wenn man mit dem Kauf eines Hamburgers den Salat des Tischnachbarn mit bezahlen müsste.

Strafabgaben für Autos

Einen womöglich noch grösseren Anschlag plant der Bund. Unter dem Titel «Teilrevision des CO₂-Gesetzes, Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen» peilt das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) von Moritz Leuenberger (SP) einen brutalen Eingriff in den Automobilmarkt an. Ein Vorentwurf samt «erläuterndem Bericht» zirkuliert seit Ende Mai in betroffenen Kreisen.

Kernstück der Revision ist ein von der EU kopiertes, noch verschärftes Strafregime für Autos mit vergleichsweise höherem CO₂-Ausstoss. Die EU will die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der in Verkehr gesetzten Personenwagen bis 2015 auf 130g/km senken. Erreicht werden soll dies «mittels Zielvorgaben und Abgaben bei Zielwertüberschreitung», zu Deutsch: mit Bussen. Wie das Uvek ausführt, «startet» die Schweiz «von einem höheren Ausgangspunkt, was im Vergleich zur EU höhere Ansätze zur Berechnung der Sanktion bedingt».

Der Bürokratensatz bedeutet im Klartext, dass die Bussen Schweizer härter treffen sollen

Dreiers Prämiensystem

Von Peter Keller — Ein Aargauer Transportunternehmer kam zu Unrecht unter medialen Beschuss. Die Gewerkschaft heizte an.

Die Vorwürfe an die Firma Dreier AG sind happig: Das Aargauer Transportunternehmen gänge seine Mitarbeiter mit einem «Pseudo-Bonus-System». Jede kleine Verfehlung (Unpünktlichkeit, Rauchen ausserhalb der Rauchpausen, Licht brennen lassen usw.) werde zum Abzug gebracht. «Wer nicht spurt, muss zahlen», behauptet der *Tages-Anzeiger*. Am Ende des Monats «bleibt häufig nicht viel übrig», so das Fazit.

Tatsächlich betreibt die Dreier AG (350 Mitarbeiter) ein Prämiensystem – wie die meisten anderen in der Branche. Das ebenfalls im Aargau ansässige Familienunternehmen Bertschi AG (1650 Mitarbeiter) belohnt schaden- und unfallfreies Fahren. Ähnlich verfährt die Planzer AG (3600 Mitarbeiter) aus Dietikon. Unternehmer Hans-Jörg Bertschi will die Chauffeure mit Prämien zur Vorsicht anhalten: «Im Interesse aller Verkehrsteilnehmer. Keiner will schliesslich eine Lastwagenrallye auf der Strasse.»

Der *Tages-Anzeiger* wirft Dreier vor, die Prämien nur als Bestrafung auszulegen, so dass jeweils bei der Abrechnung «nicht viel übrig» bleibe. Nach Auskunft der Firmenleitung bleibt von den Vorwürfen nicht viel übrig: Das Unternehmen hat das System Anfang 2008 eingeführt. Die Höhe der Prämien beläuft sich auf 0 bis maximal 250 Franken im Monat. Für das Jahr 2008 liegt eine vollständige Zusammenstellung vor: Von den total 588 400 Franken Prämien wurden 531 649 Franken ausbezahlt. Das sind 90,35 Prozent der Gesamtsumme. Anders gesagt: Von den 250 Franken Prämien wurden zum Grundlohn durchschnittlich rund 235 Franken im Monat ausbezahlt.

Offenbar liegen die Motive gegen Dreiers Firma woanders. In einem zweiten *Tages-Anzeiger*-Artikel wird Les Routiers Suisses (LRS), der Personalverband der Berufschauffeure, als Kronzeuge gegen die angeblich schlechten Arbeitsbedingungen bei Dreier herangezogen. LRS-Generalsekretär David Piras hat nichts gegen das Bonussystem an sich. Was ihm missfällt, ist die Lohnpolitik: «Ein guter Chauffeur mit Berufserfahrung sollte einen Bruttolohn von 5000 Franken erwarten dürfen.» Viele Mitarbeiter seien in den letzten Jahren mit Löhnen zwischen 3800 und 4300 Franken eingestellt worden. Dreier kontert: «Wir reden vom Schweizer Markt. Dort herrschte 2008 sogar ein Mangel an Fahrern. Da ist keiner bereit, für 3800 Franken zu

arbeiten.» Zudem habe das zuständige Amt alle Löhne überprüft. Ohne Beanstandung.

Da weder Dreiers Prämiensystem noch die Lohnpolitik ungesetzlich sind, versucht man den Unternehmer mit anderen Mitteln gefügig zu machen. Der LRS wirft ihm vor, er habe Samstagsfahrten systematisch als Spesen abgerechnet und damit an AHV und Steuern vorbeigeschleust. Piras: «Wir haben die Polizei darauf angesetzt.» Auch hier wird Dreier zu Unrecht beschuldigt. Alle Sozialversicherungsbeiträge seien abgerechnet worden. «Übrigens auch bei den Prämien», fügt Hans-Peter Dreier an.

In Transportkreisen hält man den LRS (noch) für einen anständigen Partner. Sie seien «viel weniger politisch» als die Grossgewerkschaft Unia. Vielleicht ist genau dieses gute Einvernehmen zum Problem geworden. Ein ehemaliger Transportunternehmer vermutet einen Stellvertreterkrieg: «Les Routiers Suisses ist eine vernünftige Arbeitnehmervertretung. Der LRS glaubt jetzt aber, härter dreinfahren zu müssen. Damit seine Legitimation gegenüber den eigenen Leuten wahren kann. Es ist ein Machtkampf der Gewerkschaften.»

Die Attacken gegen Dreier ähneln einem Fall, der vor zwei Jahren in der Zentralschweiz für Schlagzeilen sorgte. Dort geriet das Transportunternehmen Imbach Logistik AG ins Visier der Gewerkschaften. Es waren Vertreter der Unia, die aufs Gelände drangen und im Dorf Wolhusen Stimmung gegen Besitzer Walter Imbach machten. Tenor: Ihr müsst unter schlechten Bedingungen arbeiten, und euer Chef leistet sich einen Sportwagen. Auch hier wurde die Justiz eingeschaltet. Imbach habe seine Chauffeure dazu angehalten, beim Aufladen die Tachos nicht einzustellen.

Noch im Januar 2007 übernahm Imbach den Logistikbereich der Ringier Zofingen AG. Am 10. Oktober gibt Imbach bekannt, dass der Betrieb verkauft werde. Dazwischen liegt ein Herzinfarkt des Eigentümers. Das Familienunternehmen ist nach vier Generationen am Ende. Der ehemalige Patron mag nicht mehr über den Konflikt von damals reden: «Das reisst nur alte Wunden auf – ich habe damit abgeschlossen.»

Das Verfahren gegen Walter Imbach wurde eingestellt. Nun ist offenbar Hans-Peter Dreier an der Reihe. Er lasse sich die Freude am Unternehmertum nicht nehmen: «Ich sehe die Verantwortung gegenüber jenen, die loyal zur Firma stehen.»

als EU-Bürger. Und zwar um das Doppelte: Zur «Sicherstellung der Zielerreichung» werden die «Sanktionssätze» der EU in der Schweiz «mit dem Faktor zwei multipliziert». Bereits ab 2012 sollen die Bussen fällig werden. Nach einer Übergangszeit mit gestaffelten Tarifen müssen in der EU ab 2019 «für jedes Gramm CO₂/km über der Zielvorgabe» 95 Euro bezahlt werden. In der Schweiz werden es 285 Franken sein.

Mit diesem Regime setzt sich die Eidgenossenschaft vorsätzlich Wettbewerbsnachteilen aus. Denn der Zielwert von 130g/km gilt in der EU als Durchschnittswert aller Mitgliedsländer, die sehr unterschiedlich motorisiert sind und daher unterschiedliche Emissionen zu verzeichnen haben. Deutschland mit seinen eher teureren und schwereren Fahrzeugen hat einen höheren Ausstoss als ärmere Länder wie Portugal oder Griechenland – die aber bei der Errechnung des EU-Durchschnittswerts mitzählen. Die Deutschen können einen erheblichen Teil der vorgeschriebenen Reduktion auf Drittländer abschieben. Die Schweiz ist doppelt benachteiligt: Sie beginnt dank ihrem Wohlstand sowie topografischen und klimatischen Besonderheiten (höhere Anzahl Autos mit Vierradantrieb, stärkere Motorisierung) vom höchsten Punkt aus und muss die Reduktion erst noch als einziges Land vollumfänglich selber berappen.

Eingezogen werden die Strafen bei Herstellern oder Importeuren, doch es ist klar, dass die Mehrkosten auf die Käufer überwältzt werden. Das Uvek rechnet für das Jahr 2015 mit maximalen «Sanktionen» bis zu 51 000 Franken pro Fahrzeug, wobei es sich «typischerweise» um «Sportwagen der Luxusklasse» handle. Ein exorbitanter Betrag, der jedoch

Das Uvek rechnet für das Jahr 2015 mit maximalen «Sanktionen» bis zu 51 000 Franken pro Fahrzeug.

nur unter der Annahme einer bis dahin erfolgten Reduktion des CO₂-Ausstosses zutrifft – beim Stand der heutigen Technik läge er noch höher. Ein Schweizer Autoimporteur rechnet vor, dass beispielsweise ein Porsche Cayenne 40 000 Franken teurer würde.

Der durchschnittliche CO₂-Emissionswert von Neuzulassungen betrug in der Schweiz im vergangenen Jahr 175g/km. Käme das Sanktionssystem bereits voll zum Tragen, betrügen die Bussen – bei einer Anzahl von 288 000 in Verkehr gesetzten Fahrzeugen (2008) – rund 3,7 Milliarden Franken. Das Strafgeld soll, nach einem millionenschweren Abzug für «zusätzlichen Verwaltungsaufwand», «gleichmässig an die Bevölkerung verteilt» werden. Wie genau, wird nicht ausgeführt. Klar ist nur, dass es sich um ein sozialistisches Umverteilungssystem handelt: von Reich zu Arm, von Autofahrern zu Nichtautofahrern.

Eine Stadt riegelt sich ab

Für Tausende Autofahrer ist Zürich ein Hindernisparcours aus Staus, Fahrverboten und Baustellen. *Von Andreas Kunz*



Poster für Baustellenfans: Behinderungen für den Verkehr in der Stadt Zürich.

Jeder Taxifahrer, Pendler, Gewerbler oder Tourist hat die gleiche Antwort parat: Wer motorisiert nach Zürich zur Arbeit, zum Einkauf – oder noch schlimmer: zum Vergnügen – kommt, muss büssen: mit schikanösen Umleitungen und Wartezeiten, teuren Parkgebühren oder -bussen.

Ziel der links-grünen Regierung ist ein «gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer», wie es auf Anfrage heisst. Von der verantwortlichen Stadträtin Ruth Genner (Grüne), Vorsteherin des Tiefbauamts, erfährt man bisweilen anderes. In einer *Tagblatt*-Kolumne offenbarte sie kürzlich ihre Wunschvorstellung: In der Stadt Zürich soll Autofahren auf «den notwendigen innerstädtischen Verkehr, beispielsweise fürs Gewerbe oder für Taxifahrer» beschränkt werden.

171 Baustellen

Um das grüne Ziel zu erreichen, müssen die Autofahrer einem Umerziehungsprogramm unterzogen werden. Die Schikanen beginnen bei der Einfahrt ins Stadtgebiet. Entweder stockt der Verkehr wie auf der Waldegg bei einer «Pfortneranlage», eine Ampel, die absichtlich nur eine bestimmte Anzahl Autos in die Stadt lässt. Oder es werden gerade per Bauarbeiten – wie im Morgental in Wollishofen – die Strassen

verengt, mit den Trassees von Tram und Bus zu einer «Mischzone» zusammengelegt und dafür eine sechs (sic!) Meter breite Fussgängerfläche installiert.

Als nächste Hindernisse warten 171 Baustellen, an denen in Zürich momentan (mal mehr, mal weniger) gebaut wird, auf die Auto- und Lastwagenfahrer. Überall in der Stadt werden «Begegnungszonen» geschaffen, wichtige Verkehrsachsen zurückgebaut – und der öffentliche Verkehr (ÖV) ausgebaut. Auf seiner Website verkündet das Tiefbauamt stolz, dass «532 Bauprojekte in Bearbeitung» seien. Kosten: 200 Millionen Franken. Resultat: stundenlange Staus, Lärm und eine Stadtkarte, die jeder Baustellenfan als Poster benutzen kann (siehe Bild).

Als unbefangener Beobachter bekommt man den Eindruck, dass die Baustellen absichtlich als künstliche Hindernisse gelegt werden. Cornelia Schreier vom Zürcher Tiefbauamt widerspricht: «Baustellen sind komplexer, als man es von aussen wahrnimmt.» Bei der Planung müsse nicht allein auf die Zeit, sondern auch auf Materialien, Bautechnik, Sicherheit und Logistik geachtet werden. Momentan gäbe es tatsächlich einige «riesige Projekte, die miteinander verknüpft sind und dadurch den Verkehr einschränken», sagt Schreier. Das Ziel jeder Planung beim Tiefbauamt sei, «möglichst rasch, effizient und sicher

zu bauen und die Behinderungen in Grenzen zu halten».

Unter dem zeitweiligen Chaos und den Restriktionen gegen Autofahrer leidet das Gewerbe. In der Innenstadt sollen nach dem Limmatquai bald auch der Münsterhof autofrei werden und praktisch das ganze Utoquai von Parkplätzen befreit sein. «Wenn das so weitergeht, werden wir in dreissig Jahren kein Gewerbe mehr in der Stadt haben. Alles verschwindet in die Peripherie: Arbeitsplätze, Lehrstellen, Steuern», klagt Richard W. Späh, Präsident des Gewerbeverbands der Stadt Zürich.

Gefördert wird die Zersiedelung

Unterhalb des neugeplanten Sechseläutenplatzes sind zwar 299 Parkplätze geplant, verteilt auf zwei Untergeschosse (ein drittes wurde von links-grüner Seite erfolgreich verhindert). Alle neuen Parkplätze müssen allerdings zuvor an anderer Stelle in der Stadt abgebaut werden. Dieser «historische Kompromiss» wird allerdings nur einseitig angewandt. Wenn wie beim Theater- oder Opernhausplatz Parkplätze abgebaut werden, wird dafür kein Ersatz bereitgestellt.

Wer mit seinem Auto in der Innenstadt einen freien Platz findet, zahlt dafür bis zu vierzig Franken pro Tag. Kaum hat er die Parkzeit überschritten, kommt oft ein Vielfaches hinzu. 1600 Ordnungsbussen verteilen die Zürcher Kontrolleure jeden Tag. Alleine mit Verkehrsbussen budgetiert die Stadt jährlich 80 Millionen Franken.

Das Geld der Autofahrer dient dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Seit der Einführung der S-Bahn hat sich die Anzahl der Passagiere im Zürcher ÖV verdoppelt. Jährlich kommen zwischen 3 und 7 Prozent mehr dazu. Trotz milliardenschwerer ÖV-Subventionen ist der Autoverkehr allerdings nicht zurückgegangen. Gefördert wurde mit dem vielen Geld bisher hauptsächlich die Zersiedelung.

In Zürich, als grösster Stadt der Schweiz, als Handelsplatz und Tourismuszentrum wird es immer überdurchschnittlich viel Verkehr geben. Dass Autos nicht einfach ausgesperrt werden können, zeigen die Auswirkungen der Anfang Mai eröffneten Westumfahrung. Schon zwei Tage vor Eröffnung der neuen Tangente wurden die alten Zufahrtsstrassen abgeriegelt – was ein einmaliges Verkehrschaos auslöste. Seither fahren viele Lastwagen- und Autofahrer nicht wie erhofft um die Stadt herum, sondern weiterhin direkt ins Zentrum. Denn die Stadt ist oftmals das Ziel der Fahrer, und nicht bloss ein Ort, der grossräumig umfahren wird.

Mit welchem volkserzieherischem Eifer Leuenbergers Beamte vorgehen, zeigt sich in ihrer Wortwahl. Sie reden vom Aufbau einer «Drohkulisse» gegen «Sportwagen der Luxusklasse» und «leistungsstarke und schwere Fahrzeuge». Selbst «hohe Preis- und damit Nachfragestörungen» werden in Kauf genommen.

Noch verpönter als Qualitätsautos und Sportwagen scheinen Lastwagen zu sein. Das angebliche Interesse der Ökologie ist Vorwand für ständig neue Vorschriften, Kontrollen und Beutezüge. Die Branche gerät in ernsthafte Schwierigkeiten. Ein Beispiel sind die sogenannten Euro-Normen, von der EU entwickelte Emissionskategorien, welche die Hersteller verpflichten, «die jeweils höchste entwickelte Norm einzuhalten». In der Schweiz sind sie steuerwirksam: Die LSVA bemisst sich an ihnen. Wer ein älteres Fahrzeug fährt, zahlt mehr.

Steuern steigen. Darauf spekuliert der Staat: Durch die Abklassierung der Euro-3-Lastwagen auf den 1. Januar 2009 rechnete der Bund mit 50 Millionen Franken Einnahmen. Ein Drittel davon geht an die Kantone, die darum ebenfalls Druck ausüben.

Hinzu kommt, dass die technischen Neuerungen die Preise der Fahrzeuge in die Höhe treiben. Kostet ein Euro-5-Laster 200 000 Fran-

Ist es ökologisch sinnvoll, drei- oder vierjährige Fahrzeuge quasi per Gesetz stillzulegen?

ken, dürfte der Nachfolger mit Euro-6-Standard 50 000 Franken teurer werden. Der ökologische Nutzen aber wird immer geringer. Die grössten Schadstoffreduktionen ergaben sich

schickt.» Das System der Abklassierungen komme einer «schleichenden Enteignung» des Transportgewerbes gleich. Der erfolgreiche Unternehmer würde heute «um keinen Preis» mehr in die Branche gehen. Für die nächsten Jahre prophezeit er ein Sterben vor allem kleinerer Betriebe: «Wenn es so weitergeht, ist in zehn Jahren die Hälfte der mittelständischen Transportunternehmen verschwunden.»

Erwachsene in Babykleidern

Wie einseitig die Schweizer Verkehrspolitik ausgerichtet ist, legt ein vom Bundesamt für Strassen ausgearbeiteter Vernehmlassungsbericht offen («Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel»). Das nüchterne Papier liefert eine Bilanz der Staupolitik der letzten Jahrzehnte –

Unbeschwert telefonieren und im Internet surfen?

Einstecken und lossurfen.

Sunrise click&call 15000+: Das einfache und preiswerte Kombiabo für Festnetz und Internet. Nur bei Sunrise, kein umständliches Installieren mehr – einfach Modem einstecken, lossurfen und **gratis ins Schweizer Festnetz telefonieren**. Infos und Anmeldung auf sunrise.ch

Weitere günstige Angebote finden Sie im Sunrise center oder unter sunrise.ch/shop



Compaq mini 700

12 Monate

1 CHF

Sunrise click&call 15000+

ohne Abo CHF 498.–

- 10,1"-TFT SD-Display, 1024x 576
- 1 GB RAM/533 MHz
- 80 GB HD (4200 rpm)



Die Abogebühr mit Handyangebot beträgt bei Sunrise flat classic CHF 50.–/Mt., bei Sunrise flat max CHF 60.–/Mt.

Die schnell wechselnden Normen sind eine Art versteckte Erhöhung der LSVA. In Betrieb stehende Fahrzeuge werden «abklassiert», sobald die EU eine neue Norm für verbindlich erklärt. «Abklassieren» heisst im Klartext: Hinauf mit den Steuern! Im Jahr 2006 verkaufte beispielsweise Volvo die ersten Laster mit Euro-3-Standard – und bereits 2008 wollte sie der Bund einer höheren Steuerkategorie zuordnen (der Termin wurde dann um ein Jahr hinausgeschoben).

Grosser Aufwand, kleine Wirkung

Die Euro-Normen bringen die Unternehmer in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ein Fahrzeug, das nicht den neusten Vorschriften entspricht, hat kaum einen Wiederverkaufswert. Ganze Fahrzeugbestände verlieren durch den Fall in eine schlechtere Kategorie über Nacht bis zu zwei Drittel ihres Werts – während die

am Anfang. Beim hohen Stand der heutigen Technik schlagen weitere Verbesserungen nur gering zu Buche. Der Aufwand ist gross, die Wirkung klein. Der Grenznutzen ist erreicht.

Mehr noch: Ist es ökologisch sinnvoll, drei- oder vierjährige Fahrzeuge quasi per Gesetz stillzulegen? Ein Lastwagen fährt in der Schweiz pro Jahr durchschnittlich etwa 80 000 Kilometer. Die heutigen Fahrzeuge könnten 1,2 Millionen Kilometer ohne grösseren Unterhalt zurücklegen – wenn man sie denn liesse. Das Euro-Normen-Regime erschwert für viele, gerade kleinere Fuhrhalter die Amortisation – und führt zu einer Vernichtung von Ressourcen. Hanspeter Setz, pensionierter Transportunternehmer im Kanton Aargau und begeisterter Fahrer von Elektro- und Hybridautos, stellt fest: «Es ist ökologischer und ökonomischer Wahnsinn, wenn man Autos nach vier Jahren verschrotten muss – oder sie nach Uganda

und es liefert Argumente gegen die politischen Begehrlichkeiten nach weiteren Transferzahlungen von der Strasse zur Schiene.

Mit dem «Netzbeschluss» von 1960 wurde bestimmt, wo welche Autobahnen gebaut werden. Bis heute ist das Netz nicht vollendet. Das ist umso folgenreicher, als sich zwischen 1960 und 2005 der motorisierte Individualverkehr verfünffacht hat. Der Vergleich mit einem Kleidungsstück drängt sich auf: Man zwingt einen Erwachsenen in einen Strampler für Babys.

Die Weigerung der Politik, die Strasseninfrastruktur der Nachfrage anzupassen, führt zu massiven «Funktionsstörungen» des privaten Verkehrs. «Die Anzahl Staustunden auf dem Nationalstrassennetz hat sich zwischen den Jahren 1994 und 2007 von rund 2000 auf über 10 000 Stunden verfünffacht», heisst es. Demnächst werden weite Strecken «inakzeptabel stark überlastet» sein. Die Rede ist von «400

Kilometern». «Davon werden rund 81 Kilometer sehr stark und rund 181 Kilometer stark überlastet sein.» Dies geht weit über die heute bekannten Behinderungen hinaus.

Und es kommt noch dicker

Um die «gravierendsten Engpässe» zu beseitigen, brauche es «zwingend den Ausbau der Nationalstrassen». Zur Finanzierung heisst es: «Die Quellen sind derzeit ausreichend, und die Benutzer tragen die Kosten für Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen selber.» Bereits zeichnete sich aber eine «Finanzierungslücke» ab. Schon im nächsten Jahr reichen die Einnahmen nicht mehr «zur Deckung der ordentlichen Aufwendungen». Vom dringend nötigen Ausbau ganz zu schweigen. Gleichwohl fließen Milliarden in die unrentablen Bahnprojekte.

Nirgends ist die öffentliche Hand – und der öffentliche Verkehr – kreativer, als wenn es darum geht, Geld aus den Taschen der Bürger zu ziehen. Einmal mehr trifft es in erster Linie Auto- und Lastwagenbesitzer. Sie wurden schon beim sogenannten Finöv-Fonds zur Finanzierung von Neat und Bahn 2000 herangezogen. Damals wurde versichert, die Querfinanzierung durch die Strasse laufe im Jahr

Es ist angenehm und praktikabel, von Zürich nach Bern mit dem Schnellzug zu fahren.

2023 aus. Bereits jetzt, bloss ein Jahrzehnt später, ist das Versprechen Makulatur.

Manchmal durchschaut man die Tricks und Winkelzüge der Politiker besser, wenn man in

ren wurden Milliardeninvestitionen getätigt, um den Verkehr von der Strasse auf die Schiene zu «verlagern». Genützt hat es alles nichts: 1980 wurden über fünfzig Prozent der Güterverkehrsleistungen auf der Schiene erbracht, im Jahr 2006 waren es noch vierzig Prozent. Während die Verkehrsleistungen auf der Schiene in diesem Zeitraum «nur wenig gestiegen sind, haben sich die Leistungen des Güterverkehrs auf der Strasse verdoppelt», meldet das Bundesamt für Statistik.

Für Güter höchstens die Märklin-Bahn

Es leuchtet ein: Die Bahn hat Vorteile bei der Beförderung von grossen Mengen über lange Distanzen sowie im Personenverkehr zwischen Städten. Es ist angenehm und praktikabel, von Zürich nach Bern mit dem Schnellzug zu fahren. Die flächendeckende Verteilung der Güter

Ganz einfach.



Nokia N97

24 Monate **1.-** CHF
Sunrise flat max

exkl. SIM-Karte CHF 40.-, ohne Abo **CHF 998.-**

- 5,0-Megapixel-Kamera mit Carl-Zeiss-Optik
- Full-Touchscreen und QWERTZ-Tastatur, 32 GB interner Speicher
- Quadband, HSPDA, A-GPS, WLAN



Sony Ericsson W995

24 Monate **1.-** CHF
Sunrise flat classic

exkl. SIM-Karte CHF 40.-, ohne Abo **CHF 648.-**

- 8,0-Megapixel-Kamera inkl. Autofokus
- Cyber-shot™-Technologie, FM-Radio
- Quadband, A-GPS, HSDPA, WLAN



HTC Magic

24 Monate **1.-** CHF
Sunrise flat classic

exkl. SIM-Karte CHF 40.-, ohne Abo **CHF 748.-**

- Direkter Zugriff auf Google™-Dienste
- Microsoft Exchange-Unterstützung
- Download von Applikationen aus dem Android Market™
- Touchscreen mit Vibra Feedback

Google, Google-Suche, Google Mail und Android Market sind Marken von Google Inc.

max CHF 75.-/Mt. Für das Kombi-Angebot (Festnetz/Internet) Sunrise click&call 15000+ betragen die monatlichen Kosten CHF 79.-, maximale Geschwindigkeit 5000 Kbps Download/1000 Kbps Upload. Solange Vorrat. Weitere Infos/Tarife unter sunrise.ch

Sunrise

Man hält es kaum für möglich, doch es kommt noch dicker. Der Bund will zusätzliche Strassengelder für «neue Aufgaben» abzweigen. Konkret und zentral: «die Weiterführung von Eisenbahnprojekten». Unter dem Kürzel ZEB (Zukünftige Entwicklung der Bahnprojekte) planen Bundesbern, SBB und Kantone nach Neat und Bahn 2000 weitere Megaprojekte im Umfang von bis zu 21 Milliarden Franken. Da nicht absehbar ist, dass die Bahnbenützer die Kosten selber tragen werden, steht der nächste Angriff auf das Portemonnaie der Autofahrer fest. Hinter den Kulissen wird bereits über Art und Höhe der Querfinanzierung diskutiert. Die Rede ist von einer neuen «Bahnabgabe», der «Fortführung des Neat-Viertels», der «Weiterführung des Mehrwertsteuer-Promilles», der «Weiterverwendung der LSWA», der «Umwidmung des Kantonsanteils an der LSWA» sowie einer «weiteren Anhebung der Mehrwertsteuer».

den Archiven blättert. In den Erläuterungen zur Finöv-Abstimmung 1998 schrieb die Landesregierung: «Bundesrat und Parlament haben auf eine ausgewogene Finanzierung nach dem Verursacherprinzip geachtet. Der Kritik, sie sei zu strassenlastig, wurde Rechnung getragen und die vorgeschlagene zusätzliche Besteuerung der Treibstoffe («Benzin-Zehner») gestrichen.»

Der bundesrätliche Satz ist blanker Hohn, keine der Aussagen trifft zu. Der öffentliche Verkehr deckt seine Kosten nicht nach dem «Verursacherprinzip». Die Finanzierung ist nicht «ausgewogen». Der Kritik, sie sei zu «strassenlastig», wurde nicht Rechnung getragen.

Es ist an der Zeit, die Verkehrspolitik auf reale Grundlagen zu stellen. «Für Güter die Bahn» lautet ein grüner Slogan, den die Behörden übernommen haben. In den letzten Jah-

können nur Lastwagen übernehmen. Ohne sie käme die Wirtschaft zum Erliegen. Der Grundsatz «Für Güter die Bahn» lässt sich höchstens mit Märklin & Co umsetzen.

Noch klarer ist das Verhältnis beim Personenverkehr. Hier kommen die Privaten auf einen Anteil von achtzig Prozent.

Die Zahlen offenbaren den unsinnigen Charakter einer Verkehrspolitik, die auf volkspädagogische und planwirtschaftliche «Beeinflussungen des Mobilitätsverhaltens» (Uvek) setzt. Der Schweizer Staat fördert mit Brachialgewalt den öffentlichen Verkehr, für den trotz Milliardensubventionen und Verbilligungen nur eine begrenzte Nachfrage besteht. Bei Anwendung des Verursacherprinzips – sprich: höheren Preisen – würde die Bahn vermutlich noch weniger benützt. Und die Strasse wäre noch beliebter, als sie es heute schon ist. ○

Terroristenparadies Schweiz

Während die EU den Kampf gegen Terrorismus verschärft, bauen türkische und kolumbianische Narco-Guerillas ihre Propaganda- und Logistikapparate in der Schweiz ungehindert aus. Die Asyljustiz bietet international gesuchten Politgangstern Schutz. *Von Alex Baur und Alexandra Muz*

In seiner Heimat Kolumbien ist Lucas Gualdrón – «Grösse: 1,75 Meter; besondere Kennzeichen: keine» – schon lange zur Verhaftung ausgeschrieben. Seit dem 31. März 2009 findet sich sein Name gemäss Recherchen der *Weltwoche* auch auf der (nichtöffentlichen) Fahndungsliste der internationalen Fahndungsorganisation Interpol. Der Haftbefehl Nr. 0163970 steht in der «roten Ecke» von Interpol, die hochkarätigen Gangstern mit Polithintergrund vorbehalten ist.

Für die Schweiz wäre es ein Leichtes, den weltweit gesuchten mutmasslichen Terroristen zu verhaften: Seit den 1990er Jahren lebt er in Lausanne, offiziell, als Flüchtling. Vorübergehend war Gualdrón sogar als Vertreter eines Hilfswerks bei der Uno in Genf akkreditiert. Bekannt wurde der Mann aber vor allem als Europa-Vertreter der Farc – eine kolumbianische Untergrundorganisation, die tief ins Kokain-Business verstrickt ist, zahllose Morde zu verantworten hat und die Bevölkerung seit Jahren mit Entführungen, Erpressungen und Bomben terrorisiert.

Das Bundesamt für Justiz will zum Fall Gualdrón keine Stellung nehmen. Doch nach allen bisherigen Erfahrungen hat der Kolumbianer nichts zu befürchten. Im Gegensatz zu den EU-Ländern betrachtet die Schweiz die Farc nicht als terroristische Organisation. Obwohl die Zerstörung eines demokratischen Rechtsstaates ihr Ziel ist, handelt es sich nach der hierzulande gängigen Sprachregelung um «Rebellen» oder «Aufständische».

Anspruch auf Lösegeld

Nachdem die kolumbianischen Ordnungskräfte im letzten Jahr mehrere Leader der Farc ausschalten konnten, ist Gualdrón in die Führungsriege der Narco-Guerilla nachgerückt. Im Interpol-Haftbefehl wird ihm «Finanzierung und Verwaltung der Finanzen einer terroristischen Organisation» zur Last gelegt. Die Anschuldigungen basieren vor allem auf internen Mails der Farc, die der kolumbianischen Polizei im März 2008 in die Hände fielen.

Die mittlerweile abgeschlossenen Detailauswertungen von über 280 000 Bild- und Textdateien aus den beschlagnahmten Farc-Computern zeigen, dass Gualdrón schon früher als bislang angenommen in der Schweiz aktiv war. Der Kolumbianer fungierte demnach bereits im Jahr 2001 als Kontaktmann des Genfer Professors Jean-Pierre Gontard, der

Hochkarätige Gangster: Interpol-Haftbefehl gegen den mutmasslichen Farc-Terroristen Gualdrón.

jahrelang als vermeintlich neutraler Vermittler zwischen den Farc und der kolumbianischen Regierung in Erscheinung trat. Die Auswertungen bringen aber auch etwas Licht in die undurchsichtige «Novartis-Affäre».

Ein Kommando der Farc hatte im Juni 2000 zwei Mitarbeiter des Pharmariesen Novartis in Bogotá gekidnappt. Ein Jahr später kamen die Geiseln gegen eine Anzahlung von einer Million Dollar frei. Eine weitere halbe Million sollte nach der Freilassung bezahlt werden. Professor Gontard hatte den Deal vermittelt. Gemäss neuen Erkenntnissen desertierten die Entführer aber mit der Anzahlung, bevor die restlichen 500 000 Dollar eingetroffen waren.

In der Folge wandte sich «Mono Jojoy», ein Capo der Farc, persönlich an Gontard und forderte die halbe Million ein. Den Kontakt zwischen Jojoy und Gontard, so geht aus einem Mail hervor, knüpfte Gualdrón – der Vertreter der Narco-Guerilla in der Schweiz. In den folgenden Wochen kam es zu einem intensiven

Mailverkehr über die Modalitäten der Geldübergabe.

Die Indizien weisen darauf hin, dass Gontard kurz vor Weihnachten 2001 in Costa Rica das Geld persönlich einem Farc-Emissär aushändigte, was der Genfer Professor freilich stets bestritten hat. Irritierend ist aber vor allem, dass sich der «neutrale» Schweizer ein halbes Jahr nach der Freilassung der Geiseln so intensiv um die Zahlung bemühte – so, als wäre die Lösegeldforderung ein legitimer Anspruch. In Kolumbien läuft deshalb eine Strafuntersuchung gegen Jean-Pierre Gontard.

Wie die Uno-Zeitschrift *Human Rights Tribune* im letzten September schrieb, interessiert sich Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, unter dem Titel «Geldwäscherei für eine kriminelle Vereinigung» für Gualdrón. Und Gualdróns Name findet sich auch auf der sogenannten OFAC-Liste des US-Finanzministeriums zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung.

In der EU müssen Farc-Aktivistinnen mit ihrer Verhaftung rechnen. Remedios García, die in Spanien Kontakte zwischen der Eta und den Farc pflegte, wurde am 26. Juli letzten Jahres festgenommen. Zwar kam sie später auf Kaution wieder frei, doch mehrere Farc-Aktivistinnen setzten sich darauf aus Spanien ab. Lucas Gualdrón dirigiert die Europa-Aktivitäten der Farc derweil nach wie vor ungehindert von der Schweiz aus und pflegt Kontakte zu anderen Extremisten. E-Mails weisen auf Waffengeschäfte mit der Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) hin.

Von der Schweiz aus sammelt Gualdrón Unterstützungsgelder für die Revolution, die unter dem Deckmantel von Spendenaufrufen für Hilfswerke eingetrieben werden. Zwar sollen jährlich lediglich einige hunderttausend Euro zusammenkommen – ein Klacks für die Narco-Guerilla. Das Geld dient vor allem zur Finanzierung der Propaganda in Europa. Doch für das kolumbianische Volk, das seit Jahren unter dem blutigen Terror leidet, ist die permissive Haltung der Schweiz ein Affront sondergleichen.

«Hilfswerke» treiben Schutzgelder ein

Die Schweiz ist heute ein beliebtes Rückzugsgebiet für Terroristen aus aller Welt. Besonders stossend ist das Laissez-faire gegenüber der Türkei. Gemäss Recherchen der *Weltwoche* leben mindestens elf mutmassliche politische Gewalttäter ungeniert in der Schweiz, welche die türkische Justiz über die «rote Ecke» von Interpol weltweit sucht. In allen Fällen hat die Schweiz entweder eine Auslieferung abgelehnt oder die Tatverdächtigen als Flüchtlinge anerkannt. Sechs Dossiers betreffen die kurdische PKK, zwei die stalinistische Gruppierung TKP/ML, in den anderen drei Fällen geht es um Splittergruppen.

Wie die Farc hat auch die in der europäischen Nachbarschaft wegen Terrorismus verbotene PKK ihre Aktivitäten in den letzten Jahren in die Schweiz verlegt. Die einst von Moskau gesteuerte marxistische Arbeiterpartei Kurdistans hat ihre Wurzeln im Kalten Krieg. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus entwickelte sie sich zusehends zum Drogen- und Gangstersyndikat. Vordergründig kämpft die PKK für ein «freies» Kurdistan, doch ihr Führer, Abdullah Öcalan, beherrscht nicht einmal die kurdische Sprache. Der PKK-Terror, unter dem die Kurden selber am meisten leiden, forderte über 30 000 Todesopfer, der wirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden.

Wie gefährlich die PKK auch für ihre Gastgeber werden kann, hat sie im vergangenen Oktober gezeigt: Innerhalb weniger Tage lancierte sie zwölf Anschläge gegen türkische Institutionen in der Schweiz, fünf davon verbunden mit Brandstiftung. Der Inlandnachrichtendienst DAP schätzt, dass die PKK hierzulande über 2000 Aktivistinnen und 100 Kader-



Wurzeln im Kalten Krieg: PKK-Aktivistinnen.

leute verfügt und auch in der Schweiz über vorgeschobene «Hilfswerke» Schutzgelder eintreibt.

Das Thema vergiftet die einst exzellenten Beziehungen zur Türkei seit Jahren. In Ankara ist man es satt, sich ausgerechnet von Ländern, die Terroristen Schutz gewähren, Lektionen in Sachen Menschenrechte anhören zu müssen. Dabei hat die Republik am Bosphorus in den letzten Jahren tiefgreifende Reformen durchgeführt und ihren Justizapparat auf ein europakompatibles Niveau getrimmt, wie selbst Amnesty International anerkennt. Folter und Misshandlung von Gefangenen wird auch in der Türkei nicht mehr akzeptiert. Zahlreiche Hilfswerke beobachten den Umgang mit politischen Straftätern mit Argusaugen.

Justizminister Christoph Blocher (SVP) reiste im Oktober 2006 nach Ankara, um für die korrekte Behandlung ausgelieferter Terrorverdächtiger Garantien auszuhandeln. Die Türkei offerierte der Schweiz Kontrollen, die für einen souveränen Staat einzigartig sind: Der Schweizer Botschaft wurde das Recht eingeräumt, ausgelieferte Angeschuldigte jederzeit unangemeldet im Gefängnis zu besuchen; die mutmasslichen Terroristen hätten auch jederzeit von sich aus mit der Botschaft in Kontakt treten können. Wie die Schweizer Gesandtschaft in Ankara in einem internen Schreiben festhielt, sei unwahrscheinlich, dass die um ihr Image besorgte türkische Justiz die schriftliche Vereinbarung gebrochen hätte.

Blochers Nachfolgerin, Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), versuchte die eingeleitete Politik weiterzuführen. Der Fall von Mehmet Esiyok, einem langjährigen Mitglied der obersten PKK-Führung, sollte zum Pilotfall werden. Esiyok war anlässlich seiner Einreise

in die Schweiz im Dezember 2005 auf Ersuchen der Türkei hin verhaftet worden. Das Bundesamt für Migration wies sein Asylgesuch ab. Unter strengen Auflagen segnete das Bundesgericht Esiyoks Auslieferung im Januar 2007 ab.

Die goldene Regel der Omertà

Doch das Bundesverwaltungsgericht hintertrieb die Auslieferung im letzten Oktober – und anerkannte Esiyok als Flüchtling. Unter dem Vorsitz von Walter Stöckli (vormals Flüchtlingshilfe) und Bendicht Tellenbach (vormals Amnesty International) befanden die drei Asylrichter die Garantien für ungenügend. Der PKK-Leader kam damit wieder auf freien Fuss – und fordert nun eine Haftenschädigung über mehrere hunderttausend Franken von seinem Gastland.

«Wenn ein Verdacht hinreichend begründet ist und wenn eine Tat auch hierzulande strafbar ist», versichert Folco Galli, Sprecher des Bundesamtes für Justiz, «ist eine Auslieferung auch bei Straftaten mit politischem Hintergrund möglich.» Gemäss dem revidierten Artikel 260 des Strafgesetzes reicht sogar der Verdacht auf «Bildung einer kriminellen Organisation» oder «Finanzierung von Terrorismus», ohne dass die Teilnahme an einzelnen Verbrechen nachgewiesen werden muss. Nur muss man Terroristen auch als solche erkennen. Bislang wurden die Paragraphen zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität bloss gegen Zuhälter oder etwa die Bikergruppe Hells Angels angewendet. Gegenüber politisch motivierten Gewaltverbrechern hält sich die offizielle Schweiz weiterhin an die goldene Regel der Omertà: nichts sehen, nichts hören – und schweigen. ○

«Die Schweiz ist nach links gerückt»

Der Ökonom Hans-Werner Sinn befürchtet, dass sich die Regierungen übernehmen. Der Finanzkrise folge eine Krise der Staaten. Das Ende des Kapitalismus aber kann er nicht erkennen. *Von Markus Somm*



«Die grosse Koalition hat mich enttäuscht»: Kanzlerin Merkel, Aussenminister Steinmeier.

Was unterscheidet die aktuelle Finanzkrise von anderen?

Wir hatten die Asienkrise oder die Sparkassenkrise in Amerika, doch das waren lokal begrenzte Krisen. Heute erleben wir eine Finanzkrise, die die ganze Welt betrifft. Hinzu tritt nun eine Rezession in der Realwirtschaft, was die Schwierigkeiten ungemein vertieft. Die Grosse Depression zu Anfang der dreissiger Jahre verlief umgekehrt: Damals stürzte zunächst die Realwirtschaft ab, woraus sich danach eine Finanzkrise entwickelte.

Wer hat versagt? Die Politik, der Staat oder der Markt?

Schuldzuweisungen machen keinen Sinn. Millionen von Menschen haben sich falsch verhalten, insbesondere die amerikanischen Hausbesitzer, auch die Banker, ebenso die Aufsichtsbehörden. Das Regelsystem des Bankensektors war zu lasch und hat zu viel Spielraum für problematische Transaktionen offengelassen. Die Marktwirtschaft benötigt strenge Regeln, um den Eigennutz der Menschen produktiv zu kanalisieren.

Der amerikanische Ökonom Paul Krugman hat kürzlich geschrieben, Ronald Reagan sei für die Krise verantwortlich, weil er seinerzeit die Eigenmittelvorschriften für Hausbesitzer gelockert habe.

Ein entscheidender Schritt wurde 2004 gemacht, lange nach Reagan, als die amerikanische Börsenaufsicht SEC die Regulierungen für die Investmentbanken beseitigte. Als ebenso fatal stellte sich die Wohnungspolitik der Regierung Clinton heraus, die den New Deal von Roosevelt fortsetzen wollte: Sie zwang die Banken, ärmeren Leuten Hypotheken zu verschaffen, die sie sich gar nicht leisten konnten.

Was muss man den Banken vorwerfen?

Die Aktionäre haben ihre Bankvorstände zum Spielen angehalten, weil sie mit wenig Eigenkapital praktisch keine Haftung mehr hatten. Erträge strichen sie ein, Verluste, so wussten sie, würden die Gläubiger und der Staat zu verkraften haben.

Dann tun die Staaten jetzt das Falsche: Statt sie zu stützen, sollte man die Banken fallenlassen, damit die Aktionäre sich das nächste Mal klüger verhalten.

Das wäre unverantwortbar. Die Gesellschaft zahlte einen sehr hohen Preis. Wer weiss, ob dann die Marktwirtschaft überhaupt zusammenbricht, weil politische Kräfte aufkommen, die ein anderes System anstreben?

Wie kann man dann unterbinden, dass sich die Banken erneut unvernünftig verhalten?

Man muss sicherstellen, dass die Banken mit ihrem Eigenkapital für die Verluste herangezogen werden. Der Staat darf keinesfalls

Geschenke verteilen. Wenn er einem Institut helfen will, dann soll er sich beteiligen. Das ist wichtig, um für die Zukunft die richtigen Anreize zu setzen.

Die Linke verkündet das Ende des Kapitalismus. Sind wir so weit?

Man muss von dieser Pauschalkritik wegkommen. Man kann die Fehler, welche die Krise begünstigt haben, benennen, man kann sie beheben.

Was macht Ihnen Sorgen?

Sorgen macht mir, dass die faulen Wertpapiere noch längst nicht alle ausgewiesen sind. Da liegen noch sehr hohe stille Verluste im Bankensystem. Der IWF schätzt diese auf 4000 Milliarden Dollar, die Banken haben bisher nur wenig mehr als 1000 Milliarden abgeschrieben.

Die Staaten verschulden sich in hohem Masse. Wird uns das nicht in drei Jahren heimsuchen?

Ohne Zweifel. Die Gefahr besteht, dass sich die Finanzkrise nun auf die Staaten ausdehnt. Ein abschreckendes Beispiel ist Japan. Das Land hatte im Jahr 1990, als die Krise ausbrach, eine Schuldenquote von 60 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP). Dann legte die Regierung ein keynesianisches Programm nach dem andern auf, mit der Folge, dass die Quote heute gegen 180 Prozent strebt. Gleichwohl kam Japan nie aus der Krise heraus. Solche Programme wirken kurzfristig, aber lähmen langfristig.

Was macht Sie zuversichtlich, dass die Staaten nicht übertreiben?

Gar nichts macht mich zuversichtlich. Ich befürchte, dass sich die Staaten übernehmen. Mit der Folge, dass ein erhebliches Bonitätsproblem für die Staaten entsteht.

Verhalten sich jene Staaten klug, die möglichst wenig machen – wie die Schweiz?

Für ein kleines Land wie die Schweiz, das im Besonderen vom Ausland abhängig ist, lohnt sich die Trittbrettfahrer-Strategie. Ein grosses Land kann das nicht wagen.

Das macht die Schweiz nicht sehr sympathisch. Haben Sie Verständnis für diese Trittbrettfahrer-Strategie?

Natürlich. Ich würde das nicht moralisieren, sondern beschreiben es nur. Ein kleines Land, das Konjunkturpolitik macht, muss davon ausgehen, dass der Löwenanteil der konjunkturellen Effekte im Rest der Welt verpufft.

Welche Fehler müssen Politiker jetzt vermeiden?

Bei den Banken sehe ich zu viel Durchwursteln. Da sind radikalere Massnahmen vonnöten, die nur die Politiker durchsetzen können. Wir geraten in eine Kreditklemme, wenn wir das Problem der Banken nicht lösen. Wir haben bereits eine Kreditklemme bei den Grossunternehmen. Hier muss der Staat notfalls Eigenkapital einschliessen.

Sie haben vor wenigen Jahren einen Bestseller geschrieben: «Ist Deutschland noch zu retten?». Hat sich die Lage gebessert oder verschlechtert?

Die Situation hat sich entschärft. Die Agenda 2010 von Gerhard Schröder hat einen Niedriglohnsektor geschaffen, den wir so hierzulande nicht gekannt hatten. Das war ein Erfolg. Deutschland ist heute besser aufgestellt als in der letzten Krise.

42 Prozent der deutschen Wähler würden indirekt oder direkt vom Staat leben, schreiben Sie. Beutet bald eine subventionierte Mehrheit eine zahlende Minderheit aus?

Diese Vokabel würde ich nicht benutzen, doch ein Problem besteht hier schon. Der grösste Anteil sind ja Rentner. Bei der letzten Bundestagswahl lebte sogar schon eine Mehrheit jener, die tatsächlich zur Wahl gingen, vom Staat.

Seit der Europawahl ist es denkbar, dass es im Herbst bei den Bundestagswahlen zu einer neuen Koalition zwischen FDP und CDU kommt. Macht das einen Unterschied zu heute, da eine grosse Koalition zwischen CDU und SPD in Berlin herrscht?

Die grosse Koalition hat mich enttäuscht. Die grossen Aufgaben, die sie hätte schultern müssen, wurden nicht angepackt. Das ist deshalb nicht geschehen, weil die SPD unter Druck von links geriet. Diese Angst vor der Linken würde aber auch eine bürgerliche Koalition beschäftigen und sie davon abhalten, allzu radikale marktwirtschaftliche Reformen voranzutreiben.

Die Schweizer halten die Deutschen für staatsgläubiger: Woran liegt das?

Was den Ruf betrifft, mag das stimmen. Wer aber die Fakten betrachtet, stellt fest: Es trifft gar nicht mehr zu. Die Schweiz unterscheidet sich hinsichtlich Staatsquote und Steuerlast nicht mehr so stark von Deutschland. Die Schweiz ist nach links gerückt.

Viele deutsche Steuerzahler sehen das jedoch nicht so: Noch strömen viele reiche Deutsche in die Schweiz.

Man fühlt sich vielleicht auch sicherer für die Zukunft. In Deutschland wurde das Bankgeheimnis kassiert. Viele vermögende Deutsche ahnen, dass hohe Lasten auf sie zukommen. Die Staatsverschuldung nimmt zu, und der Staat versucht zunehmend, auf die hier vorhandenen Vermögen zuzugreifen. Da fühlt man sich

in der Schweiz sicherer. Sollte die Linke im Herbst in einer Bundesregierung vertreten sein, käme es zu einer Massenauswanderung aus Deutschland.

Hat es marktwirtschaftliches Denken in Deutschland schwerer als anderswo?

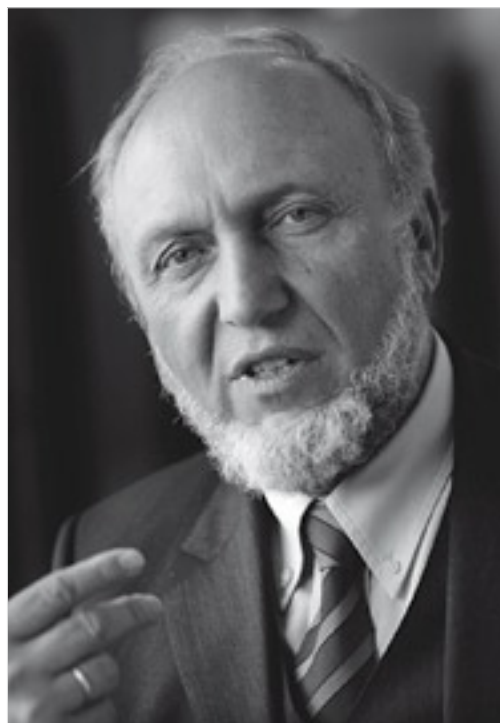
Ja, wir haben in Deutschland eine intellektuelle Elite, die von Goethe bis Heisenberg reicht und die Natur- und die Geisteswissenschaften umfasst. Marktwirtschaft kommt als Disziplin gar nicht vor. Journalisten, Politologen, Soziologen: Über Ökonomie wissen sie meist wenig Bescheid. Auch in der Öffentlichkeit ist wenig Verständnis da, bestenfalls für betriebswirtschaftliche Zusammenhänge, da man ja selbst in einer Firma arbeitet. Was die Grundregeln der Wirtschaft jedoch sind, dafür fehlt vielfach das Gespür.

Deutschland ist eines der erfolgreichsten Industrieländer der Welt – und das seit bald 200 Jahren. Warum dieses doch sehr ambivalente Verhältnis zum Markt?

Wir haben ja immer einen starken Staat gehabt. Das staatsorientierte Denken ist gut etabliert – während in den Niederlanden oder in England, wo der Freihandel

«Für ein kleines Land wie die Schweiz lohnt sich die Trittbrettfahrer-Strategie.»

eine grosse Bedeutung hatte, ein anderes, liberales Denken sich ausbildete. Wir haben nicht zufällig den Sozialismus erfunden und die Welt mit dieser Ideologie beglückt. Der Deutsche neigt zu Ideologien. Gerne verschreibt er sich bestimmten Denkrich-



«Der Deutsche neigt zu Ideologien»: Sinn.

tungen: Protestantismus, Sozialismus und heute die grüne Ideologie. Wir glauben stets, dass die Welt am deutschen Wesen genesen soll, doch von Generation zu Generation definieren wir das anders. Mehr Pragmatik würde diesem Land guttun.

Haben Sie den Titel Ihres neuen Buches, «Kasinokapitalismus», selber gewählt, oder hat dies der Verlag aus Marketing-Überlegungen getan? Er wirkt wie ein Zugeständnis an den antikapitalistischen Zeitgeist.

Nein, der Titel stammt von mir. Ich denke, er beschreibt recht genau, wie die Finanzkrise entstanden ist: Dass man grosse Risiken einging, ohne dafür zu bezahlen. Dass man damit spielte. Die Banken waren wie die Betreiber des Casinos. Kasinokapitalismus ist für mich kein moralisierender Begriff, sondern er beschreibt den Kern des Vorgangs präzise. Man muss dieses Kasino schliessen.

In der Schweiz gaben die Angriffe von Peer Steinbrück zu reden. Haben Sie Verständnis für die Kritik des Sozialdemokraten?

Die Schweiz ist keine Steueroase – aber man muss alles unternehmen, um Steueroasen zu beseitigen. Die Schweiz ist ein solides Land, das jeden Verdacht, eine Steueroase zu sein, vermeiden sollte. Es ist ein Kernland Europas, das sich immer mehr an die EU annähert, was zu begrüssen ist. Eine solche Annäherung sollte man nicht stören, indem man wenig sensible Vokabeln benutzt.

Warum ist eine Annäherung zu begrüssen? Tut es der EU nicht gut, wenn ein Land nicht Mitglied ist?

Was den Wettbewerb der Regulierungen betrifft, bin ich skeptisch. Dieser Wettbewerb hat mit dem Wettbewerb der Firmen in einer Marktwirtschaft nicht viel Ähnlichkeit, und ich glaube nicht, dass er funktioniert. Bei der Regulierung der Banken haben wir einen Lachheitswettbewerb beobachtet.

Europa ist doch reich geworden, weil hier immer ein Wettbewerb unter den Staaten stattfand. Das unterscheidet uns vom Römischen Reich oder von China.

Der Übergang vom staatlichen Wettbewerb zum Krieg ist fliessend – was ja auch zu gewaltigen Zerstörungen geführt hat. Die Marktwirtschaft hätte sich als überlegenes System auf jeden Fall durchgesetzt – auch ohne den Wettbewerb der Staaten.

Hans-Werner Sinn ist Ökonomieprofessor an der Universität München und Präsident des Ifo-Wirtschaftsinstitutes. Vor kurzem ist von ihm erschienen: «Kasino-Kapitalismus – Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist». Econ, Berlin 2009

Im Internet

Exklusiv für *Weltwoche*-Leser: Die Zusammenfassung von Hans-Werner Sinns «Das grüne Paradoxon» und «Ist Deutschland noch zu retten?»
Kostenlos auf www.getabstract.com/weltwoche

Sieg über Satan

Miss California, Carrie Prejean, musste ihre Krone abgeben, nachdem sie sich öffentlich gegen die Schwulenehe ausgesprochen hatte. Sind die USA derart intolerant geworden? Ist die Schönheitskönigin Korrektheitswächtern zum Opfer gefallen? Der Fall ist komplizierter. *Von Beatrice Schlag*

Amerikaner interessieren sich kaum für Schönheitswettbewerbe, wenn die Teilnehmerinnen über zehn sind. Anders als in der Schweiz, wo dem Ereignis grosse Beachtung geschenkt wird. Für die Miss-Wahlen Volljähriger in den USA begeistern sich vor allem Schwule. Und Donald Trump, weil er berufshalber mit allen Miss-Kandidatinnen auf Tuchfühlung gehen muss. Der Immobilienunternehmer, schlicht «The Donald» genannt, kaufte vor zehn Jahren die Veranstaltungsrechte für Miss USA und Miss Universe auf. Die TV-Einschaltquoten blieben auch danach mässig. Wer gerade Miss USA ist, weiss in den USA kaum jemand.

Entsprechend unerwartet explodierte im April die Berühmtheit von Carrie Prejean. Die blonde Studentin aus San Diego war – weithin unbeachtet – bereits seit einem halben Jahr Miss California, als sie am 18. April bei den Wahlen zur Miss USA mit einer einzigen Antwort die Sarah Palin unter den Misses wurde. Die Frage des Jurymitglieds, die Prejean zufällig aus der Zettelschale gefischt hatte, lautete: «Vermont hat vor kurzem als vierter Bundesstaat die Ehe zwischen Gleichgeschlechtlichen legalisiert. Sollten die anderen Staaten dem folgen?» Miss California netzte die Lippen und sagte: «Es ist grossartig, dass wir in einer Nation leben, wo man zwischen gleichgeschlechtlicher und gegengeschlechtlicher Ehe wählen kann. Aber wissen Sie was? In meinem Land, in meiner Familie, glaube ich, sollte eine Ehe etwas zwischen Mann und Frau sein. Ich möchte niemanden beleidigen, aber so wurde ich erzogen, und so, finde ich, sollte es sein.»

Es war, in eigenwilligem Wortlaut, genau die gleiche Meinung, die Präsident Obama, Aussenministerin Hillary Clinton und mehr als die Hälfte der Kalifornier vertreten. Aber Jurymitglied Perez Hilton, von dem die Frage stammte, rächte sich: Mit seiner schlechten Benotung von Prejean verhalf er Miss North Carolina zum Sieg. Damit nicht genug: «Dumb bitch», dumme Kuh, nannte Hilton sie am nächsten Tag in seinem Blog. Der homosexuelle Hilton ist nicht nur in der Schwulenszene von Los Angeles aktiv, sondern gehört dank seiner Fähigkeit, auch den langweiligsten Promi-Auftritt zum Skandal niederzuschreiben, zu den erfolgreichsten Celebrity-Bloggern der Welt.

Perez Hilton, bürgerlich Mario Armando Lavandeira, war nicht allein. Mit ihm bloggten sich im ganzen Land Hunderte empörter Homosexueller und Linksliberaler über die Äusserung der schönen Christin die Finger heiss.

Mehrmals, sagte Prejean, sei sie von den kalifornischen Veranstaltern aufgefordert worden, sich zu entschuldigen, weil ihre Haltung Sponsoren vergrätzen könne. Man habe ihr diktieren wollen, was die politisch korrekte und damit für die Miss des überwiegend linksliberalen Kalifornien zu vertretende Meinung sei.

Die Tochter fundamentaler Christen liess sich ihre Meinung nicht nur nicht vorschreiben, sie wurde unter dem Druck der Anfeindungen expliziter. Sehr zum Entzücken konservativer Radio- und Fernsehsender. James Dobson, Moderator eines christlichen Radiosenders, antwortete sie auf die Frage, warum sie sich so klar gegen die Schwulenehe ausgesprochen habe: «Ich wollte politisch korrekt klingen. Aber dann war es, als wolle Satan mich mit dieser Frage in Versuchung führen. Und Gott sagte in meinem Kopf und in meinem Herzen: «Carrie, wie sehr willst du das? Willst du deine Überzeugungen für ein Jahr Krone gefährden?» Und ich sagte, was ich sagte, und wusste genau, dass ich keine Chance mehr hatte, Miss USA zu werden.» Sie liess sich von der National Organization for Marriage (NOM) für deren Anzeigenkampagne gegen die Schwulenehe anheuern und beteuerte in Vorträgen, sie werde «alles tun, um die Ehe zu schützen». Die Anschwärmungen der politisch vermeintlich Korrekten hatten Prejean zum Poster-Girl der Rechten gemacht.

Mediale Feuersbrunst

Nach einem zweiwöchigen Medienzirkus begannen sich die linksliberalen Kommentatoren-Stimmen zur Verteidigung der 22-jährigen zu mehren. Der Journalist Phil Bronstein, Ex-Ehemann von Sharon Stone, fragte, warum dem Präsidenten eine Haltung erlaubt sei, die Miss Prejean streitig gemacht werde. Die schwarze Autorin Keli Goff bezeichnete die Schadenfreude linksliberaler Kollegen über die konservative Schönheitskönigin, die weder ein politisches noch sonst ein öffentliches Amt anstrebte, als befremdend. Als die Schlagzeilen über das praktisch bankrotte Kalifornien Carrie Prejean und Perez Hilton wieder in den Hintergrund zu rücken begannen, erschienen im Internet die Nacktfotos von Miss California.

Auch in Kalifornien müssen Teilnehmerinnen von Schönheitswettbewerben versichern, nie zuvor ganz oder teilweise nackt posiert zu haben. Junge Frauen, die oft seit Jahren gelegentlich als Models arbeiteten, sind bei Wettbewer-

ben verpflichtet, sich im Bikini auf dem Laufsteg zu präsentieren. Aber wehe ihnen, wenn sie je in Gegenwart eines Fotografen das Oberbleibe ablegten. Die Vorschrift ist an Scheinheiligkeit schwer zu übertreffen, aber hier waren sie, die Bilder von Prejean mit nackten Brüsten, einmal mit 17, dann, nach chirurgischer Nachhilfe, ein paar Jahre später, deutlich üppiger und höher zielend. Die Bilder waren so unaufregend, dass der *Playboy* sie zurückgewiesen hätte. Aber sie waren die Chance, die Evangelikale zur Strecke zu bringen: sie hatte gegen das Reglement verstossen. Donald Trump, der sich bisher wortlos in der Fehde um Miss California gesonnt hatte, kündigte eine Pressekonferenz an.

The Donald war unverklemmt und gelassen, als er am 12. Mai ans Mikrofon trat: «Wir hatten ein Dilemma mit Carrie, die auf eine schwierige Frage eine ehrliche Antwort gab, die von Herzen kam. Dafür gehört sie gelobt. Wir haben die Fotos aufmerksam angesehen. Manche Bilder sind sehr schön, manche gewagt. Aber sie sind alle akzeptabel. Wir leben im 21. Jahrhundert. Carrie bleibt Miss California. Sie ist klug, stark und natürlich sehr schön, deswegen hat sie den Titel.» Dann überliess er das Mikrofon Carrie Prejean. Das war ein Fehler.

Miss California, beflügelt von ihrer unverhofften Berühmtheit, dankte Trump, «der mir erlaubt hat, eine starke Frau zu sein». Und Gott, «für die grosse Aufgabe, die er mir gegeben hat, Schwulen die Heirat nicht zu erlauben. Ich habe nicht erwartet, mitten in eine mediale Feuersbrunst zu geraten, aber ich bin klug genug, sie zu meinem Vorteil zu nutzen. So wie es Menschen gibt, die dank ihrer Überzeugung die Kraft haben, gegen die Gleichberechtigung von Schwarzen, Juden und Frauen zu opponieren, möchte ich dazu ermutigen, dass man der wachsenden Anzahl schwuler Aktivisten gegenüber dieselbe Kraft aufbringt. Wo immer Schwule Normalität verlangen, habt keine Angst, zu sagen, sie seien nicht normal. Ich danke Ihnen allen, dass ich Kalifornien nach wie vor vertreten darf, und freue mich darauf, in den nächsten Jahren im Rampenlicht zu stehen.»

Das war nicht, wofür Donald Trump sich aus dem Fenster hatte lehnen wollen. Am 10. Juni erkannte er Miss California die Krone ab. Prejean erfuhr davon aus den Medien. Sie sei nicht traurig, nur enttäuscht, sagte sie CNN, aber auch erleichtert. Sie habe bereits eine Unmenge von Angeboten bekommen und werde «ab jetzt da sein, wohin Gott mich führt». ○



Poster-Girl der Rechten: Model Carrie Prejean.

Mit Beethoven gedüngte Melonen

Nur die Erfindungsreichen und Tüchtigen überleben in der grossen Rezession. Die Weltwirtschaftskrise bringt Pleiten und Verzweiflung hervor. Sie entlarvt Hochstapler und Glücksritter. Aber sie entfesselt auch die Kreativität. Unsere Korrespondenten berichten von den absonderlichsten Erfolgsmodellen. Von Beatrice Schlag, Peter Achten, Peter Hartmann, Carmen Gasser u. a. und Gary Hovland (Illustrationen)

Die Zeitungen melden Wohlstandsverluste und Firmenkonkurse. Kaum jemals sackte die Wirtschaft so rasant in sich zusammen. Die Untergänge sind aufschlussreich, aber noch interessanter sind die Überlebensstrategien. Wir haben uns in den Grossstädten der Welt umgehört und die Befunde zu einem Gesamtbild merkwürdiger, erfreulicher Krisenbewältigung zusammengetragen.

USA: Keine Kreditkarte, kein Sex

Berechnende Luder – ein Motiv, das immer interessiert. Das muss wohl die kühle Kalkulation zweier New Yorker Freundinnen gewesen sein für eine Internetgeschichte der besonderen Art. Aber der Reihe nach: Als die Bankenkrise gerade über die USA hereingebrochen war, stellten sich mehrere frustrierte Ehefrauen und Geliebte von Bankern im Internet vor, denen krisenbedingt von ihren Männern der unbegrenzte Zugang zur Kreditkarte gestrichen und der Sex aufgekündigt worden war. Deswegen riefen sie zu einer Internet-Selbsthilfegruppe für frustrierte Banker-Gefährtinnen auf. Der Appell war witzig, zynisch und fern jeder Emanzipation. Ein Geschenk für Journalisten auf der Suche nach Krisenschmankerln.



Wall-Street-Frust: Hilfe für Banker-Frauen.

Die *New York Times* traf fünf der angeblichen DABA-Girls (Dating a Banker Anonymous) und druckte blauäugig Aussagen wie «Dafür hab ich [den Ehevertrag] nicht unterschrieben» – so lautete angeblich der Kommentar einer Banker-Gattin zur Anregung eines Freundes, ihren Mann zu beruhigen, damit dieser nicht mit 35 tot umfalle.

Von *Le Monde* bis *NZZ am Sonntag* nahmen viele die Story der enttäuschten Geldjägerinnen dankbar auf. Einen Monat später dementierte die *New York Times*, lesbar verlegen: Es handle sich nicht um eine Selbsthilfegruppe, sondern lediglich um ein paar Freundinnen, die sich eine Satire erlauben hatten. Die schreibenden DABA-Girls waren eine Journalistin und eine Juristin, die für ein Interview drei Freundinnen aufgebieten hatten. Die beiden Initiantinnen hofften, mit ihren Klagen über ein Leben ohne Tiffany und Trüffeln einen Buchvertrag zu ergattern. Der Deal mit dem Verlag ist in Verhandlung.

Beatrice Schlag, Los Angeles

China: Milch und Beethoven

Melonenfestival auf dem Xidan-Kulturplatz im Zentrum Pekings. Die schönsten, grössten, besten und süssesten Melonen werden präsentiert. Es gibt nichts, was es nicht gibt: viereckige Melonen genauso wie Melonen, deren Saatgut sich während einer Raumfahrtmission tagelang im All befunden hat.

Sie riefen zu einer Internet-Selbsthilfegruppe für frustrierte Banker-Gefährtinnen auf.

Es gibt auch Innovationen. Gemüsebauer Wang Hanliang aus dem Dorf Panggezhuang zum Beispiel beackert dreissig Melonenfelder. Wang sann, wie ein richtiger chinesischer Kleinunternehmer, nach Verbesserung. Er experimentierte. Eines Abends sah er am Fernsehen einen Bericht über einen Gärtner, der seine Erdbeeren mit Milch begoss. Zunächst «wässerte» Wang Hanliang nur eines seiner Melonenfelder mit Milch. Dann ging er noch einen Schritt weiter. Er berieselte das Feld mit Musik. Beethoven-Sonaten. «Pflanzen sind wie Menschen», sagt er, «wie schwangere Frauen, die zusammen mit dem Baby im Bauch Musik hören.» Mit Musik jedenfalls und ohne



Melonen-Milchen in China: Wangs Patent.

Dünger, aber mit Milch wachsen die Melonen schneller und besser, ist Wang überzeugt. Sie sind honigsüß, von satt-zarter Konsistenz, saftig, leicht rosa. Ein Gedicht.

Mitten in der Krise legt Wang zu. Jetzt «milcht» er all seine Melonenfelder. Er erhält Auszeichnung um Auszeichnung. Die Kasse stimmt. Wang bekommt pro Kilo 20 Yuan (Fr. 3.80), deutlich mehr als die Durchschnittspreise von 2 bis 10 Yuan. Und Bauer Wang, mittlerweile als Peking Melonenkönig bekannt, hat sein Verfahren patentieren lassen. Auf die Frage nach der Wirtschaftskrise kann er jetzt gelassen antworten: «Welche Krise?»

Peter Achten, Peking

Italien: Skalp aus dem Tessin

Insubrien ist kein Land, sondern der Name für eine Gegend mit einer Grenze mittendurch. Und dieser Trennstrich ist die Voraussetzung für ein nachhaltiges kleines Wirtschaftswunder. Aus den Bezirken Como, Varese und Verbana sickern täglich – wenn auch täglich abnehmend – etwa 44 000 reguläre Grenzgänger mit dem Auto stop and go in den Kanton Tessin ein (mit der Bahn kommen kaum 1 Prozent) und machen ihre Arbeit auf dem Bau, im Gastro- und Tourismussektor und auch die Dreck-



Insubrische Grenzgänger: billiger Nachbar.

jobs, die keine Einheimischen anrühren. Sie verdienen manchmal das Doppelte bis Dreifache wie in Italien und lassen einiges Geld gleich liegen. Sie tanken Benzin und kaufen ein, was für sie vorteilhafter ist als zu Hause – Pasta, Schokolade, Milch, Joghurt, Batbynahrung, Zigaretten, Toilettenpapier, Kosmetika. Vor den Outlets in Mendrisio und Chiasso überwiegen die I-Kennzeichen. In einer Privatklinik in Chiasso sind von 20 Ärzten 18 Italiener. Silvio Berlusconi, der reichste Italiener, liess sich seinen Skalp in einem Tessiner Operationssaal neu «bepflanzen».

Auch der Gegenverkehr zahlt sich aus: Die Schweizer Hausfrau kauft in Como und Varese Fleisch und Fisch, Käse, Olivenöl und den unvergleichlichen italienischen *riso Carnaroli* zu einem Drittel billiger ein. Als Geheimtipp zum Shoppen lockt Ponte Tresa am Luganersee: Dort wird die italienische Mehrwertsteuer von 20 Prozent gegen Vorweisen der CH-Identitätskarte gestrichen. Das gilt auch für Weine, die damit dramatisch günstiger angeboten werden als bei Schweizer Händlern.

800 Gramm Kalbsschulter für Fr. 14.50 und eine Flasche vom köstlichen Barbera 2007 von Rinaldi für 17 Fr. – Herz, was begehrtst du mehr in der Krise, die hier *crisi* heisst? Vielleicht eine verstehende Seele – es gibt auch den Treffpunkt für insubrische Singles an der Via Grandi 21 in Como.

Peter Hartmann, Como

London: Orientierungshilfe in der Krise

London, St. James. Einen Steinwurf entfernt feilt Prinz Charles an seinen Sottisen gegen die moderne Welt, gegenüber träumen die Mitglieder des konservativen «Carlton Club» von einer glorreichen Vergangenheit. Im wenig repräsentativen Verlagshaus der Economist-

Gruppe hingegen beschreibt und erklärt die Redaktion des feinen Magazins jede Woche Gegenwart und Zukunft – immer anschaulich, immer umfassend, immer ein wenig von oben herab, vor allem aber immer seriös. *Very British* eben. Autorenzeilen gibt es nicht, Farbfotos erst seit wenigen Jahren.

Das kommt an, auch als Orientierungshilfe in der Wirtschaftskrise, zumal: Gestützt auf den reissenden Absatz in den USA, meldet das 1843 zur Verteidigung des Freihandels gegründete Blatt mitten in der Krise neue Rekorde. 1,39 Millionen Hefte wurden im vergangenen Finanzjahr verkauft, die Website Economist.com erzielte 29 Prozent mehr Anzeigenerlöse, der Gewinn stieg um 26 Prozent. «Starke Marken geben den Lesern starken Mehrwert», sagt Vorstandschef Andrew Rashbass stolz.

Freilich wird der im Blatt propagierte angelsächsische Kapitalismus auch im eigenen Haus robust umgesetzt: Im vergangenen Rekordjahr wurden mehrere verlustbringende Spezial-Magazine geschlossen und jeder zehnte Mitarbeiter musste gehen. Trotzdem: Der Gralshüter des britischen Kapitalismus beweist, dass es selbst für die gebeutelte Medienbranche ein Leben mit der Krise gibt.

Sebastian Borger, London

Moskau: Lindenblüten und Proust

Lindenblütentee. Anderen Tee gibt es in dem kleinen Moskauer Café heute Abend nicht. Nicht weil die Wirtschaftskrise den Teeimport in die Kapitale Russlands unterbrochen hätte: Es ist der französische Schriftsteller Marcel Proust, der die etwa 20 Gäste heute zu Lindenblütentee zwingt. Kaum hat jeder eine Tasse vor sich, schlagen die Anwesenden ihre Exemplare von «Auf der Suche nach der verlo-

Nach dem Ende des Turbo-Booms stellen sich viele junge Erfolgreiche aber auch die Sinnfrage.

renen Zeit» auf: «Als ich gerade wieder den Geschmack von aufgeweichtem Biscuit in meinem Lindenblütentee spürte», liest eine junge Frau die berühmte Stelle aus dem Werk des Schriftstellers. «Literaturküche» nennt sich diese Veranstaltung. In Moskau sind solche merkwürdigen Lesungen der letzte Schrei. Die Krise beschert vor allem jungen Akademikern mehr Zeit: Berufliche Aktivitäten laufen bei prognostizierten 6 Prozent Wirtschaftsdefizit in diesem Jahr nicht gerade auf Hochtouren. Da gilt es, die unwillkommene Musse anderswie zu nutzen. Bildungshunger gegen den Krisenkoller.

So trifft man sich in einschlägigen Cafés, pakt gemeinsam fremdsprachige Vokabeln, debattiert über Literatur, Filme und Regisseure oder bastelt an Geschäftsmodellen

für die Zeit nach der Krise. Als vor kurzem der bekannte Geschäftsmann Wadim Dymow über «Geld als Sinn des Lebens» referierte, quetschten sich sage und schreibe 170 Personen in den Raum.

Nach dem Ende des russischen Turbo-Booms der vergangenen Jahrzehnte stellen sich viele der jungen Erfolgreichen aber auch die Sinnfrage. «Die Krise hat das Interesse an einer solchen Art der persönlichen Weiterentwicklung stark vergrössert», urteilte der Psychologe Igor Denissow gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Russki Newsweek*. Und noch etwas spricht für Proust in der Krise: Ein Literaturabend bei einer Tasse Tee ist deutlich billiger als eine durchzechte Nacht im Moskauer Klubleben.

Erik Albrecht, Moskau

Zürich: Goldene Küsten, silberne Hügel

Das Unfassbare ist passiert. Etwas, womit niemand mehr gerechnet hatte. Zumal jahrzehntelang die Preise für Nobelvillen in Zürich und Umgebung nur eine Richtung kannten: steil nach oben. Erst eine internationale Finanzkrise macht es möglich: Die Preise sind ins Rutschen gekommen. Der stagnierenden Nachfrage der Ausländer sei Dank. «Wohnungsnot



Unvorstellbares in Zürich: Häuser werden billiger.

unter Milliar dären», titelte die *NZZ am Sonntag* noch vor einem halben Jahr und zitierte als Beweismittel einen Immobilienmakler. Dieser sinnierte damals, die Finanzkrise belebe sein Geschäft, die Zahl der Anfragen nehme deutlich zu. Der Optimismus musste der Realität weichen. Denn «aus den goldenen Küsten werden nun silberne Hügel», kommentiert Donato Scognamiglio, Direktor des Immobilienberatungsunternehmens IAZI, die neue Lage auf dem heissumkämpften Zürcher Pflaster.

Wurde noch vor einem Jahr jedes zehnte Haus für über 1,6 Mio. Franken gekauft, so ist heute der Kaufpreis auf 1,4 Mio. Franken gefallen.

Urs Tschudi von Walde & Partner sieht einen klaren Rückgang der Nachfrage von Immobilien mit über 5 Mio. Franken Wert. Und ortete für die Zukunft gar das Unvorstellbare: einen Wechsel vom Käufer- zum Verkäufermarkt. Gut für die «armen», wohnungssuchenden Reichen der Schweiz, zumal «die hohen Preise von den Ausländern diktiert wurden», wie André Ginesta vom Immobilienbüro Ginesta feststellt. Schweizer hätten nur im Notfall einen hohen Preis bezahlt.

Carmen Gasser, Zürich

Tel Aviv: IT-Experte am Wickeltisch

Amnon wechselt Windeln, singt Kinderlieder, malt, bastelt, kocht Brei und bereitet Schoppen zu. Bereits morgens um sieben bringen ihm seine Kunden ihre ein- bis dreijährigen Lieblinge in die Krippe in einem Tel Aviver Vorort. Der 33-Jährige ist nicht nur wegen seines Geschlechts ein ungewöhnlicher Kindergärtner. Speziell mutet vor allem sein Werdegang an. Denn bevor sich Amnon um Babys kümmerte, arbeitete er als Hightech-Ingenieur in einem erfolgreichen Start-up. Der studierte Computerwissenschaftler war an der Entwicklung hochkomplexer Internet-Überwachungssysteme beteiligt.

Doch Ende 2008 kam das Aus für seinen Traumjob. Die Firma, die ihn vor vier Jahren für viel Geld unter Vertrag genommen hatte, krachte unter dem Einbruch im Technologie-sektor zusammen, der durch die globale Wirtschaftskrise ausgelöst worden war. Der Computerfreak reagierte rasch: Er mietete sich ein kleines Häuschen mit Garten, stellte ein paar



Krippenmann in Tel Aviv: virtuoser IT-Kumpel.

Spielgeräte auf, richtete eine Kochnische ein, kaufte Matratzen – und warb für sich mit einem schlichten Schild: «Amnons Kindergarten». Der Erfolg lässt sich sehen. Sein Unternehmen floriert. Amnon verdient mindestens so gut wie in seinem gelernten Metier. Und was ihn besonders freut: Dank der Mutation vom Virtuosen in der virtuellen Welt zum Spielkumpel im Kosmos der Kids könne er sich nun viel besser verwicklichen, sagt er.

Pierre Heumann, Tel Aviv

Cupertino: Ein Apfel gegen die Krise

«Applemania», titelte die deutsche Illustrierte *Stern* vergangene Woche: «Dies ist die Geschichte einer Verführung.» Verführung? Klingt gut in diesen bleiernen Zeiten, in denen Aktienkurse und Kontostände nur nach unten zeigen. Und verführend muss ein Ding sein, das innert dreier Tage eine Million Mal verkauft wird, obwohl es nur in acht Ländern erhältlich ist, eine Stange Bares kostet und obwohl in einer Krise die Leute lieber auf ihrem Geld hockenbleiben. Vielleicht ist der Grund für diese Erfolgsstory aber auch ganz anders zu lesen: je düsterer die Gegenwart, desto grösser die Sehnsucht nach leuchtenden Farben. Das Ding erfüllt dies. Denn das Ding ist das iPhone einer neuen Generation namens 3G S. Vergangenen Freitag ist es erstmals in den Läden aufgetaucht, und am Montag in der

Manchmal hilft der Glaube daran, dass eine höhere Instanz existiert. In Zeiten der Krise sowieso.

Früh meldete der Hersteller Apple bereits den Verkaufsrekord von einer Million Stück, und Steve Jobs, der Spiritus Rector des Technologie-Trendsetters im kalifornischen Cupertino, frohlockte wieder einmal: «Das iPhone-Momentum ist stärker denn je.»

Auf diese Form des Gefühlsverstärkers versteht sich Steve Jobs ohnehin, seit er im Jahre 1976 seinen Laden gegründet und in einer Garage in Kalifornien einen ersten Rechner zusammengeschaubt hatte. Seither ist Apple Jobs und nicht umgekehrt. Oder erinnert sich noch ein Mensch daran, dass es einst drei Youngsters waren, welche die Firma mit dem angebissenen Apfel gegründet hatten? Nämlich ein Steve «Woz» Wozniak und ein Ron Wayne, die zwei von der Geschichte vergessenen Mitgründer. Apple I, Apple II, Apple III, Macintosh, kurz: Mac I, Mac II, iMac, Power Mac G3, Cube, iPod, iPhone – lang ist die Liste der Verführung, welche Steve Jobs in lediglich drei Jahrzehnten produziert hat. Da geht es schon in Ordnung, wenn ihn seine Anhänger als iGod verehren. Manchmal hilft der Glaube daran, dass eine höhere Instanz existiert. In Zeiten der Krise sowieso.

René Lüchinger



Pariser Anti-Depressivum: Peraults Schokolade.

Paris: Schokolade und Internet

Manchmal, wenn Guy Perault im Büro der Blues befahl, ging er über die Strasse in den Schokoladen-Laden und genehmigte sich ein paar jener braunen Riegel, von denen man sagt, dass sie der Laune auf die Sprünge helfen. Die Anti-Deprimierer halfen aber nur kurzfristig: Dem Unternehmen ging es immer schlechter, und bald wurde der 43-jährige Software-Angestellte und Freizeitnascher ganz entlassen. Einer von vielen. Perault liess sich aber nicht unterkriegen und schrieb sich am Institut National de la Boulangerie-Pâtisserie ein. Bald erhielt der Hobbykoch das begehrte Diplom als «Chocolatier pâtissier confiseur». Mit seinen Informatikkenntnissen eröffnete er einen Internetverkauf für Schokoladenriegel, die er nun selber herstellt. *Et ça marche!* «Ich war am meisten überrascht vom Erfolg meines Unternehmens», sagt Perault, der heute längst realisiert hat, dass Schokolade «ein Zufluchtsort in düsteren Zeiten» ist. Banker und Börsenmakler bestellten bei ihm gleich im Dutzend Schokoladentafeln. Weil sie «den Blues im Büro» hätten, schrieben sie bei der Bestellung hin. Das kannte doch Guy Perault auch einmal. Heute ist damit Schluss: Er kann sich der Bestellungen gar nicht mehr erwehren. Und seine mittelfristigen Geschäftsaussichten bleiben günstig: Die Behörden rechnen damit, dass allein in diesem Jahr 639 000 weitere Franzosen ihre Arbeitsstelle verlieren dürften.

Stefan Brändle, Paris

Im Internet

Dossier zur Finanzkrise auf www.weltwoche.ch/finanzkrise

Bessere Antworten

Der grosse deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf ist tot. Er kritisierte den starken Staat und die europäische Bürokratie. Ebenso deutlich plädierte er für offene Grenzen und einen verantwortlichen Nationalstaat.
Von Peter Keller

Seine 2002 erschienenen Lebenserinnerungen hiessen «Über Grenzen». Nun hat der deutsche Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf die letzte Grenze überschreiten müssen: Er ist vergangene Woche im Alter von achtzig Jahren verstorben.

Er habe nie in den Chor derer eingestimmt, die die Abschaffung aller Grenzen forderten, schrieb Dahrendorf. Grenzen würden ein willkommenes Element von Struktur und Bestimmtheit schaffen. «Eine Welt ohne Grenzen ist eine Wüste; eine Welt mit geschlossenen Grenzen ist ein Gefängnis; die Freiheit gedeiht in einer Welt offener Grenzen.»

Dahrendorf stieg vom Arbeiterkind zum Universitätsprofessor auf. Viel wichtiger für ihn war jedoch die Überschreitung der Grenze von der Wissenschaft zur Politik und die Überschreitung der Grenze von Deutschland nach England. Tatsächlich ist er einer der wenigen deutschen Geisteswissenschaftler seiner Generation, die nicht nur in England heimisch wurden, sondern auch im angelsächsischen Denken. 1952 bis 1954 studierte der junge Soziologe an der London School of Economics – an die er später als ihr Direktor zurückkehrte. Zehn Jahre leitete Dahrendorf zudem das St Antony's College in Oxford. 1988 nahm er die britische Staatsbürgerschaft an, die Queen ernannte ihn erst zum Ritter, dann zum Lord.

Gegen Ideologien geimpft

Die Studienzeit in England impfte den Doktoranden ein Leben lang gegen ideologische Versuchungen. Er blieb dem kritischen Rationalismus seines Mentors Karl Popper verbunden, während sich zu Hause in Deutschland die Frankfurter Schule im akademischen Betrieb durchsetzte. Dahrendorf misstraute Erlösungsfantasien und stichelte: «Marxisten leben in einer idyllischen kleinen Welt, und da sie nicht zögern, jedes Thema unter der Sonne aufzugreifen, bilden sie sich manchmal ein, das sei die ganze Welt.»

Weil Ideologen, beseelt von den eigenen Heilsversprechen, sich die Wirklichkeit nach ihren Vorstellungen zurechtzimmern wollen,



Politisches Biotop: Dahrendorf mit Rudi Dutschke (l.) bei einer Diskussion 1968 in Hamburg.

lassen sie sich so häufig für totalitäre Systeme einspannen. Nach Dahrendorf leben wir jedoch in einer Welt der Ungewissheit. Weil niemand genau weiss, was gut und wahr ist, müssen wir immer neue und bessere Antworten suchen. «Das geht aber nur, wenn Versuch und Irrtum erlaubt sind, ja ermutigt werden, also in einer offenen Gesellschaft.» Popper bleibt das Mass.

Von der Akademie ins politische Biotop

Von diesem Ansatz ist Dahrendorfs Skepsis gegenüber jedem Gebilde zu begreifen, das solche freiheitlichen Versuchsanordnungen gefährdet. Selber in einem politischen Haushalt aufgewachsen, der Vater war Reichstagsabgeordneter der SPD, fragte er einmal listig, warum irgendjemand nicht Sozialdemokrat sein wolle. Die Antwort: «Das schöne Bild hat eine andere, nicht gar so attraktive Seite. Ihr Name ist Bürokratie.» In der einen oder anderen Weise würden alle sozialdemokratischen Wege beim Staat enden: «Noch die Heroen der sozialdemokratischen Welt sind eher Superbürokraten als innovative Führer.»

Jene zweite wichtige Grenze, die Dahrendorf in seinem Leben überschritten hatte, war der Abstecher ins politische Biotop. Für die deutsche FDP sass er im Bundestag, Willy Brandt machte ihn zum Parlamentarischen Staatssekretär, und von 1970 bis 1974 gehörte er der Europäischen Kommission an. Sein Blick in die Eingeweide der Institutionen bestärkte die kritische Haltung: etwa gegenüber dem «starken Staat», der zur Selbstlähmung neige und damit in direkte Gegnerschaft zur offenen Gesellschaft gerate. Der starke Staat, so sein Fazit, führe zur Ausbreitung eines mächtigen Apparats, der Initiative und Innovation ersticke.

Die vielen Würdigungen auf Dahrendorfs Schaffen kommen von links bis rechts, was aber fast alle Nachrufe verschweigen: Der liberale Denker europäischen Formats hielt Distanz zur EU. Schon 1971 (als Europa-Kommissar!) plädierte er in der *Zeit* für ein «zweites Europa» der Bürger und Nationen. Seine Schrift «Vernunft, Freiheit und Partei» präzierte den Gedanken: Die Europäische Union sei keine historische Notwendigkeit, sondern eine bewusste Entscheidung. «Sie kann funktionieren, aber sie kann auch scheitern.» Wo bei Dahrendorfs Pessimismus überwog.

Prominenter Fürsprecher der Schweiz

In einem Streitgespräch – «Wohin steuert Europa?» – bezeichnete er die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) als «absurde wirtschaftliche Konstruktion». Welcher Unternehmer würde schon sagen, er mache keine Geschäfte mit der Schweiz, nur weil sie nicht Mitglied der EG sei? Noch mehr schreckte ihn die utopische Unterwanderung der EU ab. Europa werde von den «Neosozialdemokraten» zur Utopie erklärt, ohne dass diese wüssten, wo Europa liege und was es bedeuten solle.

Ralf Dahrendorf hielt an seinem Plädoyer für den verantwortlichen Nationalstaat fest. Jene Politiker, die mit den Problemen im eigenen Land nicht fertig würden und sie darum auf europäischer Ebene anpacken wollten, folgten einer «täuschenden Maxime». Europa war für Dahrendorf immer mehr als das, wofür der EU-Haushalt Verwendung findet. So verliert die Schweiz mit Ralf Dahrendorf auch einen prononcierten Fürsprecher: Kein normaler Europäer, schrieb er noch 2008, halte die Schweiz für Nicht-Europa, nur weil sie kein Mitglied der EU sei. ○

Lob der Ketzer

Das Aussergewöhnliche, die Krise, ein neues Produkt, ein frischer Gedanke wurden nie von jenen Leuten erkannt, die sagen, was der Mainstream zu meinen verlangt. Der Mainstream vermittelt Gemeinschaft, aber keine Ideen. *Von Allan Guggenbühl*



Vielfalt der Standpunkte: Appenzeller Landsgemeinde.

Der Boom geht weiter! So bejubelte die Presse vor zwei Jahren das Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, das für 2007 und 2008 je 2,4 Prozent Wachstum versprach. Drei Monate später, im Juli 2007, begann mit der Pleite zweier US-Hedge-Funds die Finanzkrise. Im Juli 2008 prognostizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) für das Jahr 2009 ein Wirtschaftswachstum von 3,9 Prozent. Die Zahl wurde aufgrund regelmässiger Gespräche vor Ort mit Regierungen, Nationalbanken, Welthandelsorganisationen und der Weltbank berechnet. Wie wir wissen, kam es anders. Auch die Voraussagen der von den Nobelpreisträgern Samuel Scholes und Robert C. Merton entwickelten, hochdifferenzierten mathematischen Modelle lagen daneben: Der Zusammenbruch der Finanzinstitute kam völlig überraschend.

Die meisten Katastrophen oder fundamentalen Änderungen, die je über eine Gesellschaft

hereinbrachen, wurden weder von den Eliten noch den Experten, noch dem Mainstream erkannt. So, wie 1914 die Regenten Europas an einen Weiterbestand der mitteleuropäischen Monarchien glaubten, sagte man noch vor zwölf Monaten der UBS oder der Royal Bank of Scotland eine rosige Zukunft voraus.

Elend der Prognosen

Falsche Prognosen haben Tradition. In vielen Schweizer Gemeinden stehen heute noch überdimensionierte Gemeindehäuser, weil man dem damaligen Universitätsprofessor Francesco Kneschaurek glaubte, der 1970 die Einwohnerzahl der Schweiz für das Jahr 2000 auf über 10 Millionen Einwohner veranschlagte. Hätten wir in den fünfziger Jahren nach den Prognosen der Verkehrsexperten gehandelt, dann wäre heute die Schweiz mit Autobahnen übersät und würden Eisenbahnen nur für Nostalgiezwecke toleriert. Interessant ist jedoch auch,

dass viele Horrorszenarien, die ein Kollektiv jeweils in Angst und Schrecken versetzten, nicht eintrafen: Die Verbreitung der Jazzmusik führte nicht zu einer progressiven Gehirndegeneration, wie in den dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts von der Universität Leipzig behauptet wurde, das Waldsterben blieb aus, und die Schweiz fiel nicht auseinander, als die Katholiken die Protestanten zahlenmässig überrundeten. Warnungen und Voraussagen, die wir ernst nehmen, entpuppen sich als heisse Luft, während uns Gefahren drohen, die uns unbekannt sind.

Die Schwierigkeit, neue Entwicklungen oder Krisen zu erkennen, hat mit der Psychologie des öffentlichen Diskurses zu tun. Menschengruppen zeichnen sich durch gemeinsame Sprachmuster aus. In diesen werden Themen ausgewählt und ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Der öffentliche Diskurs dient nicht nur dem Informationsaustausch, sondern

hat auch die Aufgabe, eine leichte Aufregung zu generieren und eigene Interessen durchzusetzen. Damit eine Gemeinschaft palavern kann und zusammenfindet, muss sie mit neuen brennenden Themen versorgt werden. Der Diskurs wird in den Medien, an Kongressen und innerhalb wissenschaftlicher oder künstlerischer Stände geführt. Mainstream-Diskussionen sind nur möglich, wenn vertraute Bilder, akzeptierte Beobachtungen und althergebrachte Argumente eingesetzt werden. Jeder kann mitdiskutieren und fühlt sich so dazugehörig. Schuldzuweisungen sind möglich: «Schlimm, diese Gier der Banker!», oder: «Klar werden die Amis im Irak versagen!» Man versteht gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen und macht einen intelligenten Eindruck. Wer im eigenen Stand Erfolg haben will, muss den Themen des öffentlichen Diskurses Reverenz erweisen. Oft merken wir nicht, dass wir keine persönlichen Aussagen machen, sondern lediglich Aussagen des Mainstreams variieren. Die Beeinflussungen des Kollektivs nehmen wir subjektiv selten wahr.

Der öffentliche Diskurs sensibilisiert uns für Themen und droht gleichzeitig unseren Horizont einzuengen. Wir dürfen nur sagen, was bereits vorgespurt wurde. Vom Kollektiv akzeptierte Aussagen und Beobachtungen werden linear weitergedacht und auf die Zukunft hin extrapoliert. Wir konstruieren Modelle und formulieren Regeln, um zusätzliche Glaubwürdigkeit zu erlangen. Als Wissenschaftler glauben wir beweisen zu können, dass Sozialkompetenz am Arbeitsplatz immer wichtiger oder die Jugend immer gewalttätiger wird, und merken nicht, dass wir uns vom Meinungskanon des Zeitgeistes vereinnahmen liessen. Solange nichts Aussergewöhnliches passiert, bestätigen sich unsere Schlussfolgerungen. Blicken wir zurück, dann wimmelt es von Voraussagen, die auf diese Weise gemacht wurden.

Leben im Fischschwarm

Der öffentliche Diskurs hat die Aufgabe, für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen und Interessengruppen eine Plattform zu bieten. Neue Entwicklungen und Gefahren zu erkennen, widerspricht der Grundfunktion des öffentlichen Diskurses. Unser wirkliches Verhalten ignoriert kollektive Debatten und gehorcht nicht linearen Modellen, sondern entwickelt sich autonom. Wie wir uns in Zukunft verhalten werden, hängt von Hunderten von unbekanntem Faktoren ab. Wie ein Fischschwarm haben wir die Neigung, in eine Richtung zu schwimmen, bis wir abrupt den Kurs ändern. Neue Vorlieben, Verrücktheiten oder Einstellungen treten unvermittelt, meist ohne Vorwarnung auf. Das Fahrrad wurde wieder populär, weil sich das Umweltbewusstsein erhöhte, die Strassen verstopft waren, die Gangschaltungen revolutioniert wurden und Jugendlichkeit ein angestrebter Wert wurde.



«Schlimm, diese Gier»: Anschlag auf die UBS.



Waldsterben bleibt aus: Umwelt-Aktivistin.



Gefährliche Jazz-Musik: Louis Armstrong.

Solche Einstellungsänderungen können von einem Kollektiv nicht im Voraus erkannt werden. Der Mainstream denkt in Normen und will vertraute Paradigmen bestätigen, das Aussergewöhnliche ist nicht seine Domäne. Die Argumentationsbreite muss eng sein, da sonst das Gemeinschaftsgefühl bedroht würde. Was beklatscht, mit Preisen überhäuft oder als sensationell bewertet wird, wurde durch das Kollektiv vorgespurt. Sich vom öffentlichen Diskurs und von kollektiven Werten abzusetzen, fällt uns schwer, da wir nicht als komisch, verschroben oder reaktionär gelten wollen.

Wenn Finanzsysteme zusammenbrechen, Industrien ihren Bankrott erklären und Werte umgestülpt werden, dringt die Beschränktheit des öffentlichen Diskurses klar zutage. Wir werden brutal daran erinnert, dass wir immer in einem halb chaotischen Umfeld agieren und Planbarkeit und Zieldefinitionen bei menschlichen Verhaltensweisen schwierig sind. Wenn wir uns vom öffentlichen Diskurs vereinnahmen lassen und dazugehören wollen, übersehen wir offensichtliche Zusammenhänge und vergessen, unangenehme Frage zu stellen.

Tücken des Mainstreams

Wegen der verführerischen Macht des öffentlichen Diskurses brauchen Kulturen Freiräume, in denen ketzerisch gedacht werden darf. Nicht der Mainstream produziert neue Erkenntnisse, sondern die Randgruppen der Gesellschaft. Es braucht darum Medien und Politiker, die wagen, unpopulär zu sein und Aussagen zu machen, bei denen alle den Kopf schütteln. Hinter mancher unpassenden Aussage verbirgt sich eine wichtige Erkenntnis. Es braucht jedoch auch Wissenschaftler, die nicht nur nach Akzeptanz in ihrem Stand streben, sondern politisch inkorrekte Debatten und konträre Haltungen zulassen. Damit Streitgespräche möglich sind, braucht es auch politische Strukturen, die die Vielfalt fördern und nicht dem konformistischen Denken frönen. Der «Kantönliche» in der Schweiz muss nicht zwingend innovationshemmend wirken, sondern kann auch die Vielfalt der Standpunkte erhöhen. Unerwartete oder quere Aussagen sind nur möglich, wenn man sich innerlich von Vorgaben des öffentlichen Diskurses und Zwängen des Mainstreams löst. Nur dank Rebellen, Stänkerern und Provokateuren verfallen wir nicht der verführerischen Macht des öffentlichen Diskurses und denken nicht in Akzeptanzkategorien. Wenn solche Rollen und Haltungen auch ihren Platz haben, dann merken wir vielleicht eher, wenn sich eine Richtungsänderung oder eine Krise anbahnt.

Allan Guggenbühl ist Leiter der Abteilung für Gruppenpsychotherapie für Kinder und Jugendliche an der kantonalen Erziehungsberatung der Stadt Bern und des Instituts für Konfliktmanagement und Mythodrama (IKM) in Bern und Zürich/Stockholm. Er hat verschiedene Bücher geschrieben. Kürzlich erschien: Anleitung zum Mobbing. Zytylogge, 2008

«Anständig, ehrenvoll»

Florian von Meiss über seine Familie, die jahrhundertlang Zürich mitprägte, und die Verpflichtung zu einer ordentlichen Lebensführung.

Von *Andreas Z'Graggen* und *Dan Cermak* (Bild)

Wie hat das vor bald 800 Jahren mit den Meiss angefangen, wo kommen sie her, was bedeutet der Name?

Erstmals 1225 in Zürich urkundlich erwähnt ist Waltherus Meisa, doch was der Name bedeutete und woher die Meiss ursprünglich stammten, ist nicht bekannt.

Und wie ist Ihre Familie zu all den Ämtern und Würden gelangt?

Ein Meiss sass bereits 1253 im Kleinen Rat, dem damals wichtigsten Gremium der Stadt. Dann waren sie Mitglieder des Grossen Rats, waren Vögte, Bürgermeister und hatten Gerichtsherrschaften. Doch wie sie dazu gekommen sind, weiss ich nicht. Ich nehme an, das lief ähnlich ab, wie wenn sich heutzutage jemand eine Position erarbeitet. In unserem Fall blieb man einfach ein bisschen länger dabei, rund 600 Jahre.

Früher nannten sich die von Meiss Junker, das «von» legte man sich erst später zu. Könnten Sie eigentlich diesen Adelstitel «Junker» noch tragen?

Der Junker-Titel wird seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr verwendet. Im Übrigen würde man sich ja lächerlich machen, wenn man sich heute noch Junker nennen würde. Das war ja auch kein eigentlicher Adelstitel. Überhaupt habe ich etwas Mühe mit dem Begriff «Adel», in einem demokratischen Land wie der Schweiz. Richtige Adlige, also Freiherren, Grafen, Herzöge usw., waren jene, die dazu von einem König oder Kaiser ernannt wurden. Und die gab es in der Handwerkerrepublik Zürich schon bald einmal nicht mehr. Man kann höchstens sagen, dass sich einige Familien Zürichs, ebendiese Junker, ein adliges Gehabe gaben, einen vornehmen Lebensstil pflegten und anständig und ehrenvoll lebten.

Soweit diese Familien nicht ausgestorben sind, treffen sich ihre Mitglieder offenbar heute noch regelmässig.

Sie spielen auf die Gesellschaft der Schildner zum Schneggen an. Die Schildner waren die führenden Geschlechter Zürichs und hatten gewissermassen ihren eigenen



«Immerhin einen wunderschönen Friedhofsplatz»: Rechtsanwalt von Meiss, 64.

Die von Meiss

Zürichs älteste Familie existiert seit bald 800 Jahren.



Sie sind beinahe seit ewig da, seit bald 800 Jahren: die von Meiss, Zürichs älteste Familie. Erstmals urkundlich erwähnt wird 1225 ein Waltherus Meisa. Ab da und bis zum Ende des alten Zürich sass die Meiss wiederholt im Grossen und Kleinen Rat, Zürichs Machtzentrum, stellten für die Stadtrepublik 13 Landvögte, sodann Gesandte, Richter, Offiziere.

Bürgermeister Heinrich Meiss betrieb im 14. Jahrhundert Expansionspolitik, sein Sohn Rudolf, ebenfalls Bürgermeister, wurde wegen seines Verhältnisses mit der Fraumünster-Äbtissin abgesetzt. Ratsherr Hans Meiss, Gegner von Bürgermeister Stüssi, der im Alten Zürichkrieg mit Österreich paktierte, wurde wegen seiner eidgenössischen Gesinnung enthauptet.

Eine illustre Familie, über Jahrhunderte im politischen, militärischen und vor allem gesellschaftlichen Leben Zürichs höchst präsent. Seit 1336 sitzen die Meiss in der von Rudolf Brun geschaffenen Constaffel, der Vereinigung der Zürcher Führungsschicht, und vermutlich seit Beginn, also seit ca. 1380, in der Gesellschaft der Schildner zum Schneggen, dem Klub der Junker. In Anlehnung an die niedrigen Adligen, die sich Herren oder Junker nannten, legten sich auch vornehme Arrivierte wie die Meiss den Titel «Junker» (Jung-Herr) zu. 1675 erhielten sie von der Obrigkeit die Adelsbeglaubigung. Als die Junker mit der Gerichtsherrschaft auch den Titel verloren, setzten sie das «von» vor den Namen. Geheiratet wurde vorab im eigenen Kreis.

Ökonomische Basis der Meiss waren ihre Gerichtsherrschaften, so etwas wie private Landvogteien. Als diese in der Helvetik 1798 aufgehoben wurden, fehlte das Geld für einen aristokratischen Lebensstil, und die von Meiss mussten sich bürgerlichen Berufen zuwenden oder emigrierten ins Ausland. (az)

«Klub». Heute ist diese Vereinigung politisch bedeutungslos. Im Schneggen, einer Art historischem Filz, trifft man sich bloss noch zu geselligen Anlässen. Ähnlich wie in der Gesellschaft zur Constaffel, früher so etwas wie die Zunft des Patriziats, zu deren Mitbegründern auch die Meiss gehörten.

Früher war es üblich, dass man vor allem innerhalb des eigenen Standes verkehrte und heiratete. Wird dieses Beziehungsnetz auch heute noch gepflegt?

Nein. Ich bin gerne in der Constaffel und im Schneggen, aber damit hat es sich.

Die Meiss nannten sich auch «von Teufen», «von Wülflingen» oder «von Wetzikon». Was hat es damit auf sich?

Das waren jeweils Gerichtsherrschaften, die der Familie gehörten. Unser Zweig besass fast 300 Jahre lang die Gerichtsherrschaft Teufen. Teufen liegt an der Töss neben Rorbas-Freienstein. Die Gerichtsherrschaft kam durch Heirat mit einer von Ulm in die Familie, bestand aus einem schönen Schloss, einem Bauernhof und Land.

Haben sich die Meiss in Teufen anständig aufgeführt?

Teufen feierte 2001 sein 1111tes Jahr-Jubiläum. Bei dieser Gelegenheit bin ich dieser Frage etwas nachgegangen. Wären meine Vorfahren Ausbeuter und Bösewichte gewesen, hätte man das in Teufen sicher noch gewusst, schliesslich hat unsere Familie bis 1838 dort gewohnt. Doch ich fand nichts Negatives, im Gegenteil, die Gemeinde war sehr angetan, dass wir an den Feierlichkeiten teilgenommen und für Ausstellungen Gegenstände der Familie zur Verfügung gestellt hatten.

Haben Sie in Teufen noch Besitz?

Nein. Mit dem Ende der Alten Eidgenossenschaft wurde auch das System der Gerichtsherrschaften beendet, was auch richtig war. Damit verlor aber meine Familie ihre Existenzgrundlage. Das Schloss wurde 1838 verkauft. Entfernte Familienmitglieder besitzen noch Weinberge aus alter Zeit, so die Hirzel, Tuschmid und die Merhart von Bernegg.

Als politische Player in Zürich, als Mitglieder des Grossen und des Kleinen Rats, hatten die Meiss wohl auch Grundbesitz in der Stadt.

Bürgermeister Heinrich Meiss erwarb ums Jahr 1400 eine sehr schöne Liegenschaft, das sogenannte Steinhaus an der Ecke Obere Zäune/Kirchgasse. Es gehörte während 400 Jahren der Familie. Weiter gab es unter anderen ein Meiss-Haus am Limmatquai, wo jetzt die CS ihre Filiale hat.

Die von Meiss haben sich mit dem Verschwinden des Ancien Régime weitgehend aus dem öffentlichen Leben Zürichs verabschiedet. Wieso?

Nachdem es keine Gerichtsherrschaften mehr gab, wanderten die Wülflinger und die Teufener Meiss zum Teil ins Ausland weg, nach Deutschland und Österreich, wie mein

Urgrossvater, der sich in der kaiserlichen Armee als Offizier betätigte. Erst mein Vater kehrte wieder aus Österreich zurück. Daher spielte die Familie auch in der Zeit der Industrialisierung Zürichs keine Rolle, sie war einfach nicht mehr da. Ich bin mir auch nicht sicher, ob unsere Familie die unternehmerische Qualität gehabt hätte, eine bedeutende Rolle zu spielen. Es wäre natürlich schön, wenn wieder einmal ein von Meiss in Zürich politisch aktiv würde, aber wie es aussieht, ist das zumindest von meinen drei Söhnen nicht zu erwarten. Auch ist es fraglich, ob die politische Kultur mit den Erziehungsmaximen in der Familie vereinbar wäre.

Und wie lauten diese Erziehungsmaximen?

Anstand, Höflichkeit, korrekte Umgangsformen und Bescheidenheit. Wir haben versucht, dies jeweils der nächsten Generation weiterzugeben. Auf jeden Fall haben wir es vermieden, ein Standesdenken zu vermitteln, obschon einem dies wegen des «von» im Namen gelegentlich von aussen unterschoben wird. Das «von» ist keine Leistung, sondern allenfalls ein verpflichtendes Erbe.

Verpflichtung zu was?

Zu einer ordentlichen Lebensführung. Ich betrachte mich als Glied einer langen Kette, und da hat man auch eine gewisse Verpflichtung

«Das <von> ist keine Leistung, sondern allenfalls ein verpflichtendes Erbe.»

zung, seiner Familie Ehre anzutun und natürlich auch darauf hinzuwirken, dass das weiterhin so bleibt. Im Übrigen macht es ja auch Freude, einer solchen Familie anzugehören. Wenn ich gelegentlich in alten Archiven stöbere, ist es erfreulich, zu erfahren, was die Vorfahren in den bald 800 Jahren zum Wohlergehen Zürichs beigetragen haben. Ich bin überzeugt, dass Waltherus Meisa stolz darauf wäre, dass diese Stadt zu den erfolgreichsten und auch beliebtesten der Welt gehört. Auch wenn wir keine wirklich bedeutenden Familienmitglieder hatten, so haben doch einige wenigstens einen Beitrag geleistet.

Bedauern Sie es, dass von der Pracht und Bedeutung von einst nichts mehr geblieben ist?

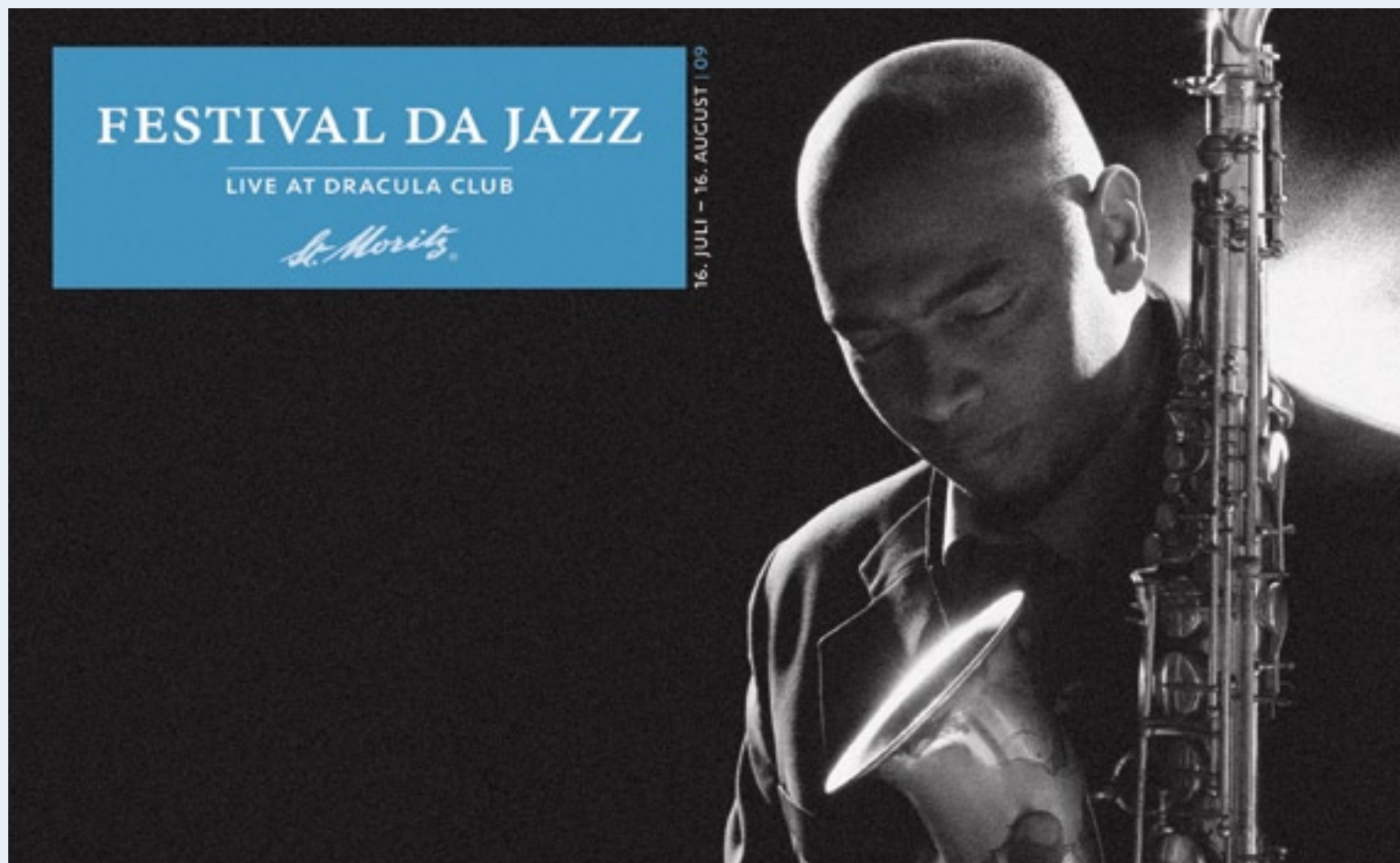
Nein. Sicher wäre es schön, es gäbe Schloss Teufen noch und wir wären noch immer seine Besitzer. Auch all die schönen Häuser in der Stadt sind *Tempi passati*. Es ergibt keinen Sinn, verblichenen Zeiten nachzutrauern. Immerhin besitzen wir in der Stadt noch einen wunderschönen Friedhofsplatz.

In der Reihe über grosse Schweizer Adelsgeschlechter sind bisher erschienen: «Eidgenössische Führungseliten» (Nr. 10/2009), Gaudenz von Salis (Nr. 18/2009), Niklaus von Reding (Nr. 22/2009).

Weltwoche-Spezialangebot

Festival da Jazz St. Moritz – Das höchstgelegene Club-Jazz-Festival.

16. Juli bis 16. August 2009 im legendären «Dracula Club». Als Weltwoche-Abonent/-in profitieren Sie von einmaligen Spezialangeboten.



Das Festival bringt den Jazz zurück zu seinem Ursprung: in den Club.

Am diesjährigen Festival da Jazz St. Moritz werden weltbekannte Musiker wie Richard Galliano, Monty Alexander, Billy Cobham, Barbara Dennerlein und Franco Ambrosetti auftreten. Verschiedene Stilrichtungen, unterschiedliche Interpretationen und abgestimmte Themen zeichnen die 25 Konzerte des Festival da Jazz St. Moritz aus. Das Festival da Jazz St. Moritz bietet Konzerte von Jazz-Funk, Jazz-Soul, Swing, Bossa nova, Singer/Songwriter, Mainstream, Bebop, Postbop bis hin zu Blues-&-Gospel-Power und ist die grösste Kleinbühne für Weltstars.

Die Gäste geniessen eine einmalige Club-Atmosphäre; die unmittelbare Nähe zu den Künstlern und ihrer Musik – jedes Konzert ist auf 150 Besucher beschränkt – ist ein absolutes Unikat auf 1900 Meter über Meer. Einmalig ist auch der Spielort: der private «Dracula Club» öffnet seine Pforten exklusiv für das Festival da Jazz.

Das Programm:

Opening Weekend

- 16.7. James Taylor Quartet – Opening Night
- 17.7. Monty Alexander Trio – Amis Festival da Jazz Founders' Night
- 18.7. Swing Dance Orchestra Berlin feat. Dan Levinson – The Benny Goodman Story (Dieses Konzert findet im Kongress- und Kulturzentrum Rondo statt. Reservationen: www.eventim.ch)
- 19.7. Sunday Morning Jazz Café at Hauser's

Second Weekend

- 22.7. Marc Cary Focus Trio – Acoustic Jazz
- 23.7. The Billy Cobham Band – Motor Jazz
- 24.7. Barbara Dennerlein Duo – Hammond Fire Work
- 25.7. Dracula All Star Explosion – Standards & Bossa nova
- 26.7. Sunday Morning Jazz Café at Hauser's

Third Weekend

- 29.7. Lyambiko & Band – Soul Jazz
- 30.7. Othella Dallas & Band – The Grand Old Lady Blues & Gospel
- 31.7. Thierry Lang Trio – L'Impressioniste du jazz
- 1.8. Heidi Happy & Band – Singer/Songwriter Night
- 2.8. Sunday Morning Jazz Café at Hauser's
- 2.8. Sophie Hunger unplugged – AV's & DC's Vampire Night

Fourth Weekend

- 5.8. Rusconi Trio – From Left to Right
- 6.8. Rigmor Gustafsson I Will Wait for You
- 7.8. Jan Lundgren Trio – European Standards
- 8.8. Richard Galliano – Mare Nostrum
- 9.8. Sunday Morning Jazz Café at Hauser's

Closing Weekend

- 12.8. Joey DeFrancesco Trio – King of Hammond
- 13.8. Franco Ambrosetti Quintet – Notte Italiana
- 14.8. Roman Schwaller Jazzquartet feat. Jimmy Cobb – 50th Anniversary of Miles Davis' «Kind of Blue»
- 15.8. Roman Schwaller Jazzquartet feat. Jimmy Cobb – 50th Anniversary of Miles Davis' «Kind of Blue»
- 16.8. Sunday Morning Jazz Café at Hauser's

Alle Konzerte finden im «Dracula Club» statt und beginnen um 21 Uhr. Türöffnung ist um 20 Uhr.

Das Sunday Morning Jazz Café im Hotel Hauser spielt von 10 bis 13 Uhr. Mehr Informationen unter www.festivaldajazz.ch

Weltwoche-Spezialangebot

Als Abonent/-in der Weltwoche können Sie das Festival da Jazz St. Moritz hautnah erleben und von Spezialpreisen profitieren:

5-Sterne-Angebot

Kulm Hotel, 7500 St. Moritz
www.kulmhotel-stmoritz.ch

Platin-Club-Preis:

Hotelübernachtung im DZ inkl. Frühstück und Konzert: Fr. 440.– (statt Fr. 520.–)

4-Sterne-Angebot

Hotel Schweizerhof, Via dal Bagn 54, 7500 St. Moritz
www.schweizerhofstmoritz.ch

Platin-Club-Preis:

Hotelübernachtung im DZ inkl. Frühstück und Konzert: Fr. 370.– (statt Fr. 450.–)

3-Sterne-Angebot

Hotel Hauser, 7500 St. Moritz
www.hotelhauser.ch

Platin-Club-Preis:

Hotelübernachtung im DZ inkl. Frühstück und Konzert: Fr. 275.– (statt Fr. 375.–)

Die Angebote gelten für zwei Personen zu einem Konzert nach Wahl. Einzelzimmer auf Anfrage. Diese Angebote sind nicht buchbar für das Konzert vom 18. Juli.

Buchungen über reservationen@festivaldajazz.ch oder 044 383 40 01

Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Abo-Nummer anzugeben.

Die Informationen zu diesem Spezialangebot und viele weitere attraktive Leserangebote und Verlosungen finden Sie unter www.weltwoche.ch/platinclub

Unfug der Weichteil-Kreaturen

Das Niveau auf dem Grund des Meeres: Wie der Cartoon-Irrsinn «Spongebob Schwammkopf» zur beliebtesten Trickfilm-Serie der Welt aufgestiegen ist. *Von Wolfram Knorr*

Im Hain der albernen Künste ist die Hölle los. Aber war sie das nicht schon immer? War die illustre Fauna der Mäuse, Enten, Hasen, Hunde, Hühner, Spechte, Frösche, Geier, Bären, besser bekannt als Mickymaus, Donald Duck, Bugs Bunny, Woody Woodpecker, Porky Pig, Tom und Jerry und so weiter, nicht seit eh und je eine ausgerastete Bagage, nahe am Wahnsinn, wenn nicht schon mittendrin? Trotzdem verhielten sich alle noch einigermaßen im Rahmen artentypischer Plausibilität: Donald schnatterte, Bugs Bunny knabberte Karotten, und Kater Tom jagte Jerry, die Maus. Zugegeben, für den abendländischen Feingeist war das Niveau schon in der Tiefebene gelandet. Inzwischen darf er verzweifeln: Es ist noch tiefer gesunken, wortwörtlich auf den Grund des Meeres. Dort hat der Wahnsinn nicht mal mehr Methode, aber blubbert sich mit einem anthropomorphen Schwamm nach oben, mit dem Namen eines wandelnden Dachschadens: «Spongebob Squarepants», auf Deutsch: «Spongebob Schwammkopf».

Es miaut die Schnecke

Die amerikanische Irrsinns-Kreation wurde inzwischen in Dutzende Länder verkauft und wurde zum Überraschungshit. Es wird ihr sogar nachgesagt, erfolgreicher als die «Simpsons» zu sein. Zumindest was das Merchandising betrifft, hat «Spongebob» mit seiner Wäsche, seinen Computer-, Video- und Brettspielen, Lego-Figuren, Puppen, Comic-Heften und Fanklubs Spitzenreiter «Star Wars» überflügelt.

Spongebob, ein quaderförmiger gelber Schwamm mit Spiegeleier-Augen, breiter Gotsche und Babyzähnen, trägt akkurat Krawatte, Hemd, Gürtel und Hose. Seine Stimme ist ein enervierendes Falsett. Im Meer verständlich; auch Wale quieken. Mit seinem Haustier, einer miauenden Schnecke, wohnt er in der Unterwasserstadt Bikini Bottom und arbeitet im Fastfood-Restaurant «Krosse Krabbe» als Burgerbrater. Erfinder solch unterirdischer Drole-rien ist Stephen Hillenburg, 47, Meeresbiologe und Grafiker, der auf den genialen Trichter kam, mal «Figuren aus Meerestiefen raufzuholen, weil sie den meisten unbekannt sind» (Hillenburg). Die miauende Schnecke hätte allerdings nicht mal Tauch-Guru Jacques-Yves Cousteau gefunden.

Ende der neunziger Jahre erkannte der Trickfilm-Kanal Nickelodeon den Meerwert von Hillenburgs Cartoons, startete eine Versuchsreihe, kaufte die Rechte und begann mit der Produktion. Dass sich der Erfolg so schnell ein-

stellte, erstaunte selbst den Sender. Hillenburgs stilistischer Hintergrund ist die Underground- und Experimental-Comic-Szene, mit Graffiti-Anleihen. Die Ursachen fürs rasch gewachsene Interesse sind wohl zum einen im Trickverfahren zu finden (keine Computeranimation), zum anderen in der knalligen Graffiti-Figurengarde. Den Eigensinn der Serie beweisen neben Schwammkopf vor allem Spinner wie Sandra «Sandy» Cheeks, ein Grauhörnchen, das mit Unterstützung der Nasa auf dem Meeresboden lebt, oder Sheldon J. Plankton, kleinster Bewohner, der früher auf die Uni ging. Da wird gnadenlos das Diktat der Vernunft verhohnepipelt, vermutlich der wahre Erfolgsgrund. Kinder haben ihren Spass am schnörkellosen Unfug der Weichteil-Kreaturen, und Erwachsene können im Schwammkopf eine ausgerastete Parodie auf den alltäglichen Informationswahnsinn sehen.

Da versucht Spongebob eine Einladung zu lesen, aber die Tinte ist fast komplett weggeschwischen. Wütend schimpft er über den Schreiber, der von den «physikalischen Gegebenheiten unter Wasser» keine Ahnung habe, um kurz darauf den Wisch in einem Lagerfeuer zu verbrennen. Solch pointierte Spielereien finden sich en masse, einen satirischen Tiefenrausch lösen sie allerdings nicht aus. Schwammkopfs Prominenz hat ihn nun sogar ins Gehege der Anarchie-Lümmel aus «Drawn Together» (MTV) gespült, in dem alle Cartoon-Ausgeburten von Betty Boop bis Pokémon gemeinsam gegen jede Korrektheit stänkern. Mit Recht, der Irrsinn in der real existierenden Welt scheint zuweilen noch grösser: Vor einigen Jahren warnte eine christliche Organisation in den USA vor «Spongebob», weil die Serie schwul mache!

Spongebob Schwammkopf, täglich 11 Uhr, SF zwei



Wandelnder Dachschaden: das «Spongebob»-Universum.

«Ritalin ist ein Verbrechen»

Für den Sonderpädagogik-Professor Georg Feuser gehört das Beruhigungsmittel Ritalin verboten. Lebhaftige Kinder passten sich ihrer hektischen Umgebung an. Oft fehle es ihnen bloss an Zuwendung.
Von Daniela Niederberger (Text), Jojakim Cortis und Adrian Sonderegger (Bild)

Herr Feuser, was ist eigentlich ADHS?

Es ist das, was man als solches diagnostiziert. Die Weltgesundheitsorganisation hat für ADHS einen Katalog mit Verhaltensauffälligkeiten erstellt. Zeigt sich bei einem Kind ein bestimmter Anteil, hat es ADHS. Es ist keine wirkliche Diagnose. Das ist, wie wenn Sie einen Raster machen und sagen: Wenn hier unten am Seilergraben alle fünf Sekunden ein Auto vorbeifährt, ist es eine hochbefahrene Strasse. Fährt alle zehn Sekunden eines, handelt es sich um eine normal befahrene Strasse. Sie sagen nichts darüber aus, weshalb alle fünf Sekunden ein Auto fährt und was das mit der Stadtentwicklung zu tun hat. Diese Form von Diagnostik ist eine rein merkmalsbezogene Diagnose an der äussersten Peripherie.

Ist ADHS eine Krankheit?

Nein. Das wird vordergründig angenommen. Weil ich die Verkehrsdichte am Seilergraben wahrnehme, sage ich, er ist eine hochbefahrene Strasse. Würde ich eine Begründung suchen, sähe ich: Hier fahren so viele Autos, weil das Limmatquai gesperrt ist. Die Sache hat nichts mit dem Seilergraben selbst zu tun.

Was heisst das in Bezug auf Kinder?

Es gibt Kinder, die haben eine grosse Vitalität. Sie nehmen neue Dinge sofort wahr. Andere Kinder tun das auch, sind aber ruhiger, betrachten die Sachen länger. Menschen reagieren unterschiedlich auf Veränderungen in der Welt. Manche Kinder bringen eine leichte Erregbarkeit mit. Das ist nichts Besonderes, nichts Krankhaftes. Man sollte von dispositionellen Voraussetzungen sprechen. Dieses Grundmodell, auf Dinge in der Welt zu reagieren, lässt sich durch Lernen verändern. Ein Beispiel: Wenn für uns beide dieses Gespräch interessant ist, gehen wir mit einem anderen Gehirn hier raus. Das ist die Plastizität des menschlichen Gehirns. Macht ein Kind für sich bedeutende Erfahrungen, ist sein Gehirn verändert, es wird sensibler, ängstlicher, freudiger. Oder ruhiger. Es denkt: «Ach ja, das kenn ich schon, meine Mama oder mein Papa sorgen dafür, dass mir nichts passiert.» Reagiert bei einem leicht erregbaren Kind die Mutter oder der Vater nicht angemessen, kann das Kind verunsichert werden.

Wie kann man falsch reagieren?

Indem man ärgerlich wird, das vitale Wesen des Kindes nur als Erschwernis sieht.

Oder indem man das Kind zu stark sich selbst überlässt. Es gibt einige Faktoren, die helfen, ein Gehirn zu modifizieren. Das Kind findet sich im Spiegel der Mutter, des Vaters, der Grosseltern wieder. Ein Baby gähnt, die Mutter sagt: «Aaah, bist du müde», und imitiert es. Dann fühlt sich das Kind verstanden. Das bewirkt zweierlei: «Oh, ich bin kompetent, ich kann was bewirken. Die Mutti hat gemerkt, was ich gemacht habe.» Das macht stolz und stärkt das Ich. Es schafft Bindung.

Was sollen Eltern mit einem quirligen Kind konkret machen?

Man sollte ihm zeigen, dass man gemerkt hat, was es alles sieht: «Ja, hast du den Vogel dort gesehen? Und das Auto? Und ja, dort ist ein Ball. Jetzt nehmen wir den Ball und spielen.» Man versucht das Ganze auf eine Sache zu lenken und die länger andauern zu lassen. Es gibt vermutlich viele Kinder, die nie als ADHS-Kind auffallen, obwohl sie eine erhöhte Disposition haben. Andere werden als schreckliche Zappelphilippe empfunden. Unter Neurowissenschaftlern und Psychologen und in der Sonderpädagogik ist man sich einig, dass sich ADHS nicht auf einen Faktor zurückführen lässt. Ein gestärktes Kind mit engen Bindungen zu den Eltern, das sich als wichtig erfährt, hat es nicht nötig, durch Kaspereien und Rumhüpfen Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Was unterscheidet ein solches Kind von einem wilden Kind?

Kinder mit Aufmerksamkeitsdefiziten können nicht lange bei einer Aufgabe verweilen, sie führen kaum etwas zu Ende. Das ist nichts Neues. 1844 schrieb Heinrich Hoffmann den «Struwelpeter». Dort kommt der Zappelphilipp vor und der Hans Guckindieluft. Hoffmann war Neurologe und Psychiater. Er liess in das Buch seine psychiatrische Erfahrung mit reinspielen. Später gab es die sogenannte Kinder-Fehlerlehre: Kinder, die nicht in eine bestimmte Vorstellung reinpassen, sind fehlerhaft. Durch die biologisch-medizinisch-psychiatrische Betrachtung jener Zeit passierte die Verkürzung: Im Menschen, an dem ich etwas wahrnehme, muss auch der Grund des Übels liegen. Als ich studierte, sprach man von einem Psychoorganischen Syndrom, später kam die Hyperaktivitätstheorie, dann die MCD, die Minimale Cerebrale Dysfunktion. Man sagte, bei Zappelkindern müsse eine minimale Gehirnschädigung vorliegen – man hat sie

bis heute nicht gefunden. Und jetzt schlägt ADHS weltweit Wellen. Bertolt Brecht sagte einmal: Der Fluss, der über die Ufer tritt, wird gewalttätig genannt, das Ufer, das ihn eindämmt, aber nicht.

Ist unser Alltag mit Kindern gewalttätig?

Wenn Sie so wollen. Der moderne Alltag fordert den Kindern unglaubliche Leistungen ab. Was unsere Grosseltern in einem Jahr an Neuem verarbeiten mussten, müssen unsere Kinder in einem Tag. Unsere Zeit ist hektisch und umtriebiger, man hat kaum Zeit füreinander. Wenn ein Kind auf seinem Schulweg fünf verkehrsreiche Strassen mit Ampeln überquert, hat es mehr geleistet als Goethe in der Kutsche auf dem Weg nach Sizilien.

Es gibt kaum eine Mutter, die mit dem Kind im Garten sitzt und den Käfern zuschaut.

Solche ruhigen Beschäftigungen würden einem Kind mit einem leicht erregbaren Selbstsystem helfen, das umzubauen. Möglicherweise spielt eine hirnfunktionale Störung im Hintergrund mit. Das Schlimme an der ADHS-Debatte ist die fast ausschliessliche Fokussierung aufs Kind. Sein Umfeld, seine Schule, das wird nicht betrachtet. Das ist der erste Fehler. Der zweite: Man sagt, wenn das Kind so blöd ist, wie es tut, muss etwas Organisches vorliegen. Organisches heilen wir. Mit was? Mit Medizin. Man hat eine Droge auserkoren, Methylphenidat, den Wirkstoff im Ritalin, die Hauptrolle zu spielen. Man stellte fest – und das ist das einzig gesicherte Wissen, das man hat –, wenn man die Droge in bestimmten Dosen soundso häufig verabreicht, wird das Kind ruhiger. Was schien bewiesen? Dass eine Störung im Gehirn vorliegt, weil der Wirkstoff dort ansetzt, an den Enden der Nervenstränge. Ein zentraler Stoff im Nervensystem ist Dopamin, er überträgt Botschaften von einer Nervenzelle zur anderen. Es schien bewiesen, dass bei ADHS-Kindern nicht genügend Dopamin vorhanden ist und sie deshalb auffällig werden. Ritalin gleicht das aus.

Warum sagen Sie: «Es schien bewiesen»?

Weil es nicht so ist. Man hat keine gesicherten Erkenntnisse darüber, was der neurologische Hintergrund eines ADHS-Kindes sein könnte. Man sah bloss, dass eine bestimmte neuronale Stimulanz wirkt. Was man weiss: Eine niedrig dosierte Stimulanz führt dazu, dass an den Nervenenden die Dichte der Dopamin-Übergänge reduziert wird. Das ist aber ein Grundproblem bei der Parkin-



«Es kommt uns offenbar nicht darauf an, ob dabei ein paar Kinder hopsgehen»: Sonderpädagogik-Professor Feuser.

son-Krankheit. Die Hypothese: Man weiss noch nicht, ob ADHS eine Ursache im Gehirn hat und, falls ja, welche. Man meinte es aber zu wissen, weil das Medikament wirkt. Und man dachte, da brauchen wir ja nichts weiter zu tun.

Weiss man etwas über Langzeitfolgen?

Nein. 1956 behandelte man erstmals Patienten mit Psychostimulanzien. Amphetamine gehören dazu und eben Ritalin. Sportler oder Kampfflieger nehmen und nahmen Amphetamine, um hellwach zu sein, wenn sie eigentlich schon hundemüde sind. Es gibt keine Langzeitstudien über gesundheitliche Folgen. Der oberflächliche Erfolg – die Kinder werden ruhig – hat blind und dumm dafür gemacht, um welchen Preis wir das möglicherweise erzielen.

Ritalin ist für Lehrerinnen von grossen Klassen ein Geschenk des Himmels.

Ich hatte an einem Freitag Eltern in meinem Büro sitzen, die fragten: «Was sollen wir machen, der Lehrer hat gesagt, wenn unser Kind am Montag nicht Ritalin nimmt, fliegt es aus der Schule.» So weit geht das. Es gibt Stimmen aus der neurowissenschaftlichen Forschung, die warnen. Kinderhirne sind in Entwicklung. Eine Langzeitbehandlung könnte Defizite im dopaminergen System zur Folge haben, und es könnte eine massive Zunahme von Parkinson-Erkrankungen resultieren. Von 1990 bis 1997 ist die Produktion von Ritalin von 2,8 auf 13,5 Tonnen pro Jahr gestiegen. Das ist eines der einträglichsten Geschäfte für die Pharmaindustrie. Rechnen Sie das mal in Gewinnmargen um! Heute werden schon ein, zwei oder drei Kinder pro Primarklasse mit Ritalin versorgt. Damit ist eine ungeheure Geschäftemacherei verbunden. Und dies vor dem Hintergrund, dass man noch nahezu nichts Zuverlässiges weiss. Die massenhafte Verordnung von Ritalin gehört aus meiner Sicht verboten. Es ist ein Verbrechen an der Menschheit. Es gibt interessante Studien, die belegen, dass sich bei Kindern, die statt Ritalin ein Placebo erhalten, der Dopaminstoffwechsel im Hirn auch verändert.

Wie erklärt man sich das?

Die Mutter sagt am Morgen zum Kind: «Komm mal her, mein Schatz, setz dich hin, du kriegst von mir deine Medikamente. Jetzt trinkst du noch etwas, und nun kannst du ruhig in die Schule gehen.» Das Kind erfährt Zuwendung. Es wird wichtig. Das Ich des Kindes wird gestärkt.

Haben die Kinder zu wenig Zuwendung?

Ich bin vorsichtig mit schnellen Schuldzuschreibungen. Aber genauso wie wir eine biologische Ursache annehmen, müssen wir annehmen, dass es im Aufbau von Bindung und hinsichtlich erzieherischer Massnahmen Defizite gibt.

Welche?

Bindung, Einbindung, Verantwortung übernehmen, und wenn's ganz bescheiden ist, dass das Kind seine Schühchen selbst ins Schuhregal stellt. Diese Dinge fehlen massiv. Andererseits werden die Kinder einer Fülle von Anforderungen unterzogen, die für sie keinen Sinn machen. Da brauchen wir uns nicht wundern, wenn sie gleichzeitig zwanzig Sachen machen und nichts zu Ende führen.

Ist die Gesellschaft hyperaktiv?

Ja! Die Kinder reagieren. Das ist ein epigenetisches Phänomen. Wenn Sie eine Kugel haben, die rollt ein Bergtal hinunter, und das Tal gabelt sich. Da muss die Kugel den einen oder anderen Weg nehmen. Kann ich jetzt sagen, die Kugel ist schuld, wenn sie rechts oder links ins Tal rollt? Nein. Der Berg und die Kugel bestimmen, wie es abläuft. Auch unsere genetischen Dispositionen verändern sich danach, wie wir leben.

Die Kinder passen sich der Umwelt an?

Ja. Sie passen sich eben auch an, nicht gebunden zu sein. Machen sie dann Dinge, die uns stören, haben sie Pech gehabt. Und sie passen sich der Geschwindigkeit an, mit der Dinge auf uns einwirken. Gucken Sie sich mal an, wie heute eine Bildsequenz aufgebaut ist. Länger als zwei, drei Sekunden steht kein Bild. Wir müssen sehr schnell sein, um etwas zu erfassen.

Die Kinder verhalten sich also ...

... normal, um nicht zu sagen geschickt. Wenn wir so weit denken würden, hätten wir kapiert, dass viele Verhaltensweisen, die als ADHS-Symptom gelten, im Grunde Fähigkeiten sind. Bloss solche, die uns stören. Habe ich nun eine Schulklasse mit zwanzig Kindern, dann fällt der Erwin oder die Eva auf, die da guckt, dort etwas macht und mit der Arbeit nicht vorankommt. Mache ich aber einen Projektunterricht, wo die Kinder ein Thema behandeln, das sie nach allen Seiten erforschen, wo sie rausgehen und Fachleute befragen, fällt ein solches Kind nicht auf. Da kann es seine Eloquenz und seine Neugier einbringen.

Unsere Umgebung ist oft hektisch und laut. Was, wenn Kleinkinder sich regelmässig an solchen Orten aufhalten?

Kommen verschiedene Faktoren zusammen, haben wir irgendwann Verhaltensweisen, die als Problem wahrgenommen werden. Dann nimmt man es am Kind wahr. Das wird behandelt. Statt dass man die Familie oder die Schule berät. Wir haben heute eine halbe Million Schriften zu ADHS. Das überblickt niemand mehr. Nur 10 000 davon beschäftigen sich mit dem psychosozialen Umfeld der Kinder. Und davon beschreiben bloss 10 Studien familientherapeutische Ansätze. Der Fokus auf die Medikamente ist erdrückend dominant.

Georg Feuser

Der Wissenschaftler wuchs im Schwarzwald in einem Dorf auf. Er brachte sich am Ende des Krieges, weil es keine Schulen gab, mit Dostojewski das Lesen selber bei. In den Romanen des russischen Schriftstellers stiess er auf arme Leute, auf kranke Leute, und das faszinierte ihn. «Bei uns im Dorf gab es einen Dorfdeppen, einen geistig Behinderten. Das war mein Freund.» Später arbeitete Feuser in der ersten Schule für geistig Behinderte, die es in der Bundesrepublik Deutschland gab. Er baute selber Schulen auf, war Schulleiter und Sonderschul-Rektor.

Georg Feuser hat zunächst Medizin studiert, er wurde Kinder- und Jugendpsychiater und führte über dreissig Jahre eine eigene Praxis. Zu seinen Patienten gehörten vor allem Kinder und Jugendliche mit schwersten Entwicklungsstörungen, auch solche, die als autistisch galten. Ausserdem ist Feuser studierter Pädagoge, er war rund zwanzig Jahre lang Professor an der Universität Bremen mit Fachgebiet Behindertenpädagogik. Seit vier Jahren ist der nunmehr 68-Jährige Gastprofessor an der Universität Zürich. (dn)

Es ist eben schwierig, den Lebensstil einer ganzen Gesellschaft zu ändern.

Ja. Und umgekehrt könnte man sagen: Es kommt uns offenbar nicht darauf an, ob dabei ein paar Kinder hopsgehen, psychisch und seelisch. Und die Schule stellt sich auch nicht um. Wie kann ich heute noch einen Unterricht machen wie vor hundert Jahren mit Stillsitzen und Zuhören?

Ich dachte, Frontalunterricht gibt es nicht mehr?

Doch, doch. Es gibt sicher Ansätze zu Team- und Projektunterricht. Aber das sind Ausnahmen. Allein, dass man unbeirrt am Stundentakt festhält: von 8 bis 9 Uhr Mathematik, von 9 bis 10 Englisch, von 10 bis 11 Deutsch. Was soll das Ganze?

Wie müsste es sein?

Dass der Lehrer oder die Lehrerin eine Fragestellung nimmt, zum Beispiel ADHS. «Warum gibt es Kinder, die so sind? Jetzt erforschen wir das.» Da ist Geschichte drin, wer war Heinrich Hoffmann, der den «Struwwelpeter» schrieb? Man kann zu den Neurowissenschaftlern gehen, zu den Pharmakologen und fragen: Was ist in einer Tablette Ritalin drin? Da haben wir Chemie. Das kann ich in Englisch oder Französisch oder Deutsch machen. Da muss gewogen, gemessen, gezählt und geteilt werden, da ist Mathe drin. Also wie an der Universität geforscht oder im Betrieb Produkte entwickelt werden.

Meinen Sie, da sitzt einer und denkt das am Schreibtisch aus? Da gibt es Innovationsgruppen. Nur die Schule meint noch: «Hier, du allein, und wenn es eine Prüfung gibt, dann darfst du nicht zum Nachbarn schielen.» Anstatt dass man sagt: «Diskutiert, wie man das lösen kann.» Wenn ich mit Managern rede, habe ich weniger Probleme, verstanden zu werden, als wenn ich bei einer Lehrerfortbildung bin. Die kapierten, was sich ändern muss, damit wir Menschen kriegen, die in die Lage versetzt werden, die heutigen komplexen Probleme überhaupt noch denken zu können. Was für uns Sinn macht, lernen wir besser. Wenn wir bloss auf die nächste Prüfung büffeln, verpufft alles. Und jetzt kommen die ganzen Bildungsstandards: Die Kinder werden im vierten und im sechsten Schuljahr überprüft. Da ist schon wieder dieser Irrsinn. Dass man glaubt, jedes Kind könne in einer bestimmten Zeit unter bestimmten Vorgaben zu einem bestimmten Lernergebnis kommen. Was passiert mit den Kindern, die da durchfallen? Die Schweiz schafft sich eine Masse neuer Behinderter.

Seit kurzem werden Sonderklassen aufgelöst und die schwachen und auffälligen Schüler in die Regelklassen integriert. Gibt es erste Befunde?

Weltweit ist die Integration bestens erforscht. Sie bringt durchwegs positive Ergebnisse. Hierzulande ist man von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich weit. Es ist schwierig, etwas Allgemeines zu sagen. Teilweise gibt es unvernünftige Versuche.

Woran denken Sie?

Man spricht von der «integrativen Sonderschulung». Das heisst, ein Kind, das früher in die Sonderschule ging, darf in die Regelschule. Für einige Stunden kommt eine Heilpädagogin. Das läuft so ab: Wenn die Pädagogin da ist, darf das Kind rein, und wenn sie nicht da ist, darf es nicht rein. Oder die Lehrerin sagt zur Heilpädagogin: «Geh mal mit dem Lukas raus, und übe mit ihm dieses und jenes.» Das hat mit Integration nichts zu tun. Das Kind wird wieder stigmatisiert. Wahre Integration kommt allen zugute, nicht nur den Behinderten.

«Was passiert mit denen, die durchfallen? Die Schweiz schafft sich eine Masse Behinderter.»

dagogin da ist, darf das Kind rein, und wenn sie nicht da ist, darf es nicht rein. Oder die Lehrerin sagt zur Heilpädagogin: «Geh mal mit dem Lukas raus, und übe mit ihm dieses und jenes.» Das hat mit Integration nichts zu tun. Das Kind wird wieder stigmatisiert. Wahre Integration kommt allen zugute, nicht nur den Behinderten.

Inwiefern?

Wenn wir etwas neu lernen und das jemandem erzählen wollen, merken wir oft: «Oh, im Kopf ist es mir klar, aber ich kann es nicht weitergeben.» Die Kinder arbeiten nun in

Gruppen, und der gute Schüler muss das Gelernte einem ehemaligen Sonderschüler erklären. Wie war das nun genau? Er muss die Sache selbst erst total verstanden haben. Das festigt sein Wissen.

Mir fällt auf, wie brav die meisten Kinder sind: Sie müssen im Bus stillsitzen und ruhig sein, im Café ruhig sein, im Coop, selbst auf dem Spielplatz gibt es Mütter, die rufen: «Nicht so laut!» Ist ein Kind normal wild und normal laut, schaut man komisch.

Das ist so. Heute meint man, weil es gewisse Restriktionen von früher – den Stock in der Schule – nicht mehr gibt, hätten die Kinder alle Freiheiten. Das stimmt nicht. Sehen Sie bloss, wie wir Freiplätze zubetonieren. Die Kinder können nichts mehr aufbuddeln. Wir konnten noch auf der Strasse Wassergräben absperren und Überschwemmungen machen. Wo geht das noch? Das Wasser versickert im Gully, und weg ist es. Unsere moderne Welt ist kinderfeindlich. Schon Anfang der neunziger Jahre gab es Studien, wonach ein Grundschulkind in der Woche mehr Stunden fernguckt, als es in der Schule sitzt. Und dass von dem, was es sieht, mehr als 80 Prozent Gewalt ist. Ich bin kein Fernsehgegner, aber suchen Sie mal im Fernsehen etwas, wo's nicht gerade brennt, wo nicht Autos kollidieren oder sonst wie Gewalt angewendet wird. ○

		Für viel Spezielles.			
				Für täglich Frisches.	
	Für die beliebtesten Markenartikel.				
		Für alles an einem Ort.	<p>Für mich und dich.</p>		

Nabel des Widerspruchs

Von Daniele Muscionico

Ist sie nicht süß? Ein Kind aus Sommer-sonne, Dünengras und Salzkristallen. Ein Lichtblick in Pastell, tugendsam geknöpft in keusche Baumwolle – die Erstaunliches freilegt: Unterm Spitzenbesatz kugelt sich ein Widerspruch; diese Jungmädchennatur ist längst keine unberührte mehr.

Das muss wohl so sein, denn das bauchfreie Model, das hier den Sommer begrüsst, wurde fotografiert von Juergen Teller. Das bayrische Fotowunder in London ist bekannt dafür, den Grunge ins Bild gesetzt zu haben, den Schmutzdelook und seine Ikone Kate Moss. Teller, Vorreiter des *raw look*, kümmerte sich nicht um kosmetische Perfektion, sondern darum, möglichst viel (arrangiertes) Gefühlschaos und (organisierte) Persönlichkeitsschwächen in ein Bild zu bringen. Er war der Fotograf der Generation X, und keiner hat ihre Perspektivlosigkeit so sexy inszeniert wie er.

Auch der weibliche Flugsand auf diesem Bild, eine Mittelklasse-Kate-Moss-Klonin, ergänzt den Katalog seiner lüstern-apathischen Feen. Im Übrigen ist sie das Ergebnis der Freundschaft zwischen dem Fotografen und dem Designer Marc Jacobs; zwei Künstler, die Erfolg haben, indem sie die gebrochene Schönheit zelebrieren. Tatsächlich ist Marc Jacobs, unberechenbar, genial, exzessiv, der herausragende Designer dieses Jahrzehnts. Für Louis Vuitton kooperiert er mit dem japanischen Künstler Takashi Murakami, er bezieht sich auf Designer wie Yohji Yamamoto und den Belgier Martin Margiela. In seinen Entwürfen spiegeln sich New York, Paris und Japan, Kunst, Musik und das Internet.

Mehr als ein Jahrzehnt arbeitet Juergen Teller mit Marc Jacobs für die Anzeigekampagnen des Modedesigners, und er steckt dafür schon mal Victoria Beckham mit gespreizten Beinen in eine zerknitterte Einkaufstasche. Oder fotografiert den Shopaholic Winona Ryder, kurz nachdem sie wegen Ladendiebstahls verhaftet wurde, umzingelt von Einkaufsstützen – von Marc Jacobs, natürlich.

Jacobs by Teller, die ganze Geschichte versammelt nun ein Bildband, der auch eine Desillusion festhält: Mr Teller und die Schauspielerin Charlotte Rampling, nackt und lasziv in einer Luxussuite sich kugelnd – damit beschäftigt, sich mit Kaviar einzucremen. Einübung auf den Sommer?

Doch man soll die grosse Rampling nicht tadeln: Immerhin lässt sie ihn beim Badengehn nicht ihren Nabel sehn.

Juergen Teller: Marc Jacobs Advertising 1998–2009. Steidl, 2009



Apathische Mittelklasse-Kate-Moss-Klonin: in Szene gesetzt von Grunge-Fotograf Juergen Teller.



Aus dem Tiefschlaf in die Charts

V. V. Brown ist das neue It-Girl des britischen Pop. Seit sie sich nicht mehr nur von Schlaftabletten ernährt.



Schönheit und Talent: Musikerin Brown.

V. V. Brown — Als Fünfjährige klimperte sie selbst komponierte Lieder auf dem Klavier, organisierte auf dem Spielplatz Hip-Hop-Wettbewerbe und sang im Gospelchor der örtlichen Kirche. Irgendwie ungeordnet verliefen auch die folgenden Jahre der Sängerin und Songwriterin V. V. Brown. Einen Studienplatz in Oxford schlug sie aus, um Karriere in L. A. zu machen. Die Ansicht der Musikindustrie, wonach R&B-Interpretinnen nur halbnackt und mit viel Bling-Bling zu vermarkten seien, teilte sie nicht und wurde konsequent ignoriert. Dem Scheitern folgte der Tiefschlaf: «Ich stand auf, ass etwas, nahm eine Schlaftablette, schlief zwölf Stunden lang, stand auf und nahm eine

neue Schlaftablette.» So vergingen Monate. Sie brauchte keinen Arzt. Sie diagnostizierte sich selbst: schwere Depression. Mit dem Erlös aus dem Verkauf ihres Keyboards bezahlte sie das Rückflugticket nach London. Dort liebt das Musikbusinessschräge Lebensgeschichten, Schönheit und Talent. Innerhalb einer Woche schrieb die 25-Jährige ihr Album «Travelling Like the Lights», Wochen später wurde sie vom selben Label unter Vertrag genommen, das Amy Winehouse und Lionel Richie gross gemacht hat. Ihr Debütalbum erscheint am 20. Juli. Goldene Leggings und knappe Oberteile trägt das neue «It-Girl des britischen Pop» (*The Observer*) übrigens freiwillig. (*fkm*)

Shawne Borer-Fielding — Ist die «ehemalige Miss Texas» (Eigenwerbung) gar keine? Seit ihrer Hochzeit mit dem damaligen Schweizer Botschafter in Berlin Thomas Borer schwirrt «The Shawne» durch die eidgenössischen Klatschspalten. Am hohen Promi-Faktor Schaden nehmen konnten weder die Ankunft eines Kindes noch der Abgang ihres Gatten ins Private. Shawne war viel zu schön, zu extrovertiert – und immerhin war sie halt eben auch Miss Texas. Oder



Wer ist Miss Texas? «The Shawne»

doch nicht? Wie das Internetportal Klatschheftli.ch nun publik machte, ist der Name Fielding im Archiv der texanischen Miss-Wahlen «weit und breit nicht zu finden». Demnach soll sie weder Miss Dallas 1992 noch Miss Texas 1994 noch im gleichen Jahr Zweite der Miss-USA-Wahlen geworden sein. Einen Grund, den stets munteren und mit gutem Geschmack gesegneten Klatschheftli-Schreibern nicht zu glauben, haben wir nicht. Dafür sind ihre Urteile über unseren Kolumnisten MvH oder Chefredaktor Roger Köppel immer viel zu präzise. (*aku*)

Jennifer Aniston — Die Schauspielerin, auch als eine der berühmtesten verlassenen Ehefrauen bekannt, hat sich bei einer Preisverleihung in Los Angeles selbstironisch zu den seltsamen Parallelen zwischen ihrem Beziehungspech und ihren Filmen geäußert. Nach «Entgleist», «Trennung mit Hindernissen» und «Er steht einfach nicht auf dich» würde sie nun lieber für einen Film mit dem Titel «Ewige Liebe mit einem reifen und stabilen Mann» verpflichtet werden. Die 40-jährige Exfrau von Brad Pitt, von der es heisst, sie vergaule neue Liebhaber schnell mit ihrem noch unerfüllten Kinderwunsch, erntete viel Sympathie. Wie schön, die ewig Verlassene gibt

nicht auf. Doch dann dachte manch einer vielleicht auch an Anistons vorletzten Film «Marley & ich», dessen Handlung darin besteht, dass Owen Wilson mitspielt und dass man dieser Frau keinen Hund anvertrauen kann. Jedenfalls versucht Labrador Marley 120 Minuten lang, vor der Schauspielerin wegzurennen, während sie ihn permanent an einer viel zu kurzen Leine hält. Ob das wohl ein gutes Zeichen ist? (*dom*)

Marcel Reich-Ranicki — Der Literaturpapst hatte DRS 3 die Zusage gegeben, für ein Interview in einer Gesprächssendung zur Verfügung zu stehen. Allerdings bat er, man möge die Spesenvorschriften grosszügig auslegen, obwohl das Interview bei Reich-Ranicki und nicht in der Schweiz stattgefunden hätte. Plötzlich zog Reich-Ranicki seine Zusage zurück, unter 1500 Euro gebe er keine Interviews und ausserdem gehe er viel lieber ins Fernsehen, wer höre denn noch Rundfunk. Wir erin-



«Blödsinn»: Literaturkritiker Reich-Ranicki.

nern uns: 2008 lehnte er den Deutschen Fernsehpreis für sein Lebenswerk ab, wegen des «Blödsinns», den er da zu sehen kriege. (*das*)

Frisco-Rakete — Als der erste Mensch den Mond betrat, feierte die Schweizer Glacefabrik Frisco dies mit einer Neulancierung, die in der Zwischenzeit Kultstatus erlangte: Mit der «Rakete», einem weiss-orangen Wassereis am Stiel, verbinden Generationen von Erwachsenen endlose Sommertage in der Badi. Der verzehrbare Flugkörper entwickelte sich zum erfolgreichsten Frisco-Produkt. Während die Apollo 11 längst fluguntauglich ist, dauert der Höhenflug der Schweizer Rakete an: Acht Millionen Stück werden pro Saison verkauft. (*fkm*)



Mein Eichhörnchen

Unser Kolumnist verbringt ein Männerwochenende. Wieder zu Hause, soll er Prügel bekommen.
Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in Le Mans, die «24 Heures» fanden statt in der Stadt im Nordwesten Frankreichs. Ich war Gast von Jaeger-LeCoultre, einer Uhrenfirma, die mit Aston Martin Racing verbunden ist. Die drei Autos dieses Teams, die das Langstreckenrennen fahren, haben Benzinmotoren (es ist nicht so, dass MvH jetzt über Technik schreiben will, aber diese Angabe ist wichtig zum tieferen Verständnis dieser Spalte). Das heisst, die Aston Martin hatten im Grunde keine guten Aussichten, gegen die schnelleren Dieselmotoren von Peugeot und Audi zu gewinnen. Ihr Kolumnist war also auf der Seite des Underdogs – das ist okay für einmal, *isn't it?*

Autorennen seien eine glanzvolle Sache, meinen viele. Sogar MvH, nebenbei, fühlt irgendwie so (deshalb geht er immer wieder hin). Aber eigentlich sind es Sportanlässe, an denen man dem Wetter ausgeliefert ist (es war sehr warm tagsüber) und an denen die Mehrheit der Zuschauer Männer sind, die schlecht gekleidet sind und viel Alkohol trinken. Bei den 24 Heures du Mans kommt dazu, dass das Rennen lange dauert, 24 Stunden nämlich. (Fast banal, ich weiss, aber ich musste es einfach schreiben – ich war recht lange dort.)

Als Aficionado verlässt man das Stück Land um die Rennbahn zu keiner Zeit, sondern stellt ein Zelt auf (und baut davor aus ausge-trunkenen Bierflaschen einen Turm, eine Pyramide oder sonst ein hohes Gefüge... was man halt so mag als Mann). Daneben parkt man sein Auto, und es sind interessante Wagen, die dann herumstehen – Porsches, Bentleys, ein

paar Maseratis, Lamborghinis, Ferraris... Marken also, die man sonst eher nicht den *campeurs* zuordnet (ausser vielleicht sogenannten Mitgliedern einer fahrenden Minderheit, MefM).

MvH, zum Glück, hatte ein Zimmer im «Château des Sept Tours», einem zum Hotel umgebauten Schloss, *très chic*, bloss zirka 80 Kilometer weit weg. Die Fahrt von und zu der Rennstrecke hätte ungefähr eine Stunde gedauert, falls der Verkehr weniger zähfließend gewesen wäre. Am Samstagmittag (Start des Rennens um 15.00 Uhr) schickte man einen weissen Eurocopter AS 350, um die Anreise zu verkürzen (in Schwarz gefällt mir dieses Modell, das sie «Eichhörnchen» nennen, irgendwie besser, doch das ist eine Kleinigkeit). Neben der Rennbahn, die sonst eine gewöhnliche Strasse ist, aus einem Hubschrauber zu steigen, macht grossen Spass, übrigens.

Das Rennen an sich war ebenfalls ziemlich aufregend. Weil im Gesamten 55 Autos starteten in vier Klassen, gab es fast immer etwas zu sehen. Nicht nur ungefähr alle 3 Minuten 15 oder so, wenn die Schnellsten durchfahren (Länge der Strecke: 13,5 Kilometer. Höchster Schnitt: 246 km/h). Gewonnen hat ein Auto von Peugeot, vor einem anderen Peugeot und einem Audi (Wagen mit Dieselmotoren waren fast fünf Sekunden schneller je Runde). «Wir» kamen mit unserem besten Aston auf Platz vier (ein wenig Hingabe für den Gastgeber geht, oder?), waren das schnellste Auto mit Benzinmotor immerhin.

Retour in Zürich, hatte ich einen kleinen Auftritt im «Kaufleuten»: «Ein (und nur ein) Abend mit MvH und seinen Gaststars». Die 200 oder so Plätze des Festsals waren besetzt, es gab sogar Zuschauer, die stehen mussten. Das lag vermutlich an meiner Vorleserin Elena «the redhead» Bernasconi sowie meinem Moderator Marc Jäggi (Radio 1). Und ein wenig an Carl Hirschmann vielleicht, einem Nachtclubbetreiber, der zum ersten Mal Stand-up-Comedy machen wollte. (Ich lud ihn als Gast ein, er aber sagte, er käme nur als Star – ich nahm ihn als Gaststar, da ist MvH easy.)

Carl redete (auf einem Hocker sitzend, zum Teil von einem Blatt ablesend) seine 15 Minuten lang über mich, was ich gut fand. Er imitierte meinen Berner Dialekt mit Können; er meinte z. B., dass einer, der aus Bern-Bümpliz sei, keine Stil- («Stiu»-)Kritik machen dürfe oder dass ein Autor, der seine Bücher über seine Homepage (www.markvanhuissing.ch) anpreise und auf Wunsch Käufern in Handschrift widme, unmöglich viel verkaufen könne (da hat er einen Punkt, darum hat ein solcher Autor noch einen richtigen Vertrieb in Deutschland, Österreich und der Schweiz). «Anstatt Prügel ein Bombardement aus Wattedäuschchen», stand dann in 20 Minuten, «ein Satiriker, der sich selbst zensierte», im *Blick*.

Und Besucher, die mir schrieben, dachten, ich sei Carls Ghostwriter.

«Ein leicht gestufter Bubikopf steht allen Frauen»

Die Hamburger Hair-Stylistin und Unternehmerin Marlies Möller über *bad hair days*, die häufigsten Fehler beim Frisieren und darüber, ob tägliches Haarewaschen gut ist oder nicht.



«Man fühlt sich mit frisch gewaschenen Haaren einfach besser»: Friseurin Möller.

Gibt es eine Frisur, die allen Frauen steht?

Ja. Meine Lieblingsfrisur ist der Bubikopf: vom Ohrläppchen bis zum Kinn leicht gestuft. Damit kann man nichts falsch machen. Der Schnitt ist variabel und das Styling einfach.

Wie finde ich heraus, welcher Schnitt und welche Farbe mir stehen? Sind diese Frisurentester, die es online gibt, aufschlussreich?

Eine Online-Beratung ist sicher hilfreich, ersetzt aber eine auf Haarqualität und individuelle Persönlichkeit abgestimmte Schnitt-, Farb- und Stylingberatung nicht. Dafür braucht man einen kompetenten Fachmann.

Welche Promifrisur ist im Moment die beliebteste?

Zurzeit gibt es mindestens drei bis vier Promis, die Trends setzen: Victoria Beckham, Katie Holmes, Pink, Rihanna. Alle

tragen das Haar höchstens bis zum Kinn und sehen lässig aus.

Welches sind die häufigsten Fehler beim Frisieren?

Zu steife Frisuren, die wie betoniert aussehen. Eine lange Wallemähne bei älteren Frauen. Wenn Mode und Hairstyling nicht zusammenpassen. Gummibandfrisuren, die keine Not-, sondern eine Dauerlösung sind.

Wieso hält meine mühselig gestylte Frisur nicht?

Weil wahrscheinlich der Schnitt nicht stimmt und damit die Basis fehlt. Auch falsche oder zu viel Pflege können der Grund sein. Jede Menge Stylingprodukte übereinander sind auch oft dafür verantwortlich, dass gar nichts mehr geht.

Welche Tricks können jene anwenden, die von ganz kurz auf länger umstellen und die Übergangszeit einigermaßen in Würde durchstehen wollen?

Immer erst das Deckhaar wachsen lassen und nur den Nacken und die Seiten kürzen lassen. Erst wenn Boblänge erreicht ist, alles insgesamt wachsen lassen. Wer nicht warten kann, hilft sich mit Extensions – ein Trend, der immer beliebter wird.

Pony: Pro und Contra?

Pro: bei feinem Haar, niedriger Stirn und sehr dünnem Haaransatz (damit werden die Schwächen verdeckt). Contra: bei klassischen Frisuren und Lockenköpfen.

Darf man die Haare jeden Tag waschen?

Klar darf man das, die meisten Frauen tun das ohnehin. Man fühlt sich mit frisch gewaschenen Haaren einfach besser. Wichtig ist, ein mildes Shampoo zu benutzen und möglichst vorher eine Zehn-Minuten-Pflege aufzutragen, dann hat man alles richtig gemacht.

Wie kriege ich mehr Volumen in die Haare?

Mit einem Trockenhaarschnitt, leicht unsichtbar gestuft. Das bringt in jedem Fall Fülle. Den Effekt sieht man bereits während des Schneidens. Volumenshampoo, -schaum und -pflege sind ein absolutes Muss, wenn man Fülle braucht. Auch ein guter Trick: die Haare kopfüber gegen den Strich föhnen. Wer die Haaransätze nach dem Föhnen am Ansatz leicht antoupiert, mit Spray fixiert, antrocknen lässt und danach nur in Form zupft, kann auch Fülle vortäuschen. Highlights, Strähnen und eine hellere Farbe geben mehr Struktur, Griffigkeit und damit Fülle.

Was tun, wenn die Haare am Ansatz nachfetten, in den Spitzen aber trocken sind?

Waschen, ruhig täglich. In die trockenen Spitzen eine zehn-Minuten-Pflege geben. Im trockenen Haar sieht man sehr gut, wo Zusatzpflege nötig ist.

Der ultimative Tipp bei einem *bad hair day* (ausser daheim bleiben)?

1. Schnell waschen und föhnen – zehn Minuten, die den Tag retten! 2. Haare kräftig durchbürsten, auf Klettwickler oder Bürsten rollen, mit Stylinglotion ansprühen, trocknen lassen und nach fünf bis zehn Minuten nur noch in Form zupfen. 3. Sich für einen *wet look* entscheiden und ein sorgfältiges Make-up auftragen, d.h. Mund und Augen betonen. Mit Ohringen bekommt der *wet look* noch einen zusätzlichen Kick.

Die Fragen stellte Katrin Roth.

Glamour für den Schatten

Von Jürg Zbinden

«Hei, wir tummeln uns im Wasser / Wie die Fischlein, das ist fein / Und nur deine kleine Schwester / Ach, die traut sich nicht hinein / Pack die Badehose ein ...» Der Schlagertext klingt ein wenig altbacken, aber «Pack die Badehose ein» von Cornelia Froboess ist ein Ohrwurm geblieben. In den fünfziger Jahren hielt sich Lieschen Müller selbst im Freibad möglichst bedeckt. Heute stöckeln Lindsay Lohan, Paris Hilton und Konsorten mit weniger am Leib in die Luxusboutique. 2009 sagt man nicht mehr «Bademode», sondern Beach- oder Swimwear und zeigt multiples Piercing und Tribal-Tattoos. Wir fürchten die wilden Rothäute und zeigen drum Glamour für den Schatten.

1 — Von kantiger Eleganz ist diese Prada-Herrensonnenbrille. Sie kostet Fr. 370.–. Im Fachhandel erhältlich, zum Beispiel bei Koch Optik, Bahnhofstr. 11, Zürich.

2 — Der Sonnenuntergang, in natura ein magisches Ereignis, ist als Postkarte, Siebziger-Jahre-Fototapete oder Trödelgemälde billiger Kitsch. Wenn er das Gemächt eines Schwimmers illuminiert, ist es kleidsame Ironie. Die Badeshorts von Diesel kosten Fr. 155.–. Diesel Store, Bahnhofstr. 48, Zürich.

3 — «It's a W-ö-r-s-e-i-s-s!», verkündet die Nackttänzerin Nomi im besten schlechten Film aller Zeiten, in «Showgirls» (Regie: Paul Verhoeven), als sie ein sündteures Kleid von Versace erstanden hat. Auch diese Sonnenbrille ist eine Versace. Zu kaufen für Fr. 393.–. Versace führen etwa Visilab, Bahnhofplatz 15, Zürich, oder Burri Optik, Uraniastr. 22, Zürich.

4 — Frauen, die kein Bleichgesicht tolerieren, sollten die UV-Strahlen dennoch meiden und sich mit «Bronze Goddess» von Estée Lauder zur Bronzegöttin salben. Die Kollektion für den Sommer 2009 umfasst Make-up, Duft- und Hautpflegeprodukte. Der Decadent Moisture Tan Enhancer for Body (150 ml) kostet Fr. 38.–. Abends aufgetragen, beugt er dem Verlust der erworbenen Sonnenbräune vor. Hände nach dem Auftragen waschen!

5 — Der Bikini: Im Laufe der Jahre ist er immer knapper geworden, zum Wohlgefallen vieler Bewunderer. Der beige-braune Schnürbikini ist gnadenlos und verzeiht seiner Trägerin kein einziges Kilo Hüftgold. Er kostet Fr. 149.– und ist von Diesel, Bahnhofstr. 48, Zürich.

1



2



3



4



5





Auto

Das Gesetz der Überholspur

Die winzige Supersportwagen-Schmiede Koenigsegg soll Saab übernehmen. Wie kann das funktionieren? *Von Ulf Poschardt*

Im krisengeschüttelten Kapitalismus diktiert das Gesetz der Überholspur das Geschehen. Was, wenn nicht die Legitimation der sportlichen Überlegenheit, lässt Anleger daran glauben, dass Porsche einen Autogiganten wie VW einfach schlucken könne. Vergangene Woche kündigte sich ein noch kurioserer Deal an: Koenigsegg übernimmt Saab. Koenigsegg ist eine winzige, hochexklusive Supersportwagen-Schmiede aus Ängelholm in Schweden – mit einem (!) Verkaufsbüro in Dubai.

Wären die aktuellen Saab-Modelle gebotoxt Opel Vectra mit Tradition, will der Selfmade-

Man Christian von Koenigsegg aus Saab eine exklusive Marke machen und dafür die Produktion um bis zur Hälfte drosseln: auf geschätzte 70 000 Stück. Koenigsegg dürfte dies dennoch herausfordern, produzierte seine Firma doch bisher maximal 17 Fludern pro Jahr. In Schweden mischen sich in den Reaktionen Unglauben, Freude und ein Hauch Skepsis. So unbeliebt die US-Eigner von General Motors auch gewesen sein mochten, so eindeutig war ihre Expertise bei der Herstellung von Volumenmodellen. Jetzt verfolgt der denkbar elitärste Eigner einen neuen Kurs: Das wäre so, als ob Ikea von Herzog & de Meuron oder H&M von Victor & Rolf übernommen würde.

Die Koenigsegg-Supersportwagen sind hysterische Rennfahrzeuge mit Strassenzulassung, die zuerst über den Eintrag im Guinness-Buch der Rekorde berühmt wurden, bevor sie auf der Strasse gesehen wurden: als schnellste Serienfahrzeuge der Welt.

Bei der Gumball-Rallye 2003 soll ein Koenigsegg CCR mit 389 km/h geblitzt worden sein, wo nur 75 Meilen pro Stunde erlaubt waren. Im Film zu dieser Gumball-Rallye ist dazu

wenig zu sehen. Was in dem Film aber zu sehen war, sind die unzähligen Reparaturen und Unzulänglichkeiten, mit denen der CCR seinen jungen, stolzen Besitzer zum ständigen Kontakt mit den Mechanikern nötigte – und das bei einer Fahrt durch die mitunter gottverlassensten Gegenden der USA. Der Film wurde nicht gerade zur Werbung für den Koenigsegg. Und auch der Auftritt in *Top Gear* hatte einen glücklichen Anfang und kein Happy End. Auto-Genius Jeremy Clarkson entdeckte im Koenigsegg den einzigen Ersatz für ein Nikotinpflaster, weil er mit dem Qualm der Räder seine Zigarettensucht kompensieren konnte. Im Wageninneren musste er in die Kamera schreien, so laut krachte der Achtzylinder. Als der Koenigsegg schliesslich von Stig, dem anonymen Rennfahrer, über die Teststrecke gejagt wurde, konnte das Ergebnis nicht überzeugen: Nicht einmal in die Top Ten der Sportwagen drang der Koenigsegg vor. Beim zweiten Versuch flog der Koenigsegg sogar von der Strecke, was in der BBC-Sendung mit der rituellen Rennrunde noch nie passiert war. Die 806 PS sind schwer zu kontrollieren, und nicht einmal in Deutschland fährt man 395 km/h auf der Autobahn. Wenn die Saab aber schneller und aufregender werden, wenn würde das nicht freuen?

Ulf Poschardt ist stellvertretender Chefredaktor der *Welt am Sonntag* in Berlin.

Koenigsegg CCR

Hubraum: 4700 ccm, Leistung: 806 PS
Höchstgeschwindigkeit: 395 km/h
Preis: 531350 Euro



Vom Filet lernen

Die «Bärengasse» im Herzen Zürichs serviert ausgezeichnetes Rindfleisch. Es gibt nur ein Aber. *Von David Schnapp*

Das auch in diesem Blatt schon gelobte Restaurant «Bärengasse» am Zürcher Paradeplatz schien mir die richtige Wahl, um meinen Vater zum Mittagessen zu treffen. Wir hatten reserviert und waren pünktlich da. Obwohl alles frei war, wollte uns der Kellner am einzigen Tisch platzieren, der noch nicht gedeckt war. Man solle doch an der Bar schon mal etwas trinken. Restaurant-Manager Nicolas Maeder rettete seinen Angestellten und liess uns den Tisch wählen. Leider schaffte es der Service auch danach nicht auf das Niveau des kulinarischen Angebotes, dazu aber später.

Die «Bärengasse» lebt von Dieter Meiers Bio-Rindfleisch aus Argentinien. Tatar, Roastbeef, Entrecôte und Filet bilden das Rückgrat der Speisekarte. Wer hier Kalbsgeschnetzeltes oder Fisch bestellt, wird zwar auch nicht enttäuscht, ist aber irgendwie selber schuld. Wir wählen Filet, das in vier Grössen von 120 bis 400 Gramm angeboten wird.

Langsam füllt sich das Restaurant im Herzen des Zürcher Finanzplatzes. Eine interessante Mischung aus Bankern, Neureichen und

Durchschnittsbürgern nimmt Platz. Unglücklicherweise scheint die noble Umgebung auf das Servicepersonal abzufärben, das mit einer feinen Arroganz auftritt, die es sich eigentlich nicht leisten kann. Auf die Frage nach einem Apéritif verkündet der Kellner, man habe «alles», kann dann aber weder einen Punt e Mes (italienischer Bitter) noch einen trockenen Sherry anbieten. Ich bestelle ein zweites Cola Zero, bekomme «light» und werde dann belehrt, ich hätte das schliesslich bestellt.

Wieder naht Rettung, diesmal in Form der Rinderfilets. Sie sind wunderbar gebraten und von einmaliger Beschaffenheit. Die argentinische Grillsauce «Chimichurri» auf Kräuter-Öl-Basis ist ebenfalls eine Wucht, und auch über die Beilagen (Spinat und Kartoffelgratin) lässt sich nur Gutes sagen.

Wenn das Servicepersonal der «Bärengasse» von seinem Rindfleisch etwas lernen würde, dann wäre das Restaurant ein sehr schöner Ort für ein Mittagessen.

Restaurant Bärengasse. Bahnhofstrasse 25/Bärengasse, 8001 Zürich. Tel. 044 210 08 08. Sonntags geschlossen.



Rettung naht: Dieter Meier, Nicolas Maeder und Patrik Bruderer in der «Bärengasse».

Carpe diem

Von Peter Rüedi



Eine Kolumne wie diese ist ein Glück für einen wie mich. Ich habe einen Hang zur Gewohnheit. Vornehmer gesagt: zum Ritual. Bin ich in einer fremden Stadt (wenn ich mich denn mal überhaupt auf einen Ausbruch aus meiner Tessiner Landeierei einlasse), neige ich dazu, bei der Bar und Beiz zu bleiben, in die es mich am ersten Abend verschlägt. Nicht gerade unter Missachtung aller Qualitätskriterien, aber fast. Da ist denn eine Aufgabe ein Segen, die mich fast wöchentlich zur Überwindung der Schwerkraft und ins Unbekannte zwingt. Da habe ich mich also in den australischen Busch geschlagen, fabelhaft kühlen Riesling von Isolation Ridge getrunken, grossartige Sauvignons aus Oregon, unübertreffliche Chardonnays aus Meursault, was weiss ich, den Horizont erweitert. Und jetzt stehen da zwei Kartons von Pierre-Luc Leyvraz' St-Saphorin «Les Blassinges», und es ist beim ersten Schluck wie die Rückkehr dorthin, wo alle den Dialekt meiner Kindheit sprechen. Chasselas, auch wenn er so aussergewöhnlich ist wie dieser, ist *coming home*. Man muss sich richtig Mühe geben, um ihn als die Sensation wahrzunehmen, die er ist. Es ist der Wein fürs Kind- und Totenbett und alle Jahr' und Tag' dazwischen.

Es ist ein Irrglauben, Schweizer Weissweine und zumal Chasselas müssten im Jahr weggeputzt werden, in welchem sie auf die Flasche kommen. Über den «Stern» im Glas, ohne den unsere Väter eine Flasche für missraten hielten, mokieren wir uns längst. Allein, wenn er denn aus lauter jugendlichem Übermut doch mal aufgeht (oder, technisch ausgedeutet, weil die malolaktische Gärung bei viel Ausgangssäure auch viel natürliches CO₂ produziert), wenn also ein Wein so aussergewöhnlich dynamisch, expressiv und mineralisch daherkommt wie dieser Saint-Saph des Jahrgangs 2008, ist er ja gerade so ein sprühendes Vergnügen. Wäre ja interessant, zu wissen, wie er sich entwickelt. Interessant, aber so hypothetisch wie die Frage nach dem Geschmack von zwei Monate altem täglichem Brot. Eine halbe Kiste ist, *carpe diem*, schon mal weg.

St-Saphorin Les Blassinges. Pierre-Luc Leyvraz. 12%.
Fr. 14.80 (www.leyvraz-vins.ch)

Belletristik

- 1 (1) **Donna Leon:** Das Mädchen seiner Träume (*Diogenes*)
- 2 (3) **Alex Capus:** Der König von Olten (*Knapp*)
- 3 (2) **Nicholas Sparks:** Für immer der Deine (*Heyne*)
- 4 (6) **Daniel Glattauer:** Alle sieben Wellen (*Zsolnay*)
- 5 (8) **Judith Hermann:** Alice (*Fischer*)
- 6 (4) **Michael Theurillat:** Sechseläuten (*Ullstein*)
- 7 (5) **Tess Gerritsen:** Grabkammer (*Limes*)
- 8 (-) **Ursula Priess:** Sturz durch alle Spiegel (*Ammann*)
- 9 (7) **Sarah Kuttner:** Mängelexemplar (*Fischer*)
- 10 (9) **Martin Suter:** Das Bonus-Geheimnis (*Diogenes*)

Sachbücher

- 1 (2) **Eckart von Hirschhausen:** Glück kommt selten allein ... (*Rowohlt*)
- 2 (1) **Nik Hartmann:** Über Stock und Stein (*Edition Fona*)
- 3 (-) **Domenico Silano, Patrick Maillard:** Silano – Der Jahrhundert-Postraub (*Salis*)
- 4 (5) **Mikael Krogerus, Roman Tschäppeler:** 50 Erfolgsmodelle (*Kein & Aber*)
- 5 (3) **Largo, Beglinger:** Schülerjahre (*Piper*)
- 6 (-) **Dietrich Grönemeyer:** Grönemeyers neues Hausbuch der Gesundheit (*Rowohlt*)
- 7 (4) **Rhonda Byrne:** Das Geheimnis (*Goldmann*)
- 8 (8) **Bernhard Moestl:** Shaolin (*Droemer Knaur*)
- 9 (6) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Brockhaus*)
- 10 (7) **Richard Precht:** Wer bin ich – und wenn ja, wie viele? (*Goldmann*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Media Control

Apropos: Literaturinstitut

Das Literaturinstitut Biel entlässt den ersten Jahrgang von eidgenössisch diplomierten Dichtern. Diese Nachricht konnte man am Dienstag dem Zürcher *Tages-Anzeiger* entnehmen. Der Artikel, der das Für und Wider einer solchen Autorenschule zu erörtern suchte, bot diverse Zeugen auf, darunter Guy Krneta. Der Berner Mundartschriftsteller wurde unter der Rubrik «Grundsätzliche Einwände» zitiert. «Schulen haben die Tendenz, Talente zu vernichten. Sie machen aus Originalen Kopien. Wer so eine Ausbildung machen will, soll nach Leipzig oder Berlin gehen und dort bleiben. Wir müssen nicht jeden Blödsinn aus Deutschland kopieren.» Hoppla. Da gibt aber einer Gas. Allerdings fiel dabei etwas unter den Tisch, sowohl beim kritischen Kronzeugen wie auch bei der *Tagi*-Journalistin: Die Idee für das Institut stammte, man höre und staune, von Guy Krneta. (*gut*)

Gott wohnt am Fjord

Der Norweger Jon Fosse ist der erfolgreichste Dramatiker Europas. Ein Besuch im Norden und ein unerwartet politisches Gespräch mit Bergens bekanntestem Sohn. Von *Daniele Muscionico*

Alles ist vollkommen: Der Regen, er strömt; das Zimmer, es ist kalt; das Bier, es ist warm; die Strasse, sie ist leer. Und der Mann mit dem Bier, der im Regen aus dem Fenster blickt, ist zufrieden. Um den Mund von Jon Fosse spielt ein Lächeln, als er – ohne Worte – die Journalistin in dem Lokal begrüsst, in dem auch die Bedienung so wortkarg ist wie gepökelter Lachs. Bergen, seine Heimatstadt, präsentiert sich ganz so wie in seinen Büchern oder Theaterstücken: der Norweger reserviert, die norwegische Metropole grosszügig ... mit Regen.

Auch Jon Fosse spricht üblicherweise nicht. Nicht öffentlich und schon gar nicht mit Journalisten. Er ist ein Schweiger, ein Zweifelgeist, ein Häretiker der Moderne. Damit hat er sich das Image eines nordischen Mystikers erworben. Fosse steht im Ruf eines wiedergeborenen Ibsen, der nichts anderes am liebsten tut, als in seinem Haus am Meer zu sitzen und zu schreiben. Und was er schreibt, gleicht einer Melodie und repetiert, variiert die immergleichen Elemente: ein Haus, ein Steg, ein Boot, die Zigarette, der namenlose Mann, die namenlose Frau, die Liebe, der Tod. Und, natürlich, der Regen. Fosses Dramen erzählen von den letzten Dingen. Oder sind schwermütige Parabeln über Befreiung und Schuld.

Damit hat er es geschafft, zu Europas erfolgreichstem Dramatiker zu avancieren. In mehr als zwanzig Ländern, selbst im Iran und in Japan, werden seine minimalistischen Dramen gespielt. Fosse, der dieses Jahr seinen fünfzigsten Geburtstag feiert, ist mittlerweile der Allvater der Bühne, und die Hoffnung ruht auf ihm, dass er uns ein Theater erschaffe, das mehr zu bieten habe als die Blut- und Sperma-Stücke der neuen englischen Dramatik. Denn er gibt uns, was dem gottlosen Publikum fehlt: Seine Stücke sind warme Strickjacken für eine kühle Zeit.

Jon Fosse, wann haben Sie zum letzten Mal Lachs gefischt?

Oh ... ja, das ist leider Jahre her. Weil ich das Wasser so mag, habe ich mir ein Hausboot gekauft. Doch jetzt sitze ich dort hauptsächlich im Wohnzimmer und fische kaum noch.

Aber die Legende besagt: Fosse ist der Dichter, der am liebsten an einem Fjord sitzt, schweigt, schreibt und Fische fängt.

Na ja, das Boot ist einfach zu gross, es verscheucht die Fische. Deshalb hab ich das Fischen aufgegeben. Aber es stimmt, ich habe noch immer eine kleine Hütte am Meer, in

einer sehr rauen, steinigen Landschaft, wo ich so oft wie möglich bin.

Ich frage Sie das, weil man sagt, dass Sie frei von Ehrgeiz seien. Tatsache ist: Der Mythos Fosse ist Teil Ihres Erfolgs. Und an dem Bild von Fosse als einem wortlosen Aussenseiter haben Sie selber kräftig mitgebaut.

Als junger Schriftsteller war ich tatsächlich sehr ehrgeizig, was meine Novellen und Essays betraf, ich wollte mich etablieren und Erfolg haben ...

... der Ihnen damals versagt blieb ...

... ja. Doch als dann die Arbeit für das Theater begann, geschah das ohne mein Zutun. Und es ist die reine Wahrheit, ich habe völlig ohne Ambitionen zugestimmt, mein erstes Stück zu schreiben. Ehrlich gesagt, ich brauchte als Familienvater ganz einfach das Geld und liess mich nur deshalb überreden. Dass ich heute als Dramatiker solchen Erfolg habe, überrascht mich selbst noch immer.

Ich glaube Ihnen nicht, dass Sie als Dramatiker ohne Ehrgeiz sind.

Das sollten Sie aber. Ich bin sicher, dass ich immer Gedichte und Prosa schreiben werde. Selbst wenn ich mit meinen Stücken vielleicht mehr erreiche. Ich habe kürzlich die kleine Erzählung «Schlaflos» veröffentlicht, und im Herbst erscheint eine kleine Kollektion von etwas, was ich «Songs» nenne, Gedichte. Es gibt bereits Vertonungen davon.

Sie sprechen nur von Ihrer lyrischen Arbeit, das Theater bleibt unerwähnt. Bedeutet es Ihnen so viel weniger? Spielen Sie mit dem Gedanken, damit aufzuhören?

Ja, ja, natürlich. Das ist eine Möglichkeit. Ich kann mit dem Theater sofort aufhören, denn ich folge meinem Schreiben. Und wenn das Schreiben fürs Theater vorbei ist, ist es vorbei. Es wird so passieren, wie es muss. Das entscheidet die Notwendigkeit und nicht mein Hirn. Vielleicht bin ich ja schon bald ein Liedermacher oder Lyriker.

Im Grunde sind Sie ein politischer Schriftsteller.

Stimmt, aber ich benutze eine literarische und keine politische Sprache. Wenn das ein Schriftsteller tut, verliert er seine Kraft, glaube ich. Das teile ich mit Adorno. Die Funktion von Literatur, vor allem von Theater, hat direkt mit Gesellschaft zu tun. Deshalb ist alles, was ich auf dem Theater sage, eine Art politisches Statement.

Ein konkretes politisches Statement bitte, nicht als Dichter, sondern als Bürger: Nor-



«In der Schweiz fühle ich mich nicht fremd»: Dramatiker Fosse.

wegen ist nicht in der EU, die Schweiz auch nicht. Ist das richtig?

An der ersten Abstimmung in Norwegen, 1972, waren die Linken, denen ich mich verbunden fühlte, gegen einen EU-Beitritt. An der zweiten Abstimmung, 1994, stimmte ich dafür aus dem Grund, weil die Kritik an der EU nationalistisch und reaktionär motiviert war. Heute glaube ich, dass Norwegen nicht beitreten sollte, denn es ist wichtig, die Unterschiede zwischen den Nationen und Kulturen lebendig zu erhalten. Nur ein kleines Beispiel: In Schweden und Norwegen kennt man den

Kautabak, und ich mag ihn, weil er mir als schwerem Raucher half – ich rauchte drei Päckchen am Tag –, damit aufzuhören. In der EU ist der Gebrauch verboten. Das ist doch Unsinn.

Was hat Sie, nun nicht als Raucher, sondern als Schriftsteller, politisiert?

Ich wuchs in den siebziger Jahren auf, als hier in Norwegen ein striktes literarisches Regime herrschte. Eine Art verrückte stalinistisch-sozialrealistische Doktrin. Es war wahnsinnig, und ich habe es gehasst! Mein Stil, den ich zu entwickeln begann, war eine direkte Reaktion darauf. Er war meine Form

von Widerstand. Meine erste Novelle 1983 war sozusagen postmodernistisch und politisch absolut inkorrekt. Niemand hat sie gelesen. Aber unsere Generation, beeinflusst von der Frankfurter Schule, Adorno, Marcuse, hat die norwegische Literatur in den achtziger Jahren ein Stückchen weiter in die Moderne gebracht. Ich habe früher alles von Adorno gelesen.

Was lesen Sie heute?

Komische Dinge wie wissenschaftliche Literatur über alte metrische Studien.

Wissen Sie eigentlich, dass man Sie im deutschen Sprachraum als Verzweiflungsvirtuosen wahrnimmt? Als einen, der in düsterem Ton düstere Dinge über das düstere Menschenleben sagt.

Aber es stimmt doch. Wir alle führen ein Leben ohne grosse Hoffnung. Auf eine bestimmte Weise ist das richtig. Das heisst aber nicht, dass ich mich in meinem Alltagsleben immer schlecht fühle.

Sie haben einmal gesagt, starke Literatur lehrt uns zu sterben, nicht zu leben.

Das ist eine gnostische Vision: Literatur lehrt Einsamkeit, die Dimensionen des eigenen Lebens und seiner Verbindung zu etwas, was höher und grösser ist als wir ... und das man vielleicht Gott nennen könnte, ja.

Eine Suche nach dem verlorenen Gott?

In meinem Buch «Gnostik essay» spreche ich von einer «negativen Mystik». In der Literatur kann das Göttliche sichtbar sein. Wir leben in einer Zeit nach den grossen Idealen, heute haben die Ideale ihre Überzeugungskraft verloren. Meine Stücke reflektieren diese Lebensbedingungen, obwohl ich nicht glaube, dass die Kraft der Texte alleine aus ihrer Entstehungszeit herrührt. Man kann vielleicht etwas in ihnen fühlen. Ich kann nicht sagen, was es ist. Vielleicht hat es mit einer vagen Ahnung von Religiosität zu tun. Unser Leben ist jedenfalls grösser als unsere Vorstellung davon.

Der Sinn des Lebens ist es, die Endlichkeit und den Tod akzeptieren zu lernen?

Nein, der Sinn des Lebens ist es, das Leben zu einem möglichst guten Platz zu machen.

Der Sinn der Kunst ist es, sterben zu lernen.

Die Schweiz hat sich in der Sterbehilfe besonders hervorgetan, und wir bleiben wie Norwegen, zumindest vorerst, auch der EU fern, und es regnet auch hier oft: Könnten Sie sich vorstellen, in der Schweiz zu leben?

Ja, das könnte ich. Denn in der Schweiz fühle ich mich nicht fremd, weniger fremd als in England oder Frankreich zum Beispiel. Und ich mag Zürich, ich mag die Stadt, auch weil ich dort die heftigsten Wetttrinken meines Lebens hatte. Mit Christoph Marthaler, er gewann immer.

Jon Fosse: Schlaflos. Rowohlt, 2008. 96 S., Fr. 27.30

Monster im Werden

Von Peter Rüedi

Das Brecht wenig vom Eigentum hielt, gehört inzwischen zur Allgemeinbildung wie seine berühmte (und höchst aktuelle) Frage: «Was ist ein Bankraub gegen die Gründung einer Bank?» Dementsprechend wenig hielt er von geistigem Eigentum, ob der Urheberrechtsstreitigkeiten, mit denen die Erben während Jahrzehnten einen kreativen Umgang mit seinem Werk blockierten, muss er im Grab rotiert haben. Die Piraterie, die heute im Internet tobt, hätte sich allerdings auch BB nie träumen lassen. Sie hat die Tonträgerbranche fast ruiniert und in dieser selbst die Sitten geradezu lasziv gelockert. Was uns in schwer auflösbare Dilemmas stürzt.

Natürlich ist das Urheberrecht lebender Künstler und Produzenten zu schützen. Was aber, wenn vor allem Letztere ihre Backlists vernachlässigen und Kostbarkeiten im Archiv vermodern lassen? Da lobt man sich denn doch die, welche Antiquitäten handstreichartig zugänglich machen, wie auch immer. So dreist die an irgendwelchen Offshore-Adressen domizilierten Halb- oder Ganzpiraten operieren, zähneknirschend müssen wir doch eingestehen, dass sie Geschichte präsent halten.

Im Fall des ersten Albums von Bill Evans, 1956 für Riverside eingespielt, ist die 50-jährige Schonfrist ja abgelaufen, auch wenn wir uns schon wundern, wenn ein altes Cover und die ursprünglichen *liner notes* des Produzenten Orrin Keepnews ohne den geringsten Verweis auf das Original abgekupfert werden. Dieses selbst entschuldigt allerdings jeden Mundraub. Schon in seinem Erstling erscheint Evans als Übergrösse, als «ein Monster, und ist doch erst im Werden», wie Racine von seinem Nero sagt. «New Jazz Conceptions» ist die Schnittstelle, an der die verschiedensten Einflüsse, gerade noch zu erkennen, zu einem eigenen Stil zusammenwachsen: Tristano, Bud Powell, selbst King Cole und Shearing sind auszumachen. Extrem spannend. Am Bass steht noch Teddy Kotick und nicht der «gitarristische» Scott LaFaro, der Schlagzeuger aber ist schon Paul Motian, der Space-Drummer des künftigen grossen Trios von Evans.



Bill Evans:
New Jazz Conceptions. 52nd
Street Records FSST02

In Säure verkocht

Der österreichische Psychothriller «Revanche» ist der originellste der Saison. Von Wolfram Knorr



Rüder Lump und Gossengauner: Schauspieler Krisch als Alex, Potapenko als Tamara.

In der Stadt wird man entweder arrogant oder **La Lump**», raunzt der Grossvater und mustert dabei angewidert seinen Enkel Alex (Johannes Krisch). Der Hof, den der Opa (Hannes Thanheiser) allein betreibt, ist Alex wurscht. Zwischen blökenden Kühen und dampfenden Misthaufen sah er nie seine Zukunft. Aber in der Stadt geriet er auf die schiefe Bahn und strandete als Handlanger ohne Zukunft in einem Wiener Puff. Dass er den gebrechlichen Grossvater auf seinem tristen Hof besucht, hat nix mit Reue, nur mit Eigensucht zu tun. Alex hat die Faxen dicke und will eine Bank im Provinzkaff überfallen und dann mit seiner geliebten ukrainischen Prostituierten Tamara (Irina Potapenko) türmen; denn zur soliden Flucht braucht's Geld. Klingt nach Räuberpistole, doch «Revanche», vom austriakischen Autor und Regisseur Götz Spielmann («Antares»), entwickelt sich mit enormer Bildkraft zu einem der originellsten Schuld- und Sühne-Thriller.

In der Nähe von Opas Hof hat sich ein junges Paar ein Haus gebaut. Er ist Polizist (Andreas Lust) und sie (Ursula Strauss) frustriert, weil kinderlos. Ab und zu besucht sie den Grossvater. In der Zwischenzeit dreht Alex mit Tamara sein Ding. Alles prima, bis auf den blöden Gendarm, der ums parkende Auto schleicht. Alex rast trotzdem davon, und der verdatterte Bulle ballert hinterher. Nur trifft er nicht die Reifen, sondern Tamara tödlich. Alex ist am Boden

zerstört und verkriecht sich in Opas Hof. Den Tod seiner Geliebten kann er nicht verkraften und stürzt sich in die Arbeit, was den Alten verwirrt und beeindruckt. Als Alex erfährt, dass der Schütze jener Polizist aus der Nachbarschaft ist, will er ihn killen und lauert Nacht für Nacht dem Ehepaar vor dessen Haus auf.

Was Alex nicht weiss: Auch der kleine Land-Schupo leidet wie ein Hund. Er wird mit dem Todesschuss nicht fertig. Die Kollegen schneiden ihn, die Vorgesetzten schicken ihn in Urlaub, und seine Frau versteht ihn nicht mehr, weil er sich abwendet und zum heulenden Elend wird. Während Alex vom rüden Lumpen und Gossengauner zum arbeitswütigen Landwirt mutiert, entpuppt sich der Hartholzbulle als verzweifelter Softie. Das emotionale Inferno durchtost beide und enthüllt ihre Charaktere. Um dem «Mörder» ganz nahe zu kommen, macht sich Alex an dessen Frau – und es kommt zu Wendungen, die die raffinierte Psychostory in siedender Spannung halten, als würden zwei Seelen in Säure verkocht. Spröde Dialoge, lauernes Minenspiel und magische Bilder zwischen urbanem Puff und ruralem Hinterland-Purgatorium. «Revanche» war für einen Oscar nominiert. Die Trophäe hätte das Meisterstück verdient.

Revanche.
Regie: Götz Spielmann. Österreich, 2008

Wann kommt der Stier?

Die Opernstadt Verona wirbt mit Vergangenheitsbeschwörung um staatliches Geld und internationales Publikum. *Von Christian Berzins*

Plötzlich dieses furchterregende Rauschen. Die Nonna in Reihe 63 kapiert am schnellsten, was los ist: «Via, Giacomo, via!» Und Nonno packt das rote Sitzkissen, hält es Nonna über den Kopf, und schon ist das Paar in den Arena-Katakomben verschwunden.

22.36 Uhr war's am 19. Juni 2009, und ein Unwetter krachte auf Verona nieder. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte seit dem 28. April keine Regenwolke Julias Balkon verdunkelt. Doch jetzt konnten die 14 000 Besucher des Eröffnungsabends des 87. Opernfestivals nicht mal die Hälfte von Bizets «Carmen» sehen – genug allerdings, um den Anspruch auf eine Karten-Rückerstattung zu verlieren.

Die Mutter aller Open-Air-Festivals leidet an einer Sommergrippe. Die Symptome erkennt jeder: einen Tisch auf der Piazza mit Sicht auf die Arena neunzig Minuten vor Opernbeginn? *Eccolo!* Für morgen Abend ein Hotel im Zentrum und eine «Aida»-Karte dazu? *Certo!* Welche Platzkategorie darf's denn sein? Gewiss fahren immer noch Busse voller Turnvereine aus Deutschland und der Schweiz in die Stadt von Romeo und Julia. Aber wenn die Cars ihre Gäste ausladen, haben diese oft schon ausserhalb der Stadtmauern gegessen. Die Krise, sie macht vor Verona nicht halt. Das Grundproblem des mit Schulden belasteten Festivals ist auch seine Stärke: Verona ist ein Mythos. Jeder, der die gigantische Arena betritt, weiss, was ihn erwartet.

Eine gute Voraussetzung für die Werbeagentur, solange der Massentourismus funktioniert, eine schlechte für die Kunst, deren weniger zahlreiche, aber dafür umso zahlungskräftigere Liebhaber die Innovation suchen.

Einst wurde in Verona szenisch gezaubert, wurden musikalische Überraschungen geboten. Hätte ein «James Bond»-Regisseur vor dreissig Jahren eine Szene in der Oper gedreht, wäre er nach Verona gefahren. Marc Forster aber wählte für «Quantum of Solace» die Seebühne der Bregenzer Festspiele mitsamt riesenhaftem «Tosca»-Auge. Festivalleiter David Pountney, 61, dazu: «Der Erfolg kommt daher, dass Bregenz seit den achtziger Jahren Inszenierungen zeigt, die populär, aber gleichzeitig stark interpretierend sind. Das sind keine «touristischen» Inszenierungen.» Am 23. Juli wagt man den Grossangriff auf Verona, zeigt das Arena-Flaggschiff «Aida».

Weg von der Hässlichkeit

Veronas Lokalzeitung *L' Arena* verkündet, dass das Opernfestival immer noch das wichtigste und grösste Europas sei. Und tatsächlich wird man bis 30. August an fünfzig Abenden fünf verschiedene Opern geben. Dieses Feuerwerk soll nicht nur nach aussen strahlen, sondern vor allem auch in Italien selber. Man braucht dringend staatliches Geld. Unterstützung von Opernlegenden ist der Stadt gewiss.

Franco Zeffirelli, 86, zum Beispiel, der «berühmteste Regisseur der Welt» (*L' Arena*, naturgemäss), hat ein Erfolgsrezept fürs Festival parat: weg von den Hässlichkeiten der «geistig Zurückgebliebenen». Und mit der Idee einer Maria-Callas-Statue verkürt er einmal mehr die Vergangenheit. Operschwärmer werden ihr alljährlich Rosen auf den Sockel legen – die Touristenmassen aber gleichgültig daran vorbeisclendern. Noch von keinem Sockel, aber von allen Plakaten herab schaut Tenorlegende Plácido Domingo, 68. Vor vierzig Jahren hat er in der Arena debütiert. Zum Jubiläum dirigiert er nun viermal «Carmen» und singt dafür immerhin an einem Gala-Abend. Die vier Dirigate sind künstlerisch keine Offenbarung, auch wenn Domingo wie ein Heilsbringer mit einer noch nie gesehenen Standing Ovation begrüsst wurde.

Die Spassgesellschaft applaudiert

Auch im Szenischen setzt man auf Legenden. Die «neue» «Aida» ist eine Reproduktion der Inszenierung von 1913. Tonnenschwer liegt der Tempel da, leblos scheint die immergrinsende Sphinx. Zauberverhaft wird's erst, wenn der Blick auf den von Fackeln erhellten blanken Stein des Arena-Runds frei wird. Auch «Carmen» ist nicht neu, Franco Zeffirelli durfte seine Inszenierung von 1995 auffrischen, deren Wurzeln wohl in den fünfziger Jahren liegen. Weiss er nicht mehr weiter, lässt er zur allgemeinen Freude Pferde, Esel oder kleine Kinder über die Bühne marschieren. Der Wolkenbruch zerstörte dann die Hoffnung der Zuschauer, im vierten Akt vielleicht auch noch einen Stier in der Arena zu sehen.

Immerhin: Das Halbzeit-Gesangs-Ensemble der «Carmen» war beeindruckend. Und Daniela Dessi, Ambrogio Maestri und Fabio Armiliato, ein in Italien berühmtes Trio, sangen in «Aida» bisweilen grossartig. Zum Schluss jubelten ihnen nicht nur die Claqueure, sondern auch die Masse zu. Darunter auch jener Teil einer Spassgesellschaft, der beim Triumphmarsch rhythmisch mitzuklatschen begann, bis er von den Opernfans niedergezischt wurde. Je näher der Tod des Heldenpaares rückte, desto mehr nahm die Unruhe mitsamt der Klatschwut ab. Nicht aus Rührung, sondern aus Erschöpfung. Eine «Aida» beginnt um 21.15 Uhr, endet aber wegen der drei Pausen erst um 1.15 Uhr. Die in Bregenz pausenlos gespielte «Aida» ist nach 140 Minuten vorbei. Ob's regnet oder nicht. Das verkraftet selbst ein Hollywood-Filme gewohntes Publikum. Nonna und Nonno werden dennoch wieder nach Verona fahren.



Die Mutter aller Open-Air-Festivals: Veronas Oper braucht die Masse und leidet doch an ihr.

Arena di Verona. 87. Festival, bis 30. August

Christian Berzins ist Musikkritiker der *Mittellandzeitung*.

Jasskönig

Spätestens seit seinem Superspiel war Tom Keita ein echter Star geworden. Und so etwas bringt nun mal Verpflichtungen mit sich. «Doppelpass», Folge 31.
 Von Charles Lewinsky

«Warum hast du überhaupt ja gesagt?»

Claudia war so in ihre Tätigkeit vertieft, dass sie seine Frage gar nicht hörte. Sie nahm das nächste Hemd aus seinem Schrank, hielt es ihm prüfend vor die Brust und schüttelte den Kopf.

«Alles viel zu businessmässig», sagte sie. «Für so eine Sendung brauchst du etwas Lockeres, Volkstümliches.»

Tom verkniff sich den Einwand, dass sie es ja war, die seine Garderobe einkaufte. Es war noch gar nicht so lange her, da hatte sie seine bequemsten Sachen in die Kleidersammlung gegeben, weil sie fand, er müsse seriöser aussehen. Bei Bayern München sassen sie schliesslich auch in Massanzügen auf der Bank.

«Ich habe überhaupt keine Lust, da hinzugehen.»

«Du hast nie Lust.» Wieder landete ein Hemd auf dem Haufen, den Frau Ramires aufbügeln und wieder zusammenlegen würde. «Wenn es nach dir ginge, würdest du überhaupt nie ein Fernsehstudio betreten.»

In diesem Punkt hatte Claudia recht. So sicher sich Tom Keita auf dem Spielfeld bewegte, so unwohl fühlte er sich, wenn eine Kamera auf ihn gerichtet war. Er wusste dann plötzlich nicht mehr, wo er mit den Händen hinsollte, und obwohl sein Deutsch unterdessen fast perfekt war, fielen ihm die einfachsten Worte nicht ein. Er war schliesslich kein Entertainer. Er war Fussballer.

«Warum ausgerechnet diese Sendung?»

«Weil sie wichtig für dich ist. Vor allem jetzt, wo Eidenbenz vorgeschlagen hat ...»

Jetzt, wo Eidenbenz vorgeschlagen hat, dir einen Schweizer Pass zu besorgen. Seit einigen Wochen war das der Refrain in all ihren Gesprächen.

Claudia hatte sich endlich für ein Hemd entschieden. Für ihn, der von solchen Sachen nichts verstand, sah es auch nicht anders aus als alle andern.

«Aber ich kann das doch überhaupt nicht!»

«Da helfen sie dir schon. Ohne dass es jemand merkt. Ich habe alles mit ihnen besprochen.»

Für gewöhnlich war Tom ja froh, dass all die Anfragen für Auftritte und Anlässe bei Claudia landeten. In einer Kultur aufgewachsen, in der es als äusserst unhöflich galt, jemandem direkt nein zu sagen, wusste er nie, wie er sich vor all



den Veranstaltungen drücken sollte, zu denen man ihn lud. Besonders seit seinem grossen Spiel hätte er fast jeden Abend irgendwo sein sollen. Zum Glück überwachte Claudia seinen Terminkalender rigoros. Und sie hatte auch überhaupt keine Probleme damit, drei Anrufern hintereinander mit der freundlichsten Stimme der Welt zu erklären, gerade ihre Einladung hätte Tom wirklich gern angenommen, aber leider, leider, der strikte Trainingsplan und die Konzentration auf das nächste Spiel, vielleicht ein andermal, vielen Dank für Ihr Interesse und auf Wiedersehen. Sie wusste, dass er das Repräsentieren nicht mochte.

Und jetzt schickte sie ihn ausgerechnet in den «Samschtig-Jass».

«Weil das die schweizerischste aller Sendungen ist», erklärte sie ihm auf der Fahrt ins Studio. «Die hat noch Kurt Felix erfunden.» Sie sprach den Namen so ehrfürchtig aus wie ein Museumsdirektor den von Leonardo da Vinci. «Und jetzt, wo Eidenbenz diesen Vorschlag gemacht hat ...»

«Ich habe mich noch nicht entschieden.»

«Natürlich nicht, Schatz.» Aber ihr Ton liess keinen Zweifel daran, wie diese Entscheidung ihrer Meinung nach auszusehen hatte.

Den eigentlichen Grund dafür, warum sie dieses Engagement so kurzfristig angenommen hatte, verriet sie Tom nicht. Sie hatte sofort ja gesagt, als man ihr den Namen des zuständigen Redaktionsleiters nannte. Guido Kräpelin. Genau der Guido Kräpelin, der auch für das neue Quiz zuständig war, das im nächsten Winter starten sollte. Das Quiz, für das noch immer eine Moderatorin gesucht wurde.

Beim Empfang abgeholt wurden sie dann aber nur von einer Sekretärin, so einer grauen Maus, die ihr Klemmbrett mit den Produktionsplänen wahrscheinlich auch noch mit ins Bett nahm. Man habe noch ein bisschen Zeit, sagte sie, und ob es ihnen etwas ausmachen würde, so lang in der Kantine Platz zu nehmen.

Für gewöhnlich verteidigte Claudia Toms Prominentenstatus eifersüchtig, nicht zuletzt, weil ein bisschen davon immer auch auf sie abfärbte. In diesem Zusammenhang war «Kantine» ein Reizwort. Nur unwichtige Leute stellten sich mit einem Tablett in eine Schlange und bedienten die Kaffeemaschine selber. Tom erwartete schon einen entsprechend bissigen Kommentar, aber zu seiner Überraschung lächelte seine Verlobte ihr bestes Lächeln und sagte: «Das ist eine sehr gute Idee. Vielleicht kann uns Herr Kräpelin ja dort ein bisschen Gesellschaft leisten. Tom freut sich schon so darauf, ihn kennenzulernen.»

«Wen will ich kennenlernen?», fragte er, als sie vor ihren Kaffeetassen sassen.

«Lass mich nur machen», sagte Claudia.

«Samschtig-Jass» war keine der Sendungen, für die man sich als Redaktionsleiter ein Bein ausreissen musste. Das Format stand schon seit der Steinzeit im Programm und organisierte sich von selber. Zweimal pro Jahr nickte Kräpelin die Liste der einzuladenden Cervelat-Prominenz ab und hatte das Gefühl, damit seine Pflicht und Schuldigkeit mehr als nur erfüllt zu haben. Und nun wollte dieser Fussballer unbedingt von ihm persönlich begrüsst werden.

Nun schön, warum nicht? Immerhin war er von einem Tag auf den andern eingesprungen,



nachdem diese Jodlerin – wie hiess sie schon wieder? – wegen totaler Heiserkeit abgesagt hatte. Und den Couchepin hatten sie nicht als Ersatzmann gekriegt. Obwohl der nach seinem Rücktritt doch eigentlich Zeit haben müsste. Seine Leute waren ganz aufgeregt gewesen, als Tom Keita zugesagt hatte. Kräpelin nicht. Er interessierte sich nicht für Fussball. Er interessierte sich auch nicht fürs Fernsehen, aber das hatte er ausser seinem Freund Hubert noch niemandem verraten.

Er beeilte sich nicht besonders, in die Kantine zu kommen. Schliesslich hat man als Redaktionsleiter auch noch anderes zu tun. Als er dort eintraf, führte ein Aufnahmeleiter Tom gerade in Richtung Maske. «Das Hemd werden wir wechseln müssen», hörte er ihn gerade noch sagen. «So feine Streifen flimmern manchmal in der Kamera.»

Er wollte ihnen nachgehen, aber eine Frauenstimme hielt ihn zurück. «Herr Kräpelin», sagte sie. «Wie schön, dass wir uns endlich persönlich kennenlernen.»

Eine gutaussehende Frau. Attraktiv vermutlich, wenn man sich für Frauen interessierte. Sehr modisch angezogen.

«Setzen Sie sich doch einen Moment zu mir», sagte sie. «Dann können wir ein paar Worte plaudern, bis Tom so weit ist.»

Jetzt wusste er, wer das war. Die Verlobte von Tom Keita. Ihr Bild hatte neben diesem Artikel in der *SI* gestanden. Das war die Frau, die ihm Klara Holzer als Moderatorin unterjubeln wollte.

«Sehr gern», sagte er und rückte sich einen Stuhl zurecht. Lieber nett zu ihr sein. Nicht

dass es so kurz vor der Aufzeichnung noch Probleme gab. Vielleicht war sie ja zickig.

Claudia war reizend. So liebenswürdig, dass Ilona Federspiel ihre helle Freude an ihr gehabt hätte. Sie sei ein Fan aller Sendungen, die der Herr Redaktionsleiter betreue, sagte sie, und wenn sie mal – «Man hat ja so viele gesellschaftliche Verpflichtungen!» – eine verpassen müsse, dann sehe sie sich manchmal nachts spät die Aufzeichnung an.

«Mit anderen Worten: dumm und ohne jedes höhere Interesse», dachte Guido Kräpelin, der von seinen eigenen Sendungen keine sehr hohe Meinung hatte und viel lieber bei der Kultur gewesen wäre.

Fernsehen habe sie schon immer fasziniert, setzte Claudia ihren Charme-Feldzug fort, und ganz besonders hoch sei ihre Bewunderung für die Leute, die sich für diese Quizsendungen jede Woche neue Fragen ausdachten, sie stelle sich das sehr schwierig vor.

Das sorgsam vorbereitete Kompliment liess Guido Kräpelins Herz nicht höherschlagen. Solange sie keine lästige Zuschauerpost auslösten, waren ihm die Fragen, die in seinen Sendungen gestellt wurden, völlig egal. Die meisten Produktionen kaufte er sowieso pflanzenfertig bei einer externen Firma ein. Aber das konnte Claudia nicht wissen.

Sie habe sich schon oft gefragt ... Claudia senkte verschämt den Blick, was bei Männern erfahrungsgemäss immer gut ankam. Der Herr Kräpelin dürfe sie aber dafür nicht auslachen. Wie es denn wäre, habe sie sich schon oft gefragt, wenn man selber vor der Kamera stünde und die Fragen stellte. Sie habe ja auch schon

ein paar Modeschauen und Wohltätigkeitsveranstaltungen moderiert, und da habe man ihr immer wieder gesagt, sie habe Talent dafür.

Guido Kräpelin schaute auf die Uhr und meinte, man ginge jetzt wohl besser ins Studio, Claudia wolle doch bestimmt wissen, wie sich ihr Verlobter in der Sendung schlage. Für ihn, Kräpelin, selber sei es ja eine ziemliche Überraschung gewesen, dass jemand aus einem so weit entfernten Land überhaupt jassen könne.

Oh, sagte Claudia, schon auf der Passerelle, die zum Studiotrakt führte, die Menschen hätten manchmal unerahnte Talente. Sie selber zum Beispiel ...

Aber Guido Kräpelin hatte jetzt sein Handy am Ohr und hörte ihr überhaupt nicht mehr zu. Ein furchtbar unhöflicher Mensch.

Claudias Plan war also gescheitert. Aber sie gab nur die Schlacht verloren, noch lange nicht den Krieg. So schnell gibt ein Erfolgstyp nicht auf.

Für Tom hingegen wurde der «Samschtig-Jass» zum Triumph.

Zuerst gab es zwar eine kleine Panne. Man hatte ihn gefragt, ob er lieber deutsch oder lieber französisch jassen wolle, und er hatte das auf die Sprache bezogen und als höflicher Mensch «deutsch» gesagt. Dann stellte sich, zum Glück gerade noch rechtzeitig, heraus, dass er die Schellen und Schilten noch nicht mal zu benennen wusste. Man stellte dann im letzten Moment auf französische Karten um, und mit dem unauffälligen Knopf im Ohr, über den ihm jemand Stich für Stich vorsagte, was er zu tun hatte, lief das Spiel dann problemlos ab. Obwohl er im Leben noch nie gejast hatte.

Es lief sogar zu gut, denn eigentlich war es nicht vorgesehen gewesen, dass am Schluss er zum samstäglichem Jasskönig gekürt wurde. «Nicht wirklich glaubhaft», hatte man in der Redaktionskonferenz beschlossen.

Als es dann doch passierte, gratulierte ihm Monika Fasnacht besonders herzlich und wollte wissen, wo er denn den Differenzler so gut gelernt habe. Tom wusste nicht, was ein Differenzler war, und wich in seiner Hilflosigkeit auf den Satz aus, den er auch bei Pressekonferenzen immer benutzte, wenn er die Frage nicht verstanden hatte: «Der Dank gebührt der ganzen Mannschaft und vor allem dem Trainer, der mich taktisch richtig eingestellt hat.»

Die Phrase wurde allgemein belacht und als sehr sympathisch empfunden. Überhaupt waren alle der Meinung, dass sich Tom Keita schon gut, also wirklich sehr gut, in die eidgenössische Mentalität eingelebt habe. Auf dem Fussballfeld Tore schiessen, das konnte jeder. Aber beim «Samschtig-Jass» gewinnen, das brachte nur ein echter Schweizer fertig.

Folge 32 des Fortsetzungsromans in der nächsten *Weltwoche*

Im Internet

Alle Folgen auf www.weltwoche.ch/doppelpass

Bis vor Bundesgericht

Die Psychologin Alexandra Huber, 28, und der Musiker Angel Gonzales, 24, haben im Juni geheiratet. Havanna trifft auf Uri.

Angel: Bis vor drei Wochen lebte ich in Kuba. Über meine Heimat kann ich nichts Schlechtes sagen: Bei uns hat jeder die Möglichkeit, eine höhere Schulbildung zu absolvieren, und die Leute sind gesund, weil alle Arztbesuche kostenlos sind. Ich wuchs mit meiner Mutter in Havanna auf und liess mich an der dortigen Musikhochschule zum Percussionisten ausbilden. Ich bin Solokünstler und mache Hip-Hop. Auch wenn es sich bei diesem Musikstil um ein amerikanisches Phänomen handelt, ist er auf Kuba nicht verboten und in einer eigenen Ausprägung äusserst populär.

Alexandra: Es war an einem Konzert in Havanna, als mir Angel vor vier Jahren zum ersten Mal auffiel. Ich war kein Groupie oder so, aber als der Bandmanager anbot, mich vorzustellen, sagte ich nicht nein. Angel war der einzige junge Kubaner, der kein sofortiges Interesse an mir zeigte, nur weil ich Ausländerin war. Das forderte mich heraus. Später tanzten wir. Es war ein Flirt am Ende meines Sprachaufenthaltes. Wir blieben in Kontakt. Vier Monate später reiste ich wieder zu ihm. Wir wollten wissen, ob mehr möglich ist oder unsere Geschichte nach diesem Wiedersehen endet. Angel quartierte mich bei seiner Familie ein. Wir verbrachten eine wunderschöne Zeit miteinander. Als ich nach zwei Monaten wieder abreisen musste, waren wir sehr verliebt.

Angel: Als mir Alexandra sagte, sie sei Schweizerin, konnte ich mir darunter nichts vorstellen. Für uns Kubaner gibt es Kuba, und alles andere ist der Rest der Welt. Dort leben jene, die sich frei bewegen können und eigene Geschäfte aufbauen dürfen. An Informationen, wie es woanders zu und her geht, fehlt es. So stellen sich einige meiner Landsleute den Rest der Welt verständlicherweise als Schlaraffenland vor. Mit guten Jobs für alle und Geld, das praktisch auf der Strasse liegt. Dass man für all diese Dinge hart arbeiten muss und auch scheitern kann, ist vielen nicht bewusst: wie auch?

Alexandra: Ich stamme aus einer weltoffenen Familie. Wir lebten einige Jahre in Hongkong und in den USA. Aufgewachsen bin ich allerdings in der tiefsten Innerschweiz. Als ich meiner Mutter von Angel erzählte, buchte sie ein



«Die Liebe blieb und wuchs»: Ehepaar Gonzales-Huber.

Ticket und kam für einen Monat nach Kuba. Ihre Meinung war mir sehr wichtig, und ihre Beurteilung war glücklicherweise positiv. Angel wollte nicht weg, aber er hatte den Wunsch, einmal ein fremdes Land besuchen zu dürfen. Wir stellten in den folgenden Jahren dreimal einen Antrag auf ein Touristenvisum. Alle Anfragen wurden von der Schweiz mit nein beantwortet. Also schalteten wir Anwälte ein und gingen bis vor Bundesgericht. Es hat alles nichts gebracht. Dann musste Angel achtzehn Monate lang ins Militär, und der Kontakt war noch schwieriger als zuvor, jedoch innig.

Angel: Die Liebe blieb und wuchs. Wir wollten zusammen sein: Also haben wir Mitte Juni geheiratet. In den drei Wochen, die ich jetzt hier bin, erlebte ich – nebst der Hochzeit – natürlich viel Neues: meinen ersten Schnee auf dem Gotthard. Die Alpen und die Häuser in Uri. Ich ass Schokolade, Käse, Cornflakes, und auch die vielen Waldbeeren, die es hier gibt, schmecken mir ausgezeichnet. Nun will ich so schnell als

möglich die Sprache lernen, Arbeit finden – egal, was – und später meine Musikkarriere wieder aufnehmen.

Alexandra: Angel ist ein Latino: Für ihn ist es selbstverständlich, dass er mitverdient. Auch beim Aussteigen aus dem Auto hilft er mir, beim Überqueren einer vielbefahrenen Strasse nimmt er meine Hand. Am Anfang fand ich dieses Verhalten ein wenig machohaft: Ich sehe mich als selbständige Frau, die es sogar schafft, ohne männliche Hilfe durch das Leben zu gehen. Aber in der Zwischenzeit realisierte ich, dass es ihn verletzt, wenn ich ihm die Hand nicht geben will. Von einem Kulturschock merke ich bei Angel nichts. Ich versuchte ihn gut auf das Leben in einem kapitalistischen Land vorzubereiten und bin mir sicher, dass man ihm mit dem nötigen Respekt begegnen wird.

Aufgezeichnet von **Franziska K. Müller**.
Kubanischer Hip-Hop:
www.myspace.com/samuraycuba

Für Männer, die mit Druck umgehen können.



IWC
SCHAFFHAUSEN
SINCE 1868

«Kann ich auch.»



Aquatimer Automatic 2000. Ref. 3568: Wer mit den Haien an Land fertig wird, muss die unter Wasser nicht fürchten. Schon gar nicht, wenn er mit dieser Uhr taucht. Das 200 bar wasserdichte Gehäuse besteht auch in Tiefen, in denen es kaum mehr Haie gibt. Die nachleuchtenden Zeiger unter entspiegeltem Saphirglas informieren Sie, wann es Zeit ist, aufzutauchen. Schliesslich müssen Sie noch Zeit fürs Umziehen einplanen. Vom Taucheranzug zurück in den Businessanzug. **IWC. Engineered for men.**

*Mechanisches Uhrwerk | Automatischer
Aufzug | Datumsanzeige | Aussen
liegender Drehring (Bild) | Ent-
spiegeltes Saphirglas | Verschraubte
Krone | Wasserdicht 200 bar | Edelstahl*

